3/2017

Gymnasium in Niedersachsen

Wir feiern unseren 70. Geburtstag

© Pecold / Shutterstock.com

Philologentag November 2017 in Goslar

Landtagswahl 2017: Weiter so oder schulpolitischer Kurswechsel?

Vorschau auf die Vertreterversammlung 2017

Unser Festredner Josef Kraus

Alles nur Utopie?

Abordnungen an andere Schulformen

Landesregierung verletzt Arbeitszeitrechte der Lehrer

Die Inklusionsfalle

Ein „glücklicher Englischlehrer“

Niedersächsische Schulen erfolgreich bei Wettbewerben

Wolfgang Steinbrecht 90 Jahre

Die Zeitschrift des Philologenverbandes

PHVN Niedersachsen Philologenverband

Inhalt

Leitartikel

Vorzeitige Landtagswahl *2017*:
Weiter so oder schulpolitischer Kurswechsel? 3

Schwerpunktthema: 70 Jahre Philologenverband

70 Jahre Einsatz für das Gymnasium 7

Philologentag 2017 vor richtungsweisenden Entscheidungen 8

Unser Festredner beim Philologentag: Josef Kraus 8

Aus dem Archiv

50 Jahre Philologenverband Niedersachsen 10

Schul- und Bildungspolitik

Abordnungen an Grundschulen und andere Schulformen über 6 Monate
Lehrerverschiebebahnhof Niedersachsen 13

Pressestimmen 16

Alles nur Utopie? 17
Versuch einer bildungspolitischen Standortbestimmung

Zweiter Jahrestag des OVG-Urteils:
Philologenverband setzt Kampf für Arbeitszeitgerechtigkeit auf dem Rechtsweg fort 21

Ich bin einer der glücklichsten Englischlehrer 23

Inklusion: Nicht eine Schule für alle, sondern für jedes Kind die beste! 27

Aus der Arbeit der Stufenpersonalräte

Aus der Arbeit des Schulhauptpersonalrats 29

Die Problematik zwischen A14- und A15-Funktionen 29

Gastbeitrag

Wandererparabel 30
Eine Geschichte aus dem neuen Buch „Barfuß laufen“ von Claudia Jeep

Personen

Wolfgang Steinbrecht wurde 90 Jahre 32
Dank an einen verdienstvollen Kollegen

Siegrid Franzki: Ein Gesicht des Verbandes 34

Wir trauern um 34

Schulen in Niedersachsen

Der Deutsche Schulpreis 2017 geht nach Hameln 35

Amandus-Abendroth-Gymnasium in Cuxhaven gewinnt 1. Preis im Projektwettbewerb des Pädagogischen Austauschdienstes 35

Impressum

GYMNASIUM in Niedersachsen
Zeitschrift des Philologenverbandes

Herausgeber und Verleger:
Philologenverband Niedersachsen
Sophienstraße 6
30159 Hannover
Tel. 0511 36475-0

Redaktionsadresse:
Cord Wilhelm Kiel
Werder 31
31789 Hameln
Cord.Wilhelm.Kiel@t-online.de

Redaktion:
Cord Wilhelm Kiel

Gestaltung:
Frank Heymann
Grafikdesign und Mediengestaltung
30163 Hannover

Druck:
Hannoprint, Isernhagen
www.hannoprint.de

Die Zeitschrift *Gymnasium in Niedersachsen* erscheint viermal jährlich.

Redaktionsschluss für *Gymnasium in Niedersachsen* 4-2017 ist Montag, der 13. November 2017.

Beiträge bitte, soweit als möglich, als E-Mail-Anlage direkt an die Redaktions-Adresse **Cord.Wilhelm.Kiel@t-online.de** schicken.

Weitere Informationen auf unserer Homepage **www.phvn.de**

Liebe Leserinnen und Leser,

es waren zwei Nachrichten, die uns vor den Sommerferien bzw. kurz danach erreichten, welche die (Schul-) Landschaft in Niedersachsen gehörig durcheinander gewirbelt haben: Zuerst die Weisung des Kultusministeriums, Lehrerinnen und Lehrer von den Gymnasien in großer Zahl an andere Schulen – darunter besonders oft an Grundschulen – abzuordnen. Die Funktionsträger des Philologenverbandes, sei es der Vorstand, seien es die Stufenpersonalräte, sei es unsere Rechtsberatung, haben in den vergangenen Wochen so manche Sonderschicht und viele Überstunden einlegen müssen, um die zahllosen Anfragen, Mitteilungen oder Hilfegesuche beantworten zu können. Das Problem dürfte uns noch länger beschäftigen – der Philologenverband bleibt für seine Mitglieder selbstverständlich auch weiterhin erster Ansprechpartner, wenn es um solche oder ähnliche Probleme, um Auskünfte, Anfragen oder Rechtsschutz geht.

Vielleicht aber könnte es mit den unliebsamen Abordnungen schneller zu Ende sein als gedacht. Denn die Nachricht, die kurz nach den Ferien aus Hannover die Runde machte, schlug sprichwörtlich ein wie eine Bombe: Durch den Wechsel der Landtagsabgeordneten Elke Twesten von Bündnis 90/Die Grünen zur CDU-Fraktion veränderte sich schlagartig die Mehrheit im Landtag – von einer Stimme mehr für Rot-Grün hin zu einer Stimme Mehrheit für Schwarz-Gelb. Folgerichtig beschloss der Landtag seine Auflösung, es wurden Neuwahlen angesetzt. Diese finden allerdings an einem für Lehrer, Eltern und auch wahlberechtigte Schüler äußerst ungünstigen Datum statt: Am letzten Tag der Herbstferien. Dann dürften etliche Wähler auf der Rückreise vom Urlaub oder – wegen der kurz zuvor stattfindenden Bundestagswahl – vielleicht auch wahlmüde sein. Unsere Bitte an Sie, liebe Leserinnen und Leser: Gehen Sie zur Wahl – nutzen Sie ggf. auch die Möglichkeit der Briefwahl. Es ist ein hohes Gut, freie und demokratische Wahlen zu haben, wir alle sollten an ihnen selbstverständlich teilnehmen! Außerdem sollten wir zum Ausdruck bringen, welche Schul- und Bildungspolitik wir in Zukunft haben wollen. Eine Orientierung, welche Ziele welcher Parteien unseren Forderungen und Grundsätzen nahe stehen, hat unser Vorsitzender Horst Audritz in seinem Leitartikel gegeben.

Beide Themen, die uns in den letzten Wochen beschäftigt haben, nehmen natürlich ihren Platz in dieser Ausgabe von „Gymnasium in Niedersachsen“ ein. Wir möchten in diesem Heft aber auch auf unsere Vertreterversammlung und unser Jubiläum – 70 Jahre Philologenverband Niedersachsen – vorausschauen. Des Weiteren findet sich ein „bunter Strauß“ verschiedener Sachthemen in dieser Ausgabe, zur Bildungspolitik zum Schulrecht und zu wichtigen Personalien. Aber ich möchte an dieser Stelle nicht zu viel verraten – am besten lesen Sie selbst...

Cord Wilhelm Kiel

Leitartikel

Vorzeitige Landtagswahl 2017:
Weiter so oder schulpolitischer Kurswechsel?

Von Horst Audritz

Regierungskoalitionen, die mit der Mehrheit eines Sitzes eine Legislaturperiode überleben wollen, haben offensichtlich auf Sand gebaut – das hat sich einmal mehr in Niedersachsen gezeigt. Doch wie knapp der Vorsprung für die rot-grüne Koalition tatsächlich war, beweist allein die Tatsache, dass der Einstimmenvorsprung im Landtag gerade auf ganzen 334 Stimmen beruhte, die der SPD im Wahlkreis Hildesheim das Direktmandat sicherten und damit Rot-Grün an die Macht brachten, und was zugleich zeigt, dass ohne dieses Direktmandat Schwarz-Gelb nach der letzten Wahl weiterhin die Parlamentsmehrheit behalten hätte.

Wir wissen, dass solche mehr als dünnen Mehrheitsverhältnisse nur dann tragfähig sind, wenn eine eiserne Disziplin herrscht und zugleich in gewissem Sinnen eine „politische Bescheidenheit“ herrscht. Wenn demnach auch nicht versucht wird, eine ideologiefixierte Klientelpolitik um jeden Preis durchzusetzen, wie wir das bei Rot-Grün erleben konnten. Wer sich einseitig an Parteiflügeln orientiert, muss über kurz oder lang scheitern, eine Erkenntnis, die so neu nicht sein dürfte. Da helfen dann auch nicht mehr die Knute des Fraktionszwangs und auch nicht mehr der Appell an gemeinsame Grundüberzeugungen.

Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung: Kampf einem differenzierten, leistungsbezogenen Schulwesen

Elke Twesten, Abgeordnete einst bei den Landtags-Grünen und jetzt bei der CDU, hat mit ihrem Parteiwechsel eine Neuwahl des Landtages ausgelöst, weil sie den Politikstil und die politische Richtung ihrer grünen Partei nicht länger mittragen wollte und weil sie keine Perspektive mehr sah, dort mit ihren politischen Vorstellungen Resonanz zu finden. Doch nicht für Elke Twesten wurde der Regierungs- und Politikstil zum Ärger, auch viele Bürgerinnen und Bürger gingen

immer mehr auf Distanz zu Rot-Grün, weil sie ihre Vorstellungen und Interessenlagen überhaupt nicht mehr berücksichtigt sahen. So ist es letztlich eigentlich nur erstaunlich, dass die rot-grüne Koalition überhaupt viereinhalb Jahre gehalten hat.

Dass diese Politik scheitern musste, lag schon beizeiten auf der Hand. Nehmen wir als Beispiel die Bildungspolitik, die von Rot-Grün betrieben wurde und immer mehr auch eigene Wähler zunächst noch irritierte, später aber immer mehr vor den Kopf stieß und sie auf Distanz gehen ließ. Für Rot/ Grün war und ist der Leistungsgedanke – zumindest in Schule und Hochschule – nicht maßgeblich und konstitutiv. Ihr Ziel ist es vielmehr, letztlich eine Unterschiede zwischen den Individuen gleichmachende Gesellschaft zu schaffen, in die sich jeder einzufügen hat, eine Gesellschaft ohne Verlierer, aber auch nicht mit „Gewinnern", eine Ideologie, die die Bildungspolitik in besonderer Weise bestimmte.

Die schlimmsten Befürchtungen sind eingetroffen

Diese Zielsetzung wurde schon an der rot-grünen Koalitionsvereinbarung für die Schul- und Bildungspolitik sichtbar, eine Bildungspolitik, die näher am Visionären der grünen Partei als an der Realität orientiert war. Es war zu erwarten, dass diese Politik Konflikte provozieren würde. Das Resümee, das wir heute nun am Ende der Legislatur ziehen müssen, deckt sich mit unseren damaligen Eindrücken und Befürchtungen, die wir am Beginn der rot-grünen Koalitionsregierung schon hatten und wie das in unseren damaligen Publikationen zu dieser Koalitionsvereinbarung nachzulesen ist. So sollten allgemeinbildende Schulen zu inklusiven Schulen werden und die Gesamtschulen sollten auch ersetzende Schulform für Schulen des gegliederten Schulwesens werden. Einen großen Stellenwert für Rot-Grün hatte dabei die Demokratisierung der Schule. Eltern- und Schülerrechte sollen gestärkt werden, ja sogar ausschlaggebend für alle die Schule betreffenden Maßnahmen und Entwicklungen sein. Man meinte, damit die vermeintliche soziale Spaltung unserer Gesellschaft zu überwinden, letztlich wurde sie aber dadurch verstärkt. Zu diesen Vorstellungen von Rot-Grün passte nicht ein differenziertes, leistungsbezogenes Schulwesen, und tatsächlich wurde es nach und nach durch Maßnahmen der verschiedensten Art in Struktur und Organisation, in unterrichtlichen und erzieherischen Zielsetzungen geschwächt.

Beispiele für dieses Versagen in der Schul- und Bildungspolitik gibt es zu Hauf: unzureichende Unterrichtsversorgung und zunehmender Unterrichtsausfall, die daraus resultierende und sich weiter aufbauende Unzufriedenheit der Eltern, der ansteigende Lehrermangel an mancher Schulform, der wiederum zu Maßnahmen wie zu den Abordnungen von Lehrkräften der Gymnasien an andere Schulformen führte, ohne Rücksicht darauf, dass an den Gymnasien dadurch Löcher in der Unterrichtsversorgung gerissen werden, die man andernorts beseitigen zu wollen vorgibt. Man kann sich sogar nicht des Eindruckes erwehren, dass diese Abordnungen und deren schlimme Folgen für Lehrer und Gymnasien hier und dort für manchen von Rot-Grün mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis genommen wurden! Dies kann man aus mancher Äußerung schließen, denn besondere Fans dieser Schulform und deren Lehrer findet man dort bekanntlich kaum.

Es gibt weitere Beispiele für eine Schul- und Bildungspolitik, die man nur kritisch bewerten kann: Da ist zunächst die bewusst herbeigeführte Absenkung des Leistungsniveaus in den Schulen, was sich allein an den vielen neuen Schulrechtsvorschriften zeigt, die in dieser hinter uns liegenden rot-grünen Legislaturperiode in Kraft gesetzt wurden. Dies zeigt sich auch und insbesondere an der Privilegierung von

Die zahlreichen Abordnungen führen an vielen Gymnasien dazu, dass Klassen und Kurse zusammengelegt werden müssen – übergroße Lerngruppen sind dann die Folge.

Gesamtschulen in jeglicher Hinsicht. Dies belegen außerdem die wenig durchdachten und planlosen Hauruck-Aktivitäten zur Durchsetzung der Inklusion und zum Ausbau der Ganztagsschule. Alles Maßnahmen, die uns mindestens mehr Probleme verschiedenster Art gebracht haben als sie lösen konnten.

Schulgesetzänderungen gegen massive Widerstände

Ihren Niederschlag hat die Koalitionsvereinbarung, wie wir täglich sehen, in verschiedenen Schulgesetzänderungen und untergesetzlichen Vorschriften gefunden, die landesweit auf Widerspruch, ja Empörung gestoßen sind. Aber alle Einwände sind mit der Einstimmenmehrheit vom Tisch gefegt worden, auch die äußerst erfolgreiche Online-Petition zur Erhaltung der schulischen Vielfalt, unterstützt vom Verband der Elternräte an Gymnasien, der Elternvertretung Förderschule Lernen und dem Philologenverband Niedersachsen.

Petition (www.openpetition.de, beendet am 19.07.2016):
Frau Ministerin, erhalten Sie unsere schulische Vielfalt und das Elternrecht auf freie Schulwahl!

Insbesondere wenden wir uns gegen diese neuen Vorschriften und ihre Folgen:

- Die Integrierte Gesamtschule (IGS) wird zu einer Schulform, die alle anderen Schulformen „ersetzen“ kann. Damit erhalten die Schulträger das Recht, jede Haupt-/Realschule, jede Oberschule und jede Kooperative Gesamtschule (KGS) zu schließen und durch eine IGS zu ersetzen. Eltern haben dann keine Möglichkeit mehr, die für ihre Kinder geeignete und gewünschte Schulform zu wählen.
- Die Schulträger können auch Gymnasien schließen und durch eine IGS „ersetzen“. Nicht einmal in jeder kreisfreien Stadt oder in jedem Landkreis muss ein Gymnasium bestehen bleiben. So ist die Existenz von Gymnasien nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in Städten gefährdet. Die sog. „Bestandsgarantie“ bedeutet nur, dass ein Gymnasium innerhalb von zweieinhalb Stunden Fahrtzeit täglich erreichbar sein soll – für Eltern und Schüler völlig unzumutbar.
- Die Förderschulen Sprache und Lernen werden im neuen Schulgesetz nicht mehr aufgeführt und damit abgeschafft. Nur aufgrund massiver Elternproteste können bestehende Förderschulen Sprache noch fortgeführt werden. Trotz ebenso massiver Proteste bleibt es aber bei dem jahrgangsweisen Auslaufen der Förderschulen Lernen, und schon bald sollen die anderen Förderschulformen folgen. Damit wird das Recht der Eltern auf freie Schulwahl für Kinder mit Unterstützungsbedarf abgeschafft.

  Wir sagen ein klares Nein zu all diesen Veränderungen, die keinerlei Verbesserungen für Eltern und Kinder bringen.

  Deshalb fordern wir die Kultusministerin und den niedersächsischen Landtag auf:
- Lassen Sie davon ab, alle heutigen Schulen durch eine einzige Schulform zu ersetzen.
- Erhalten Sie unsere vielfältige niedersächsische Schullandschaft und das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schule für ihre Kinder.
- Sichern Sie damit auch den Bestand der Gymnasien, ohne unzumutbar lange Wege und Fahrtzeiten.
- Erhalten Sie die Förderschulen.

Bildungspolitik im Spiegel der Wahlprogramme 2017

Wir stehen vor einer richtungsweisenden Wahl, in der darüber entschieden wird, ob dieser Weg weiter beschritten und das Gymnasium weiter ausgehöhlt wird oder ein Kurswechsel erfolgt. Schauen wir uns dazu die Wahlprogramme der im Landtag vertretenen Parteien an.

SPD Aufwertung von integrativen Schulformen, Abwertung von Gymnasien und Förderschulen

Die SPD möchte eine möglichst hohe Bildungsteilhabe erreichen und jegliche Bildungsbenachteiligung abschaffen. Deshalb sollen gebundene Ganztagsangebote ausgebaut, multiprofessionelle schulische Teams aus Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften eingerichtet und die Arbeit der Grund- und Hauptschullehrkräfte aufgewertet werden, auch in Bezug auf die Besoldung. Besonders unterstützt werden sollen die Schulen, die sich zu Gesamtschulen „weiterentwickeln“ wollen. G9 und die Oberstufenreform sollen zu verstärkter Kooperation zwischen den verschiedenen Schulformen genutzt werden und neue Wege zum Abitur eröffnen. Die inklusive Schule für alle, zu der „alle Kinder und Jugendlichen gleichberechtigt barrierefreien Zugang haben, … (und) ihre verschiedenen und vielfältigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Begabungen entwickeln und ihre Persönlichkeit entfalten können“, bleibt das Ziel.

Im Bereich der „LehrerInnenbildung“ [sic] wird mit entlarvender Offenheit Klartext gesprochen: „Wir streben ein modernes Lehrerbildungsgesetz an. Die LehrerInnenbildung [sic] soll nicht länger nach Schulformen, sondern auf die pädagogischen Ansprüche einzelner Schulstufen ausgerichtet sein.“

Das ist keine Reform, das ist eine Revolution, eine Abschaffung der schulformbezogenen Lehrämter! Klarer kann man das Bekenntnis zum Einheitslehrer, dessen Ausbildung vor allem pädagogisch orientiert sein soll, nicht formulieren. Von fachlicher Qualifikation ist überhaupt nicht mehr die Rede.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Überwindung des angeblich ungerechten und sozial selektiven gegliederten Schulsystems

Ähnlich revolutionär und noch weitgehender wollen die Grünen das Schulwesen umgestalten: „Wir wollen Lehrer*innen [sic] nicht länger nach Schulformen getrennt ausbilden, sondern Studiengänge mit einer inklusiven Ausrichtung nach Jahrgangsstufen ausbilden. (…) Auch soll der Anteil an praktischer pädagogischer Erfahrung im Studium ausgebaut werden. (…) Die Lehrerbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. (…) Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende Ansatz dieser Schulen in die Ausbildung einfließt.“

Alle Betroffenen, Lehrer, Schüler und Eltern und weitere Statusgruppen, sollen bei größtmöglicher demokratischer Beteiligung Schule mitgestalten, in Schulplenen, im Schulvorstand und auch bei der Ausarbeitung von Unterrichts-

einheiten. Gerecht ist für Grüne nur eine Schule, „wo Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem – sondern auch von unten nach oben funktioniert“.

Klar, dass längeres gemeinsames Lernen, selbstständiges Lernen, jahrgangsübergreifendes Arbeiten und fächerübergreifende Projekte zum Idealbild solch einer Schule ohne Stress gehören, und das kann nach diesen Ausführungen nur eine integrative Gesamtschule sein. Die Grünen sind stolz darauf, durchgesetzt zu haben, dass Gesamtschulen als ersetzende Schulform gegründet werden können. Im Wahlprogramm wird das Gymnasium nur abwertend erwähnt, denn das ist für Grüne Ausdruck „eines der ungerechtesten, sozial selektivsten Schulsysteme“, dessen Kennzeichen eine „frühe Sortierung der Schüler*innen [sic] durch das gegliederte Schulsystem“ sei.

Fazit: Mit den Grünen kein Gymnasium, keine Gymnasiallehrer und kein leistungsbezogener, differenzierter Fachunterricht. Sitzenbleiben und Schulwechsel seien Ausdruck individueller, stigmatisierender Erfahrungen des Misserfolgs und müssen deshalb abgeschafft werden. Schule habe alle gesellschaftlichen Lebensrealitäten abzubilden und anzuerkennen. Heterogenität bringe alle voran, alle sind gleich.

CDU

Priorisierung des Pflichtunterrichts, keine weitere Absenkung von Leistungsstandards

Wenden wir uns nun den Prioritäten in den Bildungsprogrammen der gegenwärtigen Oppositionsparteien zu. Die CDU spricht sich in erster Linie für eine gesicherte Unterrichtsversorgung aus, das heißt, eine Priorisierung des Pflichtunterrichts bei der Stundenzuweisung. Für den Bildungserfolg aller Kinder soll weiterhin ein breites schulisches Angebot vorgehalten werden, Grund-, Haupt- und Realschulen, Oberschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und berufsbildende Schulen und natürlich auch Förderschulen.

Leistung ist kein Fremdwort, im Gegenteil, eine weitere Absenkung der Leistungsstandards an unseren Schulen soll nicht zugelassen werden: keine Stundenkürzung in Kernfächern, kein Verzicht auf die zweite Fremdsprache in der gymnasialen Oberstufe, kein Verzicht auf Noten und Klassenwiederholungen, kein Verzicht auf Schullaufbahnempfehlungen. Die CDU lehnt eine Einheitslehrerausbildung ab und besteht darauf, dass bei der Einrichtung von Gesamtschulen weiterhin Gymnasien und Haupt- und Realschulen vorgehalten werden.

Freie Demokraten FDP

Deutliche Leistungsorientierung und schulformbezogene Lehrerausbildung

Auf dieser Linie liegt auch das Wahlprogramm der FDP. Hervorzuheben ist hier, dass auch die FDP in den Mittelpunkt ein Recht auf Unterricht stellt: „Unterricht ist das Kerngeschäft von Schule“. Für die FDP gehört dazu eine deutliche Leistungsorientierung in der Schule: „Wir Freie Demokraten erkennen an, dass die Schülerinnen und Schüler ihren Leistungsstand kennen und auch miteinander messen wollen. (...) Für jeden Schuljahrgang sind Standards festgeschrieben, die die Schülerinnen und Schüler erreichen müssen. Sollten diese Ziele am Ende des Schuljahres nicht erreicht werden, dann müssen die Schülerinnen und Schüler den Schuljahrgang wiederholen.“

Aus dem gymnasialen Blickwinkel bleibt zu ergänzen, dass entsprechend auch an der schulformbezogenen Lehrerausbildung festgehalten werden soll. Die Inklusion habe vor allem die individuellen Bedürfnisse des Kindes in den Blick zu nehmen, also die am besten geeignete Lernumgebung bereitzustellen, auch Förderschulen, die für alle Förderbereiche fortgeführt werden sollen.

Das ist nur ein kurzer Einblick in die bildungspolitischen Programme, der hier nicht mehr als Kernaussagen aufgreifen kann. Er ist aber kennzeichnend und ließe sich ausführlich um weitere Aspekte vertiefen: frühkindliche Bildung, die Arbeit in der Grundschule, Schulsozialarbeit, Nachhaltigkeit, berufliche Bildung, Eigenverantwortliche Schule, um nur einige Stichworte zu nennen.

Die Aussagen zur Bildungspolitik aus den Wahlprogrammen anderer Parteien wurden an dieser Stelle nicht berücksichtigt, da wir uns nur auf die Parteien, die aktuell im Landtag vertreten sind, konzentriert haben.

Die Mitverantwortung des Wählers

Unser Interesse ist der Erhalt leistungsstarker Gymnasien und eines gymnasialen Bildungsauftrags, der wissenschaftspropädeutisch ausgerichtet ist.

In unserem Interesse liegen gerechte Arbeitsbedingungen, die den besonderen Bedingungen des gymnasialen Lehramts Rechnung tragen. Zur Frage der Arbeitszeit äußern sich allerdings alle Parteien mehr oder weniger vage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Philologenverband Niedersachsen kann auf eine 70jährige Geschichte zurückblicken, in der er kontinuierlich den gymnasialen Anspruch gegen alle Anfeindungen verteidigt hat. An diesem Weg werden wir weiter festhalten und die Parteien auch nach der Wahl am 15. Oktober mit ihrem programmatischen Aussagen konfrontieren. Gehen Sie zur Wahl und nehmen Sie mit Ihrer Stimme Ihre Mitverantwortung für die Weiterentwicklung des Schulsystems wahr.

Zur weiteren Information:
http://cdu-niedersachsen.de/
www.spdnds.de/
www.fdp-nds.de/
www.gruene-niedersachsen.de/gruenes-programm-zur-landtagswahl-2017/

Schwerpunktthema: 70 Jahre Philologenverband

70 Jahre Einsatz für das Gymnasium

Von Roland Neßler

Der diesjährige Vertretertag des Philologenverbandes Niedersachen, der am 7. und 8. November wieder in Goslar stattfindet, ist auf den ersten Blick eine von den vielen alljährlich stattfindenden Veranstaltungen, zu denen die Gymnasien und Studienseminare sowie seit geraumer Zeit auch Gesamtschulen ihre Delegierten entsenden, um der Satzung des Verbandes entsprechend die Richtlinien für die weitere Verbandsarbeit aufzustellen und über die diesem Gremium vorliegenden Anträge zu beraten und sie zu verabschieden.

Fanden in den ersten Jahren nach der Gründung des Verbandes im Jahre 1947 diese Vertretertage an den verschiedensten Orten unseres Landes statt, ist nunmehr seit den 90er Jahren die Stadt Goslar der alljährliche Ort, in dem die Delegierten des Philologenverbandes zusammenkommen, so dass manche unserer richtungsweisenden Beschlüsse, die wir hier gefasst haben, untrennbar mit dem Namen dieser alten Kaiserstadt verbunden und als Goslarer Beschlüsse in die Schul- und Bildungspolitik eingegangen sind.

Goslar ist erneut Veranstaltungsort des Philologentages

1947: Wiedergründung des PHVN

In diesem Jahr ist es ein besonderes Ereignis, das diesen Vertretertag bestimmt und ihm seinen besonderen Charakter gibt, und das ist der 70. Geburtstag des Philologenverbandes Niedersachsen. Dieses aus unserer Sicht bedeutsame Ereignis wird sich auch in den Veranstaltungen dieses Philologentages widerspiegeln, besonders in der öffentlichen Veranstaltung aus Anlass der Eröffnung des Philologentages, die in der Kaiserpfalz stattfinden und zu der als Gäste und Festredner unter anderen der Präsident des Niedersächsischen Landtages kommen wird.

Die Landeshauptstadt Hannover hätte sich als Ort dieser Festveranstaltung ebenfalls empfohlen, da es im Juni 1947 in dieser Stadt zu dem ersten Zusammenschluss von Lehrern an – wie es damals hieß – „höheren Schulen“ gekommen war, was später zu Recht als das Gründungsdatums des Philologenverbandes Niedersachsen angesehen wurde. Doch die Stadt Goslar erhielt den Vorzug als Dank und Anerkennung für ihre jahrelang bewährte und dem Philologenverband zugeneigte Gastlichkeit, die sich in diesem Jahr, wie schon erwähnt, abermals allein schon dadurch zeigt, dass uns für unseren öffentlichen Festakt die Kaiserpfalz zur Verfügung gestellt wird.

Formal betrachtet ist in der Tat der Philologenverband Niedersachsen erst zu diesem Zeitpunkt gegründet worden, schon deswegen, weil es das Land Niedersachsen zuvor nicht gegeben hatte; de facto geht aber die Gründung unseres Verbandes bereits auf das Jahr 1837 zurück, als es anlässlich der Säkularfeier der Georg-August-Universität zu einer Göttinger Versammlung „echter“ Hochschul- und Schulphilologen kam und damit zu einer dem späteren Philologenverband entsprechenden Organisationsform, aus deren jährlichen Versammlungen „zur Beförderung der Humanitätsstudien“ dann die großen Fachverbände und eine Vertretung der gymnasialen Lehrerschaft erwachsen sind. Im „Dritten Reich“ wurde dieser Organisation ihre Eigenständigkeit genommen, und sie wurde wie alle anderen Lehrerverbände aufgelöst und im NS-Lehrerbund „gleichgeschaltet“.

Die Gründung des Philologenverbandes Niedersachsen im Jahre 1947 war demnach eine Neugründung, letztlich aber ein Neuanfang eines anerkannten und traditionsreichen Verbandes. Anlass zu dem vormaligen Zusammenschluss von Lehrern zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren ganz andere Motive gewesen als bei der Wiedergründung: Im Jahre 1947 bestimmten materielle Not und Existenzangst die Empfindungen der Menschen; hinzu kam, dass nicht wenige Heimat sowie „Hab und Gut“ verloren hatten und nun in der Gemeinsamkeit mit Gleichbetroffenen nach Wegen suchten, dieser existenziell verzweifelten Situation zu entkommen und gemeinsam den Neuanfang zu suchen.

Diese Not spiegeln die wenigen bescheidenen Publikationen wider, die uns aus dieser Zeit verblieben sind. Zugleich geben sie Aufschluss über die Schulverhältnisse dieser Zeit, auf die schlimmen materiellen Bedingungen, unter denen die Lehrer ihren Aufgaben und Pflichten nachkamen, in der Hoffnung, zum Wiederaufbau eines geschändeten Landes beizutragen.

Gewerkschaften gegen das gegliederte Schulwesen

Existenziell bedrohlich, um diesen Begriff hier noch einmal aufzunehmen, waren gleichzeitig die beginnenden Auseinandersetzungen um die künftige Schulstruktur in Deutschland. Bestrebungen der Besatzungsmächte liefen darauf hinaus, den Wiederaufbau eines gegliederten Schulwesens, wie es vor der Nazi-Zeit bestanden hatte, zu verhindern und stattdessen im besiegten Deutschland in Struktur und Organisation ein horizontal gegliedertes Schulwesen einzurichten. Mit dieser Absicht trafen sich die Besatzungsmächte mit den schul- und bildungspolitischen Vorstellungen insbesondere

der Gewerkschaften, die damit ihren Kampf gegen vertikal gegliederte schulische Einrichtungen wieder aufleben ließen, ein Kampf, der von ihnen bis heute hartnäckig geführt wird und somit weder ausgestanden noch endgültig entschieden ist. Nach wie sind es diese Zielsetzungen, die das schul- und bildungspolitische Wollen der Gewerkschaften und mancher Parteien bestimmen und die damit das Wohl von Kindern ideologisch bestimmten Vorstellungen unterordnen.

Die damit verbundenen Auseinandersetzungen spiegeln unsere damaligen Publikationen ebenso wider wie den Kampf um materielle Verbesserungen und um zumutbare berufliche Bedingungen. Die Geschichte des Philologenverbandes ist damit auch die Geschichte von schul- und bildungspolitischen wie berufspolitischen Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichsten politischen Kräften, sie ist aber auch die Geschichte von ständigen Bemühungen des Philologenverbandes, diesen Bestrebungen zu begegnen und ihnen Schul- und Lernstrukturen entgegenzusetzen, die den individuellen Erfordernissen junger Menschen entsprechen und die es ihnen ermöglichen, ihre Fähigkeiten und Anlagen zu entwickeln, statt sie auf dem Altar der ideologischen Nivellierung und Gleichmacherei zu opfern.

Die Chancen, diesen Kampf im Sinne unserer anthropologischen und pädagogischen Vorstellungen und Zielsetzungen zu gewinnen, sind so schlecht nicht, wie jüngste schul- und bildungspolitische Entwicklungen belegen und manche Landtagswahl beweist. Wie in den 70 Jahren seiner Geschichte steht der Philologenverband unbeirrt zu seinen Zielsetzungen, wie wir das unseren Schülerinnen und Schülern schuldig sind.

Philologentag 2017 vor richtungsweisenden Entscheidungen

Die Vorbereitungen für unsere diesjährige Vertreterversammlung laufen auf Hochtouren: Am 7. und 8. November werden wieder über 300 Delegierte aus den Gymnasien, Gesamtschulen und Studienseminaren in Goslar zusammenkommen - und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird dieser Vertretertag besonders spannend und bewegt werden, angesichts der drängenden Probleme, die den Lehrern in den Schulen auf den Nägeln brennen.

Dazu gehören grundsätzliche Fragen der Schul- und Bildungspolitik in Niedersachsen wie z.B. die Leistungsfähigkeit von Schule, die Kompetenzorientierung, die Kerncurricula, die Inklusion, aber auch die schlechte Unterrichtsversorgung, die Abordnungen, die Lehrereinstellungen und natürlich unsere Arbeitszeit mit einem ganzen Bündel von ungelösten Problemen.

Unser Festredner beim Philologentag: Josef Kraus

Von Cord Wilhelm Kiel

Er ist uns als Philologen gut bekannt und seit vielen Jahren ein treuer Weggefährte in unserem gemeinsamem Engagement für ein vielfältiges, begabungsgerechtes Bildungswesen, für Förderung, aber auch (Leistungs-) Forderung, kurz: für das Gymnasium. Gleichzeitig aber ist er wie kaum ein zweiter ein streitbarer Bildungspolitiker, der sich deutlich wie nur wenige – man müsste sagen: zu wenige – gegen Gleichmacherei, zeitgeistbedingten Tendenzen in der Schul- und Bildungspolitik wie die Kompetenzorientierung oder die „PISA-Testeritis“ sowie die allgemeine Verflachung von Inhalten und Herabsetzung von Niveaustufen wendet. Die Rede ist – natürlich – von Josef Kraus, unserem diesjährigen Festredner bei der Vertreterversammlung in Goslar.

Bei „Wikipedia“ findet sich eine prägnante Kurzbiographie des 68jährigen Kraus: Nachdem er 1969 am Willibald-Gymnasium in Eichstätt sein Abitur bestanden hatte, wechselte er nach einem zweijährigen Wehrdienst nach Würzburg. Dort studierte er von 1971 bis 1977 Deutsch und Sport für das Lehramt an Gymnasien; sein 2. Staatsexamen legte er in Ingolstadt ab. Ein Jahr darauf machte er ebenfalls in Würzburg sein Psychologie-Diplom. Ab 1980 unterrichtete er für 15 Jahre als Gymnasiallehrer in Landshut und war als Schulpsychologe für den Regierungsbezirk Niederbayern zuständig. Ab Februar 1995 war er als Schulleiter am Maximilian-von-Montgelas-Gymnasium in Vilsbiburg bei Landshut tätig.

Am bekanntesten dürfte Kraus als langjähriger Präsident des Deutschen Lehrerverbands sein. Dieser ist der Dachverband der folgenden allgemeinschulischen und berufsschulischen Lehrerverbände: Deutscher Philologenverband DPhV, Verband Deutscher Realschullehrer VDR, Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen VLW, Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen BLBS und seit dem 01.04.2017 die Katholische Erziehergemeinschaft KEG.

Vor kurzem fanden dort Neuwahlen statt. Nach 30 Jahren im Amt trat DL-Präsident Josef Kraus nicht mehr zur Wahl an. Als sein Nachfolger wurde der (noch) amtierende Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands, Heinz-Peter Meidinger, mit großer Mehrheit zum zukünftigen Präsident des Deutschen Lehrerverbandes gewählt; er trat dieses Amt zum 1. Juli 2017 an. Josef Kraus wurde von der Wahlversammlung einstimmig zum DL-Ehrenpräsidenten ernannt.

Die personelle Umbesetzung im DL fand großen Widerhall in der Presse. Ihn gewürdigt hat man ihn sogar in Zeitungen, die sonst nicht immer auf der bildungspolitischen Linie des Philologenverbands und seiner Partnerverbände liegen: Die „Süddeutsche“ betitelte ein Porträt mit „Der Patriarch“ und die „Stuttgarter“ mit „Kraftmeier der Bildungspolitik“. Abschied des „Titans der Bildungspolitik“ titelte „Die Tagespost“ am 30. Juni 2017.

Josef Kraus *bekleidete von 1979 bis 1987 verschiedene Vorstandsämter im Deutschen Philologenverband und war seit 1987 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL).*
Seit 1991 ist er Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Verteidigungsministers und von 1993 bis 1996 war er Beisitzer in der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien. Im hessischen Landtagswahlkampf 1995 trat Kraus für den damaligen hessischen CDU-Spitzenkandidaten und ehemaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther als dessen Schattenkultusminister auf. Am 31. Juli 2015 trat Josef Kraus in den Ruhestand. [...] Josef Kraus verfasste vier Bücher, in denen er diese und andere Mängel des deutschen Schul- und Bildungssystems kritisiert – Spaßpädagogik – Sackgassen deutscher Schulpolitik (1998), Der PISA-Schwindel (2005), Ist die Bildung noch zu retten: Eine Streitschrift (2009), und Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt (2017). Im Herbst 2005 gründete Josef Kraus zusammen mit dem Vorsitzenden des Vereins Deutsche Sprache, Walter Krämer, und dem Journalistenausbilder Wolf Schneider die Aktion „Lebendiges Deutsch". [...]
Im März 2009 wurde Josef Kraus mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt. Am 30. Juli 2015 erhielt er die Landkreismedaille Landshuts in Gold.

Am selben Tag bezeichnete Heike Schmoll ihn in der „FAZ" als „Prediger gegen Vereinfachung und allgemeine Verdummung". Schmoll schrieb: „Der Deutsche Lehrerverband (DL) ist ohne seinen Präsidenten kaum vorstellbar, denn Josef Kraus, kantiger Bayer, erfahrener Lehrer und Leiter eines Gymnasiums, Wutbürger im Dienste einer anspruchsvollen Bildung, war der Lehrerverband. [...] Kraus hat fünf Bücher geschrieben, die sich glänzend verkauften, er hat 2000 Abiturienten zum Ziel gebracht und 118 Kultusminister erlebt. Geschont hat er weder die Egalisierer von links noch die von rechts. Als die CSU das achtjährige Gymnasium überstürzt einführte, bildete Kraus trotz seiner Parteimitgliedschaft von Anfang an die Speerspitze des Widerstands. Rüffel aus dem Münchner Kultusministerium waren ihm herzlich gleichgültig und ein Ansporn, umso gezielter weiterzukämpfen. Als er am Montgelas-Gymnasium im Vilsbiburg als Schulleiter verabschiedet wurde, kam vorsichtshalber Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle vorbei, um zu schauen, ob der Unruhestifter, der mit 66 noch den Motorradführerschein machte und sich zwei schwere Motorräder kaufte, auch wirklich in den Ruhestand tritt."

Wir möchten an dieser Stelle noch eine weitere Passage aus Heike Schmolls überaus lesenswertem Artikel zitieren: „Über hundert Vorträge hält er jährlich, mit Temperament und Pathos, zuweilen schlüpft er in die Rolle des Predigers gegen Vereinfachung und allgemeine Verdummung. Kraus trat immer für ein strukturiertes, gegliedertes Schulsystem ein, für die Aufrechterhaltung des altersgerechten Leistungsprinzips, zentrale Abschlussprüfungen bei allen Schulabschlüssen und ein umfassendes Bildungsverständnis mit musikalischer und kultureller Bildung. In vielen Schriften, die er für die Konrad-Adenauer-Stiftung verfasste, hat er davon ein beredtes Zeugnis abgelegt. Von Anbeginn kämpfte er gegen die Rechtschreibreform, sprach sich schon in den neunziger Jahren für eine pädagogische Renaissance von Fleiß, Disziplin, Zuverlässigkeit, Ordnung und Pünktlichkeit sowie Leistung aus, was ihm zuweilen auch den Ruf des Reaktionärs einbrachte. Doch solches Schubladendenken war ihm fremd, er wusste, dass ihn manche schwer ertragen. [...] Die Spaßschule war ihm schon immer ein Gräuel."
Bis heute ist Josef Kraus in vielen Talkshows oder anderen Programmen zu Gast, wenn es um die Bildungspolitik geht. Kraus, der Deutsch und Sport unterrichtete und nach seinem Psychologiestudium schon früh als Schulpsychologe arbeitete, war immer beschlagen, hat sämtliche Bildungsstudien gelesen und als geübter Psychologe auch die Unsinnigkeit vieler Statistiken aufgespürt. Wir zitieren noch ein letztes Mal Heike Schmoll, die in ihrem „Nachruf" auf dreißig Jahre DL-Präsidentschaft auch die warmen, herzlichen Charaktereigenschaften des oft bullig auftretenden, aber im Inneren stets freundlichen und zugewandten Pädagogen beschreibt: „In seiner Zeit als Schulleiter hat er sich nicht nur Schülern, sondern auch Kollegen gegenüber im besten Sinne seelsorgerisch verhalten, so manche Schülerin, die in eine Magersucht oder in eine sonstige Krise gerutscht war, rechtzeitig in die Klinik gebracht und war seinen Schülern und Kollegen ein einfühlsamer Gesprächspartner, der vor keinem zusätzlichen Einsatz zurückscheute. Geschont hat er sich nie und dafür auch so manchen gesundheitlichen Tribut gezollt. Auskunftswillig war er gewissermaßen rund um die Uhr. Auch bei Störungen am Wochenende maulte er nicht, sondern antwortete bereitwillig. Eine derartige öffentliche Präsenz erreicht man nur mit einer Einsatzbereitschaft, die ihresgleichen sucht. Seine täglichen Schulerfahrungen haben für die nötige Bodenhaftung und Praxisnähe gesorgt. Abgehoben hat er dabei nie – nur an seinem letzten Schultag, als die Sekretärinnen für den Autor der ‚Helikoptereltern` einen Hubschrauber organisiert hatten."

Obwohl er nun nicht mehr an der Spitze des Lehrerverbandes steht, wird Josef Kraus – wie sollte es anders sein – sich nicht aufs Altenteil zurückziehen. Stattdessen will er nach der Bundestagswahl eine Stiftung gründen, eine Gesellschaft für Bildungspolitik. An der Spitze eines unabhängigen Expertengremiums, zu dem Politiker und Lobbyisten keine Zulassung bekommen sollen, wird er daher weiterhin bildungspolitisch mitmischen. Es könnte also keinen besseren Festredner für unsere Vertreterversammlung anlässlich 70 Jahren Philologenverband Niedersachsen geben.

Aus dem Archiv

Anlässlich unseres 70jährigen Jubiläums haben wir ins Archiv dieser Zeitschrift geschaut, um festzustellen, wie vergangene „Geburtstage" gefeiert wurden. Dabei sind wir auf die nun folgende, in Auszügen wiedergegebene Festrede des ehemaligen Vorsitzenden Dr. Achim Block, der so lange wie kein anderer lebender Kollege unsere Arbeit begleitet hat. Aus diesem Anlass werden wir mit ihm für die nächste Ausgabe dieser Zeitschrift, der eigentlichen Jubiläums-Festausgabe, auch ein aktuelles Interview führen.

Dr. Block fasste in dieser Ansprache vor allem die frühe Geschichte unseres Verbandes prägnant und synthetisiert zusammen. Beim Lesen fällt aber auch auf, dass viele Inhalte der Verbandsarbeit „damals" heute noch – oder, siehe zum Beispiel die Lehrereinstellung oder die Rolle der Gesamtschule – gerade wieder aktuell sind.

50 Jahre Philologenverband Niedersachsen

Ansprache des ehemaligen Vorsitzenden des Philologenverbandes Niedersachsen, Dr. Achim Block (MdL), auf der Vertreterversammlung 1997

Die 50jährige neuere Geschichte unseres Verbandes in 30 Minuten zu würdigen, auch, wenn man sie fast über die ganze Zeit miterlebt hat, ist keine einfache Aufgabe. Allein die wichtigsten Fakten und Daten aufzuzählen oder über die hauptsächlich Agierenden zu berichten, würde den gesetzten Rahmen sprengen. Es wird aber möglich sein, eine Problemskizze derart zu entwerfen, daß deutlich wird, was der Philologenverband Niedersachsen in den letzten 50 Jahren bewirken wollte und bewirkt hat. [...]

1947: Wiedergründung des PHVN

Es ist bekannt, daß der Zusammenschluß von Lehrern an – wie es damals hieß – „höheren Schulen" im Juni 1947 in Hannover eine Art Wiedergründung des Philologenverbandes war. Bereits im Jahre 1837 hatte es, anläßlich der Säkularfeier der Georg-August-Universität von einer Göttinger Versammlung „echter" Hochschul- und Schulphilologen aus, die Organisation eines Philologen-Vereins gegeben, aus dessen jährlichen Versammlungen „zur Beförderung, der Humanitätsstudien" dann die großen Fachverbände und eine Vertretung der gymnasialen Lehrerschaft erwachsen sind. Der Deutsche Philologenverband wurde 1903 gegründet. Das NS-Regime hatte die verschiedenen Lehrerverbände aufgelöst und im NS-Lehrerbund „gleichgeschaltet" und damit eine eigenständige Vertretung, auch des Deutschen Philologenverbandes und seiner Landesverbände, abgebrochen. Insofern kann 1947 von einem Neuanfang gesprochen werden, insbesondere wenn man die tatsächlichen Lebens-und Schulverhältnisse jener Jahre berücksichtigt: Das Ausmaß an äußerer Zerstörung und Armut und an innerer Verstörung und Orientierungslosigkeit ist ja heute kaum mehr vorstellbar. Daß der Unterricht im Herbst 1945 meistens in ungeheizten Räumen wieder begann, deren Fenster großenteils mit Pappe notdürftig abgedichtet waren, im Schichtverfahren, weil sich mehrere Schulen ein Gebäude teilten, ohne alle Lehrmittel (es gab nicht einmal Tafellappen und Kreide), unter Hungergefühlen, die auch von der Schulspeisung nicht gestillt werden konnten, bei Lehrern, die selbst gerade dem Kriegsgeschehen entkommen waren und meist aus dem Kopf vermittelten, was wir Schüler auf widerborstigem, holzhaltigen Papier aufzuschreiben versuchten – diese Verhältnisse sollten wir nicht vergessen, wenn wir uns in die Situation unserer Verbandsgründer zurückversetzen. Es wird dann plausibel, was Karl-Heinz Klose, der damals schon dabei war, als schlichtes Motiv für den besonders von Dr. Kurt Heißenbüttel betriebenen Zusammenschluß der Kollegen in Hannover so formuliert hat: „Wir wollten uns um die Lehrer kümmern."

Nach dem Zusammenbruch des III. Reiches war es keine ausgemachte Sache, daß das Schulwesen in der gegliederten Form wiedererstehen würde, wie es vor und noch während der NS-Zeit bestanden hatte. Bei den Besatzungsmächten (besonders der USA), die ja zu bestimmen hatten, aber auch bei deutschen Reformern gab es starke Kräfte, die auf Vereinheitlichung drängten und die vertikale Gliederung aufgeben wollten. So ist es nicht verwunderlich, daß schon in den ersten Veröffentlichungen des neuen Philologenverbandes von seinem Vorstand der besondere Bildungsauftrag der „höheren Schule" thematisiert wurde und die Forderung nach Erhalt dieser Schulform wichtig war. Neben den Solidaritätsgedanken kollegialer Hilfe trat sogleich der Einsatz für den Bildungsauftrag der Schulform, und diese beiden Motive sind durchgängig für die Verbandsarbeit bis zum heutigen Tage geblieben.

Allgemeine Hochschulreife

Der von den Philologen wahrgenommene Bildungsauftrag läßt sich mit wenigen Worten so beschreiben: Schülerinnen und Schüler, die auch zu theoretischen Lernleistungen fähig sind, in Langzeitlehrgängen vielfältig kombinierter Fächer zur Hochschulreife gelangen zu lassen, wobei die Hochschulreife als Leistungsfähigkeit begriffen wird, die nicht nur zum akademischen Studium taugt, sondern in vielen Elementen wie Merkfähigkeit und Kombinationsvermögen, Versuchsoffenheit und Entscheidungskraft, geistige Disziplin mit dem gehörigen Quantum asketischer Hartnäckigkeit gerade auch für Leitungsaufgaben außerhalb der wissenschaftlichen Arbeit der Hochschulen erforderlich ist. Deshalb hat der Philologenverband gut daran getan, an dem Zielpunkt „Hochschulreife" festzuhalten, so schwer sie auch im Einzelnen zu definieren ist, wie man an den Versuchen vom Tutzinger Maturitätskatalog 1958 bis zu den Mainzer Richtungsentscheidungen von 1995 und den Dresdener Konkretisierungsbeschlüssen der KMK von 1996 sieht.

Für den Philologenverband ist nach wie vor die klassische Schulform zur Erreichung des genannten Zieles das Gymnasium, ein curricular relativ geschlossenes System. An dieser Eigenart der Schulform Gymnasium, die ich abkürzend als zielende Geschlossenheit des Bildungsganges bezeichne, haben sich die schulpolitischen Auseinandersetzungen der

letzten 50 Jahre entzündet, an denen der Philologenverband mit nie vermindertem Einsatz – meist defensiv – beteiligt war. In den ersten Nachkriegsjahren beherrschte hauptsächlich der Vorwurf der Standesschule“ die Diskussion. Unter den Gymnasialschülern, die damals nur einen Jahrgangsanteil von ca. 10 % ausmachten, waren die unteren Schichten der Gesellschaft stark unterrepräsentiert. Mit dem Anwachsen des Gymnasialanteils im Lande auf über 30 %, in Ballungsgebieten auf weit über 50 % ist dieser Vorwurf schichtsspezifischer Vorauswahl deutlich zurückgetreten.

Gymnasium verliert Klassen 5 und 6

Stattdessen wurden in den 60er und 70er Jahren die Vorbehalte gegen das Gymnasium stärker pädagogisch formuliert: die Diskussion um einen aktiven, dynamischen Begabungsbegriff zog in Zweifel, ob das Gymnasium wirklich, und das schon ab Klasse 5, die begabteren Schüler versammle und nicht vielmehr zukünftig hochschulfähige Jungen und Mädchen ausgeschlossen blieben. Der richtige Gedanke, daß Begabung zu ihrer Entfaltung entsprechende Anregungen braucht, verband sich mit der Einsicht, daß die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich und Wettbewerb mehr besser und mehr akademisch Ausgebildete benötige (Pichts Mahnungen von 1964), zum öffentlichen Druck, das Gymnasium müsse sich weiter öffnen. Schulpolitisch hat sich das zunächst in den Versuchen mit der Eingangs- und Förderstufe der Klassen 5 und 6 ausgewirkt, deren Ergebnisse, ehe sie denn wirklich ausgewertet werden konnten, durch die in den 70er Jahren umgesetzte Orientierungsstufe [zeitweise, Anm. der Red.] überholt wurden. [...]

Aber nicht nur die Abtrennung der Klassen 5 und 6 traf den kontinuierlichen gymnasialen Lehrgang, sondern unter der Forderung nach mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen auch die zunehmende Abstimmung in den Mittelstufenklassen mit den Stundentafeln, Versetzungsbestimmungen und vielen anderen Maßgaben der anderen Schulformen. Zwar ist es in den 70er Jahren nicht zur Veränderung der niedersächsischen Schullandschaft vom mehr vertikal gegliederten zum horizontal geschnittenen Stufensystem gekommen, wie das die SPD-Landesregierung ausdrücklich beabsichtigte, deswegen nicht, weil es die unerwartete politische Ablösung durch eine CDU-Regierung gab; aber die gesetzlichen Chancen waren durch das Schulgesetz von 1974 eröffnet, und die Gefahr, daß die Gymnasien nach Verlust der Klassen 5 und 6 nun auch noch in ihrem Lehrgang von Klasse 7 bis 13 an der Schwelle 10./11. Klasse zerlegt und Sekundar-I und -II-Zentren zugeordnet würden, bestand in Niedersachsen.

Der Verband hat gegen diese Absichten eine breite Öffentlichkeit mobilisiert und der damalige Vorsitzende Dr. Wolfgang Fornaschon mit seinen Kollegen alles legal Mögliche daran gesetzt, diesen für die Schulform Gymnasium tödlichen Stoß abzuwehren; vielleicht darf man, mit Blick auf seinen plötzlichen Tod sogar sagen, Fornaschon habe dabei auch sein Leben nicht geschont. [...]

1972: Oberstufenreform mit vielen Webfehlern

Aus dem Verständnis der Schulform Gymnasium, das ich angedeutet habe, mußte der Verband gegen die Einführung der Orientierungsstufe und gegen Stufenschulpläne opponieren. Anders verhält es sich mit der Reform der Oberstufe. Man vergißt leicht, daß es auch in Niedersachsen die meist

Oberbürgermeister Werner Steffens, Kultusminister Prof. Rolf Wernstedt, Landtagsabgeordneter Dr. Achim Block

unserem Verband angehörenden Philologen waren, die aus pädagogischen Gründen auf eine Reform des Oberstufenunterrichts drängten. Motivationsverluste bei den Schülern, unausgeschöpfte Leistungspotentiale, Mitbestimmungsgedanken, zunehmendes Selbstbewußtsein bisher „kleingehaltener“ Nebenfächer – vieles kam zu dem Begehren nach mehr Wahlfreiheit und zu dem Zweifel am bisherigen Fächerkanon und seiner Hierarchie zusammen. [...] Die KMK-Vereinbarung über die Neuordnung von 1972 entsprach allerdings, besonders in der niedersächsischen Interpretation als Vorstufe zur Integration des genannten Sekundarbereichs II, nicht den Reformvorstellungen des Verbandes. Die Auflösung der Lehrgänge in Halbjahreskurse ohne verbindlichen Zusammenhang, die Reduzierung der Fremdsprachenanforderung auf ein für jeden hinzukommenden Schüler erreichbares Maß, die fast beliebige Fächerkombination waren Gegenstände des Streits. In den großen Reformkommissionen versuchten die Vertreter des Verbandes, möglichst viel Sequenzialität der Kurse und Kanonanteile zu bewahren. [...]

Neben den Auseinandersetzungsfeldern Orientierungsstufe, Umbau der Mittelstufe, Oberstufenreform zeigte der Verband nachweisbare Wirkung auch in anderen schulpolitischen Fragen: Die Neuordnung der Schulaufsicht in Dreistufigkeit auch für Gymnasien wäre ebensowenig verhindert worden wie die Fortsetzung des Versuchs einer einphasigen Lehrerausbildung an den sog. Reformhochschulen Oldenburg, Osnabrück und Vechta, wenn nicht der Verband immer wieder und immer heftiger auf die Schwächen dieser Versuchsvorhaben hingewiesen hätte. [...]

Bedarfsgerechte Lehrereinstellung selten erreicht

[...] Entscheidend für das Gelingen von Schule ist die erforderliche Zahl gut ausgebildeter, motivierter Lehrerinnen und Lehrer. Obwohl dieser Sachverhalt jedem einsichtig ist, haben wir auf dem Gebiet der Lehrerbedarfsdeckung die schlimmsten Dysfunktionalitäten festzustellen: mangelhafte Unterrichtsversorgung bei Lehrermangel (ab 1965), Lehrerarbeitslosigkeit wegen mangelnden Bedarfs an den Schulen (Ende 80er Jahre), und zur Zeit Lehrerarbeitslosigkeit bei mangelhafter Unterrichtsversorgung wegen der Finanzierungsentscheidungen von Regierung und Parlamentsmehrheit.

Diese grandiosen Fehlentwicklungen in der schweinezyklusähnlichen Wellenbewegung hat der Verband jeweils relativ früh angezeigt und durch Maßnahmenforderungen zu bremsen gesucht. Die grundgesetzlich gesicherte freie Berufswahl und das Ausbildungsmonopol des Staates für Lehrkräfte verhindern zwar ein rigides Planen der Ausbildungszahlen und eine starke Berufslenkung, aber mehr vorausschauende Infor-

mation an die nachwachsende Generation, mehr Flexibilität des Staates im Anregen fehlender Lehramtsmotivation oder im Ausnutzen vorhandener Kapazitäten wären durchaus möglich gewesen. Vielleicht darf man die neue Maßnahme der Lehrerarbeitszeitkonten als ehrlichen Versuch zur Regelung von Bedarf und Überschuß verstehen.

Gesamtschule stellt Absolutheitsanspruch

Die Kampfansage zwischen Gesamtschule und gegliedertem Schulwesen ging von den Vertretern der Gesamtschule aus. Die Festlegung der schulpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktionen 1970 in Bremen auf die Gesamtschule als einzige Schulform der Zukunft sowie des niedersächsischen Ministerpräsidenten Kubel Regierungserklärung vom Mai '74, Fernziel sei ein integriertes Gesamtschulsystem, konnten nur als Ansage verstanden werden, daß die Formen des gegliederten Schulwesens Zug um Zug beseitigt werden sollten.

In der Forcierung des Gesamtschulgedankens verbanden sich ganz unterschiedliche Kräfte, gesellschaftspolitische, die das Ziel der Chancengleichheit auf diesem Wege befördern wollten, pädagogische, die im setting-System mehr Förderungsmöglichkeiten sahen als im streaming-System, berufsständische und gewerkschaftliche auch, die in der neuen aufwendig geförderten Schulform gute Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen erkannten. Der Verband hat Gesamtschulversuche nicht grundsätzlich abgelehnt, wohl aber auf gesicherten Vergleichen der Ergebnisse mit denen des gegliederten Schulwesens bestanden. Diese Vergleiche, wenn sie denn überhaupt ernsthaft angestellt wurden (der Name J. Hitpaß ist hier zu nennen), litten unter der im Schnitt besseren Ausstattung der Gesamtschulen, unter der Ausweitung auf schlechterdings kaum meßbare Bereiche wie die der Sozialkompetenz und natürlich unter dem politischen Vorab-Urteil, daß die Gesamtschule die bessere Schulform sein müsse. Ein friedfertiges Nebeneinander von traditionellen Schulformen und Gesamtschule, einen fairen Wettbewerb der Systeme haben die Philologen nicht abgelehnt; allerdings sehen sie in einer Verordnung zur Schulentwicklungsplanung, welche die Pflicht zum Vorhalten traditioneller Schulformen durch Gründung einer Gesamtschule erledigt sein läßt, einen ruinösen Wettbewerb und den gefährlichen Absolutheitsanspruch einer Schulform.

Philologenverband – die Vertretung der gymnasialen Lehrerschaft

Die bildungs- und schulpolitischen Auseinandersetzungen des Verbandes, die ich skizziert habe, fanden im argumentativen Ringen mit der jeweiligen Landesregierung statt, besonders mit den Ressortministern, und den Landtagsfraktionen, gelegentlich auch in öffentlichen Demonstrationen (so z.B. mit so genannten „Kampfmaßnahmen" 1970 gegen den Langeheine-Plan von 1969 und 1974 gegen das Schulgesetz). Es muß im Rückblick geradezu erstaunlich erscheinen, daß der Verband in durchweg ehrenamtlichem Einsatz über die Jahrzehnte hin immer wieder die Kraft zu konstruktiv-kritischem Verhalten aufgebracht hat.

Dies ist wohl besonders der inneren Geschlossenheit des Verbandes zu verdanken, die sich im Rückhalt der Mitglieder für die Vorstände und die Vorsitzenden ausdrückt: Während 15 Kultusminister im Wechsel agierten, hat es nur vier Vorsitzende im Philologenverband Niedersachsen [bis 1997, dies waren: Dr. Kurt Heißenbüttel, Dr. Wolfgang Fornaschon, Dr. Achim Block und Roland Neßler, Anm. d. Red.] gegeben, woran natürlich die ganz ungewöhnliche Leistung des jetzigen [im Jahr 1997, Anm. d. Red.] Vorsitzenden Roland Neßler mit nunmehr 20jähriger Amtszeit den Löwenanteil hat. [...] Man darf sagen, daß der Philologenverband Niedersachsen die eigentliche Vertretung der gymnasialen Lehrerschaft ist. Als Vertretung einer Berufsgruppe hat er stets auch gewerkschaftliche Aufgaben gehabt, obwohl das Selbstverständnis nie das einer klassischen Gewerkschaft war. Natürlich gab es den Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen, von der Höhe der Stundenverpflichtung bis hin zu Besoldungsfragen. Die Vermehrung der Beförderungsämter (A 14, A 15; A 16 für Oberstudiendirektoren überhaupt neu) und im Ganzen die Zugehörigkeit zum öffentlichen höheren Dienst sind Ergebnisse der Verbandsarbeit. [...]

Die Öffentlichkeitsarbeit und überhaupt die Arbeit der Geschäftsstelle ist im Laufe der Jahre immer professioneller geworden. Kollegen wie Dr. Uwe Dempwolff, Helga Olejnik und unser jetziger [Stand 1997, Anm. d. Red.] Landesgeschäftsführer Rainer Starke stehen für diese Entwicklung. Man müßte viele Namen nennen, wollte man auch nur die wichtigsten Gestalter des Verbandsgeschehens hervorheben, neben den bestimmenden Vorsitzenden Dr. Kurt Heißenbüttel, Dr. Wolfgang Fornaschon, Roland Neßler z.B. den langwirkenden Schatzmeister Walter Kasten oder ebenso beispielhaft die unerschrockenen Anmahner gymnasialen Denkens in unseren Schriften, Wolfgang Steinbrecht und Dr. Rudolf Burandt – ich will statt solcher Aufzählung, die doch nicht vollständig würde, vielmehr am Schluß ein anonymes Lob versuchen all der Kolleginnen und Kollegen, auf die wir das 50jährige Bestehen des Verbandes zurückführen dürfen.

Nicht einmal katholische Theologen, so sagt man, sehen heute noch so aus, wie sie aussehen müßten, und natürlich gibt es auch kein einheitliches Bild des Philologen. Die zum Verband gehörenden (sehen Sie sich um!) sind Individualisten und unverwechselbare Zeitgenossen wie alle sonst ringsum in unserer bunten Gesellschaft. Der Typ des Oberlehrers, wenn er denn je außerhalb der ihn fixierenden Literatur existiert hat, findet sich an unseren Gymnasien nicht. Aber die gemeinsame Erfahrung, daß man sich in ein wissenschaftliches Studium nicht vertieft hat, um weiter zu forschen, sondern um wissenschaftliche Erkenntnisse und Verfahren der studierten Fächer jungen Menschen zu vermitteln und sie in einem erzieherisch wirksamen Prozeß auf eigene Erkenntnisse vorzubereiten, diese gemeinsame Erfahrung mit allen heute beeinträchtigenden Erschwernissen ver-bindet doch zu einer kollegialen, solidarischen Einstellung. Die schwierige und, wie ich erwähnt habe, von vielen Seiten angefochtene Aufgabe, Schülerinnen und Schüler nicht zu irgendeinem Schulabschluß, sondern möglichst in einem geschlossen zielenden Lehrgang zur Studierfähigkeit zu bringen, die eben für mehr taugt als den Studienbeginn, diese Aufgabe hat unsere Mitglieder im Verband stets „geeint". Daß gymnasiale Bildung, die in Festreden nur formelhaft auftauchen kann, aber sich im Schulalltag in ungezählten Einzelstunden vollzieht, auch weiterhin ermöglicht wird, scheint mir der aus 50 Jahren Verbandsgeschichte gewinnbare Sinn unserer Arbeit auch für die Zukunft.

Abordnungen an Grundschulen und andere Schulformen über 6 Monate

Lehrerverschiebebahnhof Niedersachsen

Von Cord Wilhelm Kiel

Das Schuljahr hatte noch nicht einmal begonnen, schon war der erste „Aufreger“ da, war abzusehen, dass auch das neue Jahr keinerlei Ruhe in unsere Schulen und die Verbandspolitik bringen würde. Am Ende der Sommerferien kam die Weisung, dass Gymnasien in großem Umfang Lehrerstunden an andere Schulformen, darunter auch und gerade Grundschulen, abzuordnen hätten. Diese Weisung erhielten die Schulen, wie bemerkt, in den meisten Fällen in der zweiten Ferienhälfte, einige sogar erst ganz kurz vor oder sogar bereits nach (!) Beginn des neuen Schuljahres.

Etliche Schulleiter (in deren Fall wohl überhaupt niemand mehr daran denkt, dass auch sie einen gesetzlichen Anspruch auf Urlaubszeit haben) mussten ihren Sommer-Erholungsurlaub abbrechen und an den Schreibtisch zurückkehren. Selbiges gilt für die Stundenplaner und andere, die an der Organisation von Schule und Unterricht beteiligt waren – bis hin zu den Personalräten, die zum Teil ebenfalls aus dem Urlaub zurückgeholt wurden. Auch Dezernenten, die ja die Abordnungen an „ihre“ Schulen weiterreichen mussten, dürften wenig erholsame Sommerwochen gehabt haben. All dies, weil es dem Kultusministerium nicht vorher – man müsste sagen: rechtzeitig – auf- und eingefallen war, dass die Unterrichtsversorgung an vielen Schulen derart schlecht ist, dass gar kein geregelter Unterricht vielerorts mehr möglich war.

Betroffen sind dabei nicht nur, wie immer und überall kolportiert, die Schulen aus dem Bereich der Dezernate 2 (also Grund-, Haupt-, Real-, Förder- und Oberschulen), sondern auch fast alle Berufsbildenden Schulen. Diese haben sich inzwischen vielerorts damit abgefunden, dauerhaft weit unter einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung zu liegen, einfach weil sie schon so lange mangelhaft versorgt sind. „80 Prozent Unterrichtsversorgung sind bei mir schon lange traurige Realität“ berichtet ein Schulleiter einer BBS, der namentlich nicht genannt werden möchte. Aber auch an vielen Gymnasien und Gesamtschulen sind die „100 Prozent“ ein weit entfernter Wunschtraum, eine volle Versorgung inklusive Vertretungsreserve gibt es an kaum einer Schule.

Die Probleme sind dabei hausgemacht – durch zu wenig Stellenausschreibungen an den Dezernat-2-Schulen schon seit vielen Jahren. Aber eine Begründung für das Abordnungschaos, von manchen Zuschriften „Lehrer wechsel’ Dich“ bis „Lehrerverschiebebahnhof Niedersachsen“ genannt, ist dies nicht. Denn wir wissen: Das Land hat über viele Jahre hinweg einfach viel zu wenig Stellen an diesen Schulen – man könnte auch sagen: an allen Schulformen – ausgeschrieben. Daher haben wir nun Mangelverwaltung statt einer soliden Unterrichtsversorgung.

Weiterhin – Stand Ende August – erreichen den Philologenverband und unsere Stufenpersonalräte täglich zahlreiche Fragen zu den vom Kultusministerium angewiesenen Abordnungen an andere Schulformen, insbesondere an Grundschulen. Die Fragen betreffen verständlicherweise vor allem das weitere Verfahren bei Zustimmung bzw. Ablehnung durch die betroffene Lehrkraft und/oder durch den Schulpersonalrat bei der Abordnung über sechs Monate hinaus.

Die Situation ist deshalb nicht einfach darzustellen, weil die Regionalabteilungen teilweise unterschiedlich verfahren. Sie weisen zudem darauf hin, dass es sich immer um Einzelfallentscheidungen handelt, die entsprechend individuell zu prüfen sind. Insgesamt legt man aber – das ergeben die Rückfragen und Erfahrungen vor Ort – Wert darauf, möglichst viel einvernehmlich zu regeln.

© koosen / Shutterstock.com

Viele Stundenpläne wurden durch die Abordnungen zur Makulatur und wanderten in den Müll

Viele Lehrkräfte stimmen – oft zähneknirschend, aber letztlich aus einer kollegialen Solidarität heraus – den Abordnungen zu. Zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulpersonalräte lehnen aber auch ab. Dies stellt dann die Schulleitungen, die ja abordnen müssen, und die Bezirkspersonalräte, die auf eine möglichst gleichmäßige Unterrichtsversorgung aller Schulen, für die sie zuständig sind, achten müssen, vor größere Probleme. Denn auch die Dezernenten müssen ja abordnen. Also bleibt vielfach nur die Möglichkeit, auf möglichst viele freiwillige Lehrkräfte, die bereit sind, für ein Jahr an einer anderen Schulform zu unterrichten, zu hoffen. Ist dies nicht der Fall, müssen die Bezirkspersonalräte versuchen, möglichst „sozialverträgliche“ Lösungen zu finden. Welche das sein können, wird an späterer Stelle ausgeführt.

Vereinfacht ausgedrückt, ergeben sich in der Praxis die nachfolgend aufgeführten vier denkbaren Konstellationen bzw. Verfahren zu Abordnungen über 6 Monate hinaus:

Lehrkraft	Schulpersonalrat	Abordnung ja oder nein?
stimmt zu	stimmt zu	Die Abordnung wird in der Regel vollzogen. Allerdings kann der Schulbezirkspersonalrat (SBPR) auch hier ablehnen – er hat immer „das letzte Wort“.
lehnt ab	stimmt zu	Der Schulbezirkspersonalrat (SBPR) schaltet sich ein und führt Gespräche mit der betroffenen Lehrkraft, dem Schulpersonalrat und der Schulleitung. Kommt es bei diesen Gesprächen zu keiner Einigung, kann die Abordnung seitens des Schulleiters bis zu einem halben Jahr – ohne Mitbestimmung des SBPR und ohne Zustimmung der Lehrkraft – herabgesetzt werden. Nach dem halben Jahr wird eine andere Lehrkraft abgeordnet, oder es kann mit Zustimmung der ersten Lehrkraft oder – aus zwingenden dienstlichen Gründen (dies ist allerdings sehr selten der Fall) – auch ohne Zustimmung ein weiteres halbes Jahr abgeordnet oder die Abordnung zurückgezogen werden.
stimmt zu	lehnt ab	Der Schulbezirkspersonalrat schaltet sich ein und fragt beim Schulpersonalrat nach. Der Schulbezirkspersonalrat bekommt alle Abordnungsentscheidungen zur Information. Entscheidend ist das Votum des Schulleiters, der dem Schulbezirkspersonalrat zur Abstimmung seine Stellungnahme geben muss. Bei seiner Zustimmung wird die Abordnung vollzogen – vorausgesetzt, der SBPR stimmt zu.
lehnt ab	lehnt ab	Der Schulbezirkspersonalrat schaltet sich ein und verhandelt mit den Beteiligten. Hinzu kommen auch Erörterungen mit dem für die jeweilige Schule zuständigen Dezernenten. Dieser muss dem SBPR transparent erörtern, warum Kollege X und Kollegin Y abgeordnet werden sollen. Der Schulbezirkspersonalrat muss nun abwägen, ob die Abordnung vollzogen werden kann; er ist angewiesen, die Bedürfnisse der abgebenden, aber auch der aufnehmenden Schule dabei gegeneinander abzuwägen! Sprich: Hat die abgebende Schule eine Unterrichtsversorgung von 105%, die aufnehmende von 70%, und es sprechen keine „harten“ Fakten gegen die Abordnung des einzelnen Kollegen, muss der SBPR der Abordnung – trotz der Ablehnung der Lehrkraft und des Schulpersonalrats – zustimmen. Kommt es zu keiner Einigung, bzw. lehnt der Schulbezirkspersonalrat die Abordnung ebenfalls ab, kann wegen der fehlenden Zustimmung nur für die Dauer eines halben Jahres abgeordnet werden. Soll dennoch länger abgeordnet werden, ist das ein Fall für die Einigungsstelle. Oder aber, die Abordnungsverfügung wird an die jeweilige Schule zurückgegeben – diese muss dann andere Lehrkräfte benennen, die abgeordnet werden müssen.

Ein Abordnungs-Teufelskreis

Wir sehen: Es ist ein „Teufelskreis“, der hier entsteht, denn die Einzelschule kann sich der Abordnungsverfügung genauso wenig entziehen wie die Dezernate der Regionalabteilungen der Landesschulbehörde, die ja letztlich in dieser Sache auch nur ausführende Organe sind. Ein Anruf bzw. eine Beschwerde beim Dezernenten nützt also in dieser Angelegenheit gar nichts. Letztlich ist es eine „perfide“ Situation, die nur Verlierer kennt, denn einer gibt den „Schwarzen Peter“ an den Nächsten weiter: Das Ministerium an die Dezernenten, diese an die Schulleiter, diese wiederum an die Lehrkräfte. Die gehen dann an Schulen, die oft auch nur bedingt „begeistert“ über die schul- und unterrichtsfremden Lehrkräfte sind. Leidtragende „am unteren Ende“ sind die Schülerinnen und Schüler, die von nicht für ihre Bedürfnisse (und oft ihre Fächer) ausgebildete Lehrkräften unterrichtet werden müssen. Wenn es in dieser Sache „Schuldige“ gibt, dann sind diese im Ministerium zu suchen, nicht in der eigenen Schule. Denn es war der Dienstherr – also letztlich die Landesregierung und ihre Ministerin, die für die Unterrichtsversorgung und den viel zu späten Zeitpunkt der Abordnungen verantwortlich sind.

Für die Stufenpersonalräte gibt es verschiedene Dinge zu beachten, die im Zweifel zur Entscheidung beitragen, ob ein Kollege oder eine Kollegin abgeordnet werden oder nicht. Einige Punkte sollen hier genannt werden:

- Überhälftige Abordnungen sollen – das zeigen die Absprachen der Schulbezirkspersonalräte – nicht umgesetzt werden. Denn bei Abordnungen über die Hälfte der Unterrichtsverpflichtung hinaus erhöht sich die Unterrichtsverpflichtung auf das Deputat der Zielschule – bei Grundschulen also z.B. auf 28,5 Stunden.
- Lehrkräfte, die sich in der Probezeit befinden, sollen möglichst nicht abgeordnet werden. Denn eine Bewährungsfeststellung wird schwierig(er), wenn die Lehrkraft weniger an der Schule, deren Dienststellenleitung diese feststellen muss, tätig ist. Dies sollte vor allem Schulleitern klar sein: Gibt es möglicherweise bei einer abgeordneten Lehrkraft in der Probezeit später Probleme bei der Verbeamtung auf Lebenszeit, könnte diese gegen ihre Nichtbewährung Klage mit der Begründung einlegen, dass sie ja kaum bzw. zu wenig an ihrer Schule unterrichtet hat, mögliche Absprachen nicht mitbekommen konnte usw.
- Die Entfernung zwischen Abordnungs- und Zielschule darf nicht zu groß sein, Mobilität bzw. die Erreichbarkeit der Abordnungsschule muss gegeben sein.
- Weiterhin achtet der Schulbezirkspersonalrat darauf, dass möglichst folgende Lehrkräfte nicht verstärkt abgeordnet werden
  - Alleinerziehende
  - Erkrankte, teilweise dienstunfähige bzw. schwerbehinderte Lehrerinnen und Lehrer (lt. Attest)
  - Teilzeitkräfte, für die durch eine Abordnung zu große zeitliche Mehrbelastung (Fahrtwege, Springstunden) entstehen würden
  - Andere soziale Gründe (Pflege bzw. Betreuung usw.)
  - Abordnungen ohne Einverständnis, bei denen die Auswahl der betreffenden Lehrkräfte durch die jeweilige Schulleitung nicht oder nicht ausreichend begründet ist.

Allerdings: Eine Ablehnung nur damit zu begründen, dass man Gymnasiallehrer ist und damit nicht an einer anderen Schulform unterrichten könne – diese, aus unserer Sicht durchaus nachvollziehbare Begründung hat weder bei den Dezernaten noch bei den Stufenpersonalvertretungen in ihrer derzeitigen Zusammensetzung Erfolg. Denn in den Stufenpersonalräten gibt es seit der Neufassung des NPersVG keine Fachgruppen und damit keine „Vetomöglichkeit" für eine Fachgruppe „Gymnasium" mehr. Die GEW, die (noch) die Mehrheit in den Stufenvertretungen stellt, ist prinzipiell der Meinung, dass Gymnasiallehrer auch an anderen Schulformen unterrichten können und müssen. Dies zeigt uns, wie wichtig unsere Arbeit auch in Zukunft ist – der Philologenverband bleibt die einzige wirkliche Interessenvertretung für Gymnasiallehrer!

Fragen und Antworten zu Abordnungen

Zu den Abordnungen gab und gibt es noch viele weitere Fragen und Unklarheiten, wie die vergangenen Wochen gezeigt haben. Anbei eine Auswahl besonders wichtiger Fragen und Antworten:

Was passiert mit Plus- und Minusstunden bei Abordnungen?
Betroffene Lehrkräfte sollten unbedingt darauf achten, dass sie durch eine Abordnung nicht Plusstunden über die rechtlich zulässigen 40 Stunden/Halbjahr (siehe Arbeitszeitverordnung § 4) ansammeln bzw. dass ein erforderlicher Abbau von bereits vorhandenen Plusstunden nicht verweigert wird: Jede Lehrkraft hat einen Rechtsanspruch, nicht über die genannte Stundenzahl hinaus eingesetzt zu werden. Genaue Informationen zum Flexi-Konto haben wir am 19.6.2017 auf unserer Homepage veröffentlicht.

Was gilt für teilzeitbeschäftigte Funktionsstelleninhaber A 14?
Teilzeitbeschäftigte Funktionsstelleninhaber A 14 am Gymnasium sollten auch sicherstellen, dass die ihnen ab diesem Schuljahr zustehenden und der Schule gesondert zugewiesenen Anrechnungsstunden – bei Teilzeit mit 12 Stunden beispielsweise in etwa 1 Anrechnungsstunde, bei Teilzeit mit 18 Stunden etwa eine halbe Anrechnungsstunde – in der Berechnung ihres Unterrichtseinsatzes berücksichtigt werden.

Wie sind die erforderlichen Dienstreisen durchzuführen?
Wenn die Lehrkraft abgeordnet wird, muss unbedingt vorher die Frage der Dienstreise geklärt werden, insbesondere die Frage, ob sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt werden kann, oder mit PkW nach sog. kleiner Wegstreckenentschädigung erfolgt oder – auf Antrag und mit schriftlicher Genehmigung vor Beginn der Abordnung! – bei erheblichem dienstlichem Interesse an der Nutzung des PKW nach sog. großer Wegstreckenentschädigung, die dann auch den möglichen Schaden bei einem Unfall wesentlich besser berücksichtigt. Jede betroffene Lehrkraft sollte daher unbedingt das Merkblatt der Landesschulbehörde sowie unseren Rechtsflyer „Dienstreise und Dienstunfall" lesen, um vor unangenehmen Überraschungen geschützt zu sein.

Wie lange kann höchstens abgeordnet werden?
Mit Zustimmung der betroffenen Lehrkraft gibt es keine Höchstgrenze für Abordnungen. Gegen den Willen der Betroffenen gilt die Halbjahresgrenze (s.o.). In der Praxis kommt es in der Regel zu einvernehmlichen Lösungen.

Gibt es Sonderregelungen für Angestellte?
Angestellte werden wie Beamte behandelt. Das gilt für die Arbeitszeitverordnung wie auch für Abordnungen. Hier muss man jedoch auf eventuelle individuelle einzelvertragliche Regelungen achten, bezogen z.B. auf die Zahl der zu unterrichtenden Stunden oder auf die Einsatzbereiche.

Welche Auswirkungen hat es, wenn man Personalratsmitglied oder Funktionsstelleninhaber oder als Lehrkraft mit besonderen Aufgaben betraut ist?
Personalräte können grundsätzlich nicht gegen ihre Zustimmung abgeordnet werden (NPersVG § 41). Funktionsstelleninhaber oder Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben dagegen können grundsätzlich wie jede andere Lehrkraft abgeordnet werden. Im Einzelfall sind der Umfang der Abordnung und der Umfang der Funktionstätigkeit zu prüfen, denn die Funktionen müssen voll wahrgenommen werden.

Gibt es bei Tarifbeschäftigten Weiteres zu beachten?
Eine überhälftige Abordnung an eine Schule muss unbedingt vermieden werden, wenn an der Zielschule die Tätigkeit üblicherweise anders eingruppiert wird. Es kann für die Dauer der Abordnung ansonsten eine Heruntergruppierung erfolgen. Beispiel: Ein Tarifbeschäftigte ist mit E 13 an einem Gymnasium beschäftigt und soll mit voller Stundenzahl an eine Grundschule abgeordnet werden. An der Zielschule wird die Tätigkeit mit E 11 vergütet.

Gymnasiallehrer an Grundschulen oft mit nachrangigen Aufgaben betraut

Kurz nach der ersten Abordnungswelle kamen dann die nächsten unerfreulichen Nachrichten: Der Philologenverband Niedersachsen hat mit Unverständnis, ja geradezu Empörung auf Presseberichte und ihm zugegangene Informationen reagiert, dass an Grundschulen vielfach die von den Gymnasien abgeordneten Gymnasiallehrkräfte unterrichtlich gar nicht eingesetzt würden, um, wie behauptet, akute Mängel der Unterrichtsversorgung zu beheben und den Unterricht zu erteilen, wie er nach rechtlichen Vorgaben erteilt werden müsse. Vielmehr müssten abgeordnete Lehrkräfte nicht selten nachrangige Aufgaben des so genannten „Zusatzbedarfs" erfüllen, die nicht zwingend erforderlich sind. So hat z. B. ein Gymnasium an eine Grundschule vier Lehrkräfte abordnen müssen, die dort offensichtlich gar nicht benötigt wurden und die jetzt insgesamt als Zweitlehrkraft oder fachfremd „beschäftigt" werden. An anderen Grundschulen wurden Gymnasiallehrer statt im Unterricht für Aufsichten eingesetzt.

Dies ist, das sagen wir in aller Deutlichkeit, eine unerträgliche Verschwendung von wertvollen Unterrichtsstunden, die den Gymnasien fehlen. Denn während an den Gymnasien der Fachunterricht in oft nicht unbeträchtlichem Umfang ausfallen muss bzw. Unterrichtskürzungen vorgenommen werden müssen, werden an den Grundschulen in der Realität nicht vorhandene Lücken gefüllt und Orchideenveranstaltungen auf Kosten der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien angeboten. Das ist geradezu absurd – man muss sich inzwischen fragen, ob Unterricht an einem Gymnasium weniger wert sein soll als Aufsichten und Zusatzdienste an Grundschulen. Dieser Eindruck ist mancherorts entstanden – ein Eindruck, der nicht so falsch zu sein scheint, denn offensichtlich geht es der Politik der derzeitigen (Noch-) Landesregierung wieder einmal darum, die Gymnasien zugunsten anderer Schulformen zu schädigen. Das kennen wir – leider – schon. Dennoch ist die Politik der kleinen und großen Nadelstiche gegen unsere Schulform offensichtlich noch nicht beendet und schon erschreckend in ihrer Konsequenz. Wir können nur hoffen, dass sich dies bald ändern wird.

„Maulkorb“ für Lehrer und Schulleitungen

Die geschilderten Eindrücke bestätigt ein letzter, weiterer Punkt: Aus Zuschriften wissen wir, dass den Schulen auf Weisung des Kultusministeriums offensichtlich untersagt worden ist, sich zu den zu Recht umstrittenen Abordnungen öffentlich zu äußern. Umso mehr muss man Respekt vor den Schulleitungen und Lehrern haben, die sich keinen „Maulkorb“ umhängen lassen, sondern sich kritisch zu dem ministeriellen Unsinn zu Wort melden.

Da es aber nach wie vor nicht unproblematisch ist, sich als Lehrkraft, ja sogar als Schulleiter zur derzeitigen Praxis zu äußern, haben wir abschließend einige Pressestimmen angefügt. Selten war die Presse in einer Sachlage so auf unserer Seite – und selten haben Journalisten so klar das angeprangert, was das Ministerium von Lehrern und Schulleitern nicht ausgesprochen haben möchte. Lassen wir also die Presse sprechen – und hoffen wir, dass der „Lehrer-Verschiebebahnhof“ bald der Vergangenheit angehören wird.

© Syda Productions / Shutterstock.com

Durch die Abordnungen fällt an Gymnasien Unterricht aus – dies sorgt für zu viele Leerzeiten für Schülerinnen und Schüler

Pressestimmen

Zwangs-Jobs für Lehrer

[...] Gunars Reichenbachs, Hannover. Zwangsversetzung für Gymnasial- und Oberschullehrer: Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) ordnet zum neuen Schuljahr zahlreiche Pädagogen von weiterführenden Einrichtungen an die Grundschulen ab, um dort die Unterrichtsversorgung zu retten. „Die Sicherheit des Pflichtunterrichts genießt höchste Priorität“, heißt es dazu aus dem Kultusministerium. Betroffene Lehrer laufen dagegen Sturm. „Abordnungen an Grundschulen beschleunigen die Talfahrt der Unterrichtsversorgung an Gymnasien“, übt der Philologenverband massive Kritik an dem Notplan der Kultusministerin. Gymnasien müssten teilweise mit bis zu 70 Stunden an Grundschulen aushelfen, klagt Verbandschef Horst Audritz.
Auch der Verband niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR befürchtet eine „desaströse Unterrichtsversorgung an vielen Schulen“, weil auch Oberschullehrer auf Zeit zwangsversetzt werden. „Das Kultusministerium stopft Löcher, indem es andernorts neue aufreißt“, zürnt Verbandschef Manfred Busch. [...]

Nordwest-Zeitung 01.08.2017

Gymnasiallehrer sollen in Grundschulen aushelfen

HANNOVER (epd). Die Absicht der Landesregierung in Niedersachsen, wegen der schlechten Unterrichtsversorgung Lehrer von Gymnasien und Oberschulen an Grundschulen abzuordnen, ist bei Pädagogenverbänden und der Opposition auf scharfe Kritik gestoßen. Zahlreiche Gymnasien müssten in teilweise großem Umfang Stunden an die Grundschulen abgeben, selbst wenn die eigene Unterrichtsversorgung schon zuvor weit unter 100 Prozent liege, bemängelte gestern der Landesvorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz.

Gymnasien würden auch jetzt noch kurzfristig angewiesen, „40 oder 60 oder 70 Stunden“ an Grundschulen abzuordnen, um dort die Löcher zu stopfen, die dann aber an den Gymnasien umso größer würden. „Das ist ein unerträglicher Zustand, der eindeutig zulasten der Bildung unserer Schülerinnen und Schüler geht“, sagte Audritz. [...]

Cellesche Zeitung 01.08.2017

Der Verband der Elternräte der Gymnasien in Niedersachsen kritisiert die Abordnung von Gymnasiallehrern an andere Schulformen. Vorsitzende Petra Wiederroth bezeichnet das Vorgehen der Kultusministerin als ein fatales Zeichen und einen Akt der Verzweiflung. Wiedenroth, die als Politikerin für die CDU dem Hamelner Rat angehört, fordert vom Land, die Unterrichtsversorgung zu sichern und ausreichend Lehrkräfte für alle Schulen einzustellen.

Radio aktiv Hameln, 01. August 2017

„Eine absurde, ja bizarre Situation“

Von Frank Heine / Goslar. Mit einer persönlichen Stellungnahme hat sich das Führungsduo des Ratsgymnasiums (RG) ans eigene Kollegium, den Personalrat sowie den Schulelternrat gewandt – auch zur Weiterleitung an Kreis- und

Landeselternrat. Direktor Hans-Peter Dreß und Vize Michael Kwasniok kritisieren in ihrem Schreiben, das der GZ vorliegt, scharf die Abordnungspraktiken zum Schuljahresbeginn. [...]

Das RG hatte wie berichtet zwei volle Lehrerstellen an die Grundschule Sudmerberg und die Bad Harzburger Gerhart-HauptmannGrundschule abzugeben. Die ersten Erfahrungen gerade in Sudmerberg sehen nach nicht offiziell bestätigten GZ-Informationen wie folgt aus: Keine der vier vom RG dorthin abgeordneten Lehrkräfte wird dort benötigt, um akute Mängel in der Unterrichtsversorgung zu beheben." Sämtliche RG-Kräfte sind demnach als Zweitlehrkraft eingesetzt, betreuen mehrere Stunden lang einzelne ausgewählte Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und erteilen Unterricht in Fächern, in denen sie nicht ausgebildet sind. In Sudmerberg soll demnach eine RG-Lehrerin einen vom CvD-Gymnasium dorthin beorderten Kollegen im Mathe-Unterricht beaufsichtigen dürfen. Eine Lehrerin für Deutsch und Englisch erteilt Religion ohne Ausbildung. In Bad Harzburg gibt eine Kraft für Biologie und Chemie Sportstunden.

Konsequenz für das RG sind Stundenkürzungen im eigenen Haus sowie weitere empfindliche Mehrbelastungen für andere Lehrer. „Es handelt sich um eine absurde, ja bizarre Situation, die in eklatantem und beispiellosem Maße dem Paragraphen 34 des Beamtenstatusgesetzes zuwiderläuft. Indem engagierte Lehrkräfte, die sich im Sinne des Gesetzes mit vollem persönlichen Engagement für die von ihnen gewählte Schulform und Schule einsetzen, vorsätzlich sinnlos in Grundschulen geschickt werden, um in der Realität dort nicht vorhandene Lücken zu füllen, demoralisiert man sie in einem Maße, das kaum noch erträglich ist", heißt es im RG-Schreiben. [...]

Harzburger Zeitung, 15.08.2017

Eltern machen gegen Schulpläne des Landes mobil

Von Saskia Döhner / Hannover. Der in Teilen chaotische Start des Schuljahres ruft jetzt zunehmend auch die Elternvertreter auf den Plan. Der Verband der Elternräte der Gymnasien verschickt heute einen Aufruf an alle 260 Gymnasien im Land und fordert darin zu massivem Protest gegen Lehrerabordnungen an die Grundschulen auf. „Wir Eltern werden nicht länger zusehen, wenn unseren Kindern dadurch weitere Bildungschancen verwehrt werden", heißt es in dem Schreiben, das der HAZ vorliegt. „Es brennt an den Schulen", sagt die Verbandsgeschäftsführerin Petra Wiedenroth, „und auch die Standorte, die jetzt noch nicht betroffen sind, werden bald betroffen sein." [...]

Besondere Empörung herrscht darüber, dass offenbar viele der abgeordneten Pädagogen gar nicht für den Kernunterricht benötigt werden, sondern für den Zusatzbedarf. Das heißt, sie machen Pausenaufsicht, helfen bei Hausaufgaben oder sind Zweitkraft in Sprachlernklassen. Andere werden völlig fachfremd eingesetzt: Eine Englischlehrerin erteilt Religion, ein Biologie- und Chemielehrer macht jetzt Sport mit Grundschülern. Bei einer Dienstbesprechung an einer Schule in der Region Hannover wurde der Satz eines Mitarbeiters aus dem Kultusministerium publik: An den Grundschulen würden „warme Körper" benötigt.

„Da werden wertvolle Unterrichtsstunden verplempert", kritisiert Philologenchef Horst Audritz. Mit fatalen Folgen: Gymnasien müssten ihre Oberstufenangebote einschränken, moniert Wiedenroth. Für Aufsichten könnten doch auch pädagogische Mitarbeiter oder notfalls Eltern eingesetzt werden. [...]

HAZ, 16. August 2017

Alles nur Utopie?

Versuch einer bildungspolitischen Standortbestimmung

Von Wolfgang Steinbrecht

Vor allen bildungspolitischen Überlegungen ist festzuhalten, daß wir in einer dekadenten Gesellschaft leben. Das Gefühl dafür, woher unser Wohlstand stammt, daß er stets gefährdet ist und ständig aufs neue abgesichert werden muß, ist weitgehend verschwunden. Er ist einfach da. Wo doch einmal das Gefühl der Zukunftssicherung aufkommt, ersticken es Gutmenschen mit ihrem Veto. Flüchtlinge, Euro-Problem, Bildungspolitik – wohin man schaut, ist es das Gleiche.

Dabei sind die Folgen des Gutmenschentums in der Bildungspolitik am heikelsten. Während sie in anderen Bereichen relativ schnell sichtbar werden, müssen wir hier warten, bis aus den derzeitigen Kindern und Jugendlichen junge Erwachsene geworden sind und nichts mehr zu reparieren ist. Daß jedes Kind nur eine Bildungsbiographie hat, ist den Gutmenschen egal. Höhere Ziele rechtfertigen solche Kollateralschäden.

Die niedersächsische Kultusministerin führt uns am Beispiel der Inklusion vor, daß für sie alle Folgen dieser Politik gleichgültig sind. Auf der Vertreterversammlung 2016 bezeichnete sie in ihrem Grußwort die Inklusion als „historischen Umstellungsprozeß". Eine Jahrhundertaufgabe, die Kollateralschäden bedeutungslos werden läßt.

Thomas Rietzschel schildert in seinem Buch „Die Stunde der Dilettanten", wie Dilettanten sich gegen alles abschotten, was ihre vorgefaßte Meinung erschüttern könnte. Beispiele dafür gibt es zuhauf, nicht nur in der Bildungspolitik, sondern in der Politik schlechthin. Und auch sonst im Leben. Die „Achtundsechziger" könnte man nennen, die Europolitik des Herrn Draghi, die Glühbirnenverordnung aus Brüssel, die Rechtschreibreform oder die uns bevorstehenden Elektroautos (Strom kommt aus der Steckdose, aber wo und wie wird er erzeugt?).

Ich werde das Schulsystem in Niedersachsen im ganzen unter die Lupe nehmen, denn eines ist ja auf das andere bezogen. Mir ist dabei bewußt, wie sehr die Reste des noch vorhandenen gegliederten Schulwesens unter dem Beschuß

der Dilettanten stehen. Meine Überlegungen gehen dahin, das Gymnasium wenigstens prinzipiell zu erhalten.

Zunächst also die Grundschule. Sie strotzt von dilettantischen Zumutungen. Zu nennen wäre hier das „Lesen durch Schreiben“ des Reformpädagogen Jürgen Reichen, mit dem die Schüler anhand einer Anlauttabelle drauflosschreiben und zwei Jahre nicht ernsthaft verbessert werden. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß man alles, was man lernt, von vornherein in der richtigen Form erlernen muß. Fehler erst nach zwei Jahren auszumerzen ist kaum möglich. Der Kampf mit dem Falschen belastet das Gehirn ständig und schafft Unsicherheiten besonders in Streßsituationen, zum Beispiel bei Prüfungen.

Ein weiterer Juckepunkt ist die „vereinfachte, unverbundene Handschrift“. Die verbundene Handschrift wird als Zumutung empfunden. Die Folgen – Unleserlichkeit und damit verbundene Rechtschreibschwäche – sind den Gutmenschen egal. Auf derselben Ebene liegen die „Berichtszeugnisse“ statt der Noten, die in Niedersachsen auch im 3. und 4. Schuljahr noch erlaubt sind. Berichtszeugnisse, heißt es, „passen besser zu modernen, individualisierenden Lernformen und dem Lernalltag etlicher Grundschulen“. Wohin man auch schaut, soll Druck von den Kindern genommen werden.

Das Ziel der Grundschule ist nach wie vor die Vermittlung von Lesen, Schreiben, Rechnen. In der deutschen Sprache, könnte man hinzufügen. Der Einbau des Englischunterrichts war eine gravierende Fehlentscheidung der niedersächsischen CDU, die bis in die Zeit zurückreicht, als Christian Wulff sich auf das Amt des Ministerpräsidenten vorbereitete. Die mitgebrachten Englischkenntnisse der Fünftklässler sind im Nu verbraucht, oft müssen Aussprachefehler und lexikalische Ungenauigkeiten korrigiert werden. Trotz allem: Vier Jahre Grundschule sind eine solide Zeitspanne.

Es ist Unsinn, hier von Druck zu sprechen. Die Grundschulkinder werden in eine Welt hineingeführt, die jenseits ihres bisherigen Lebenskreises liegt, von der sie aber wissen, daß sie in sie hineinwachsen müssen. Sie haben ja ständig Erwachsene vor sich. Das ist anspruchsvoll und gleichzeitig faszinierend, ein Schritt in die wachsende Selbständigkeit. Wenn der Lehrer sie in dieser Weise lenkt, kann von Druck keine Rede sein.

Zunächst das Lesen und Schreiben. Beides ist untrennbar verbunden. Die mündliche Sprache und die Schriftsprache sind aufeinander bezogen, unterliegen aber dennoch eigenen Sachgesetzen. Wir hören vieles, was wir nicht lesen, und wir schreiben vieles, was wir nicht hören. Die Schüler müssen allmählich lernen, wie die vielen Laute der deutschen Sprache mit dreißig Buchstaben wiedergegeben werden. Das geschieht in kleinen Schritten mit vielen Übungsprozessen und Absicherungen: „sch“, „ch“, „qu“, die Diphtonge, die Umlaute ä,ö,ü, die diversen Möglichkeiten, kurze und lange Vokale kenntlich zu machen. Bei allem kommt es darauf an, nicht zu experimentieren, sondern von vornherein richtig zu schreiben. Und es gehört eine verbundene Handschrift dazu.

Die Erweiterung des Wortschatzes

In kleinen Schritten parallel dazu lernen die Schüler das Lesen. Das Ziel ist, gedruckte Texte ganzheitlich und zusammenhängend lesen zu können, wobei auch Texte aus der Vergangenheit mit einem veralteten Vokabular zumutbar sind. Es ist abwegig, Texte für Grundschüler zu modernisieren und zu vereinfachen oder einen Mindestwortschatz zu definieren. Die Lektüre dient grundsätzlich der Erweiterung des Wortschatzes. Das Repertoire der mündlichen Sprache ist begrenzt. Der Zuwachs erfolgt immer über Lektüre, von der der erworbene Wortschatz in die mündliche Ausdrucksweise zurückfließen kann. Dieser Prozeß ist mit der Schulzeit nicht beendet. Die Grundschule sollte die Voraussetzung dazu schaffen.

Das richtige Schreiben ist mit Grammatik verbunden. Die Schüler müssen lernen, Wortarten zu erkennen (Groß- und Kleinschreibung), die Begründung für Getrennt- und Zusammenschreibung bei Wortverbindungen zu verstehen und bei Zusammenschreibung die mögliche Häufung von Konsonanten in der Wortmitte zu bewältigen. Wegen der Zeichensetzung ist auch Satzlehre unabdingbar – alles natürlich auf Grundschulniveau. Viele vergangene Jahrzehnte haben gezeigt, daß das keine Überforderung ist. Wenn einzelne überbehütete Kinder die ersten Schritte in die Gedankenwelt der Erwachsenen verweigern und Kinder bleiben wollen, müssen sie ein Schuljahr wiederholen, bis sie reifer werden. Es versteht sich fast von selbst, daß Smartphones in der Grundschule nichts zu suchen haben. Bei einem traditionellen lehrergeleiteten Unterricht wird der Wortschatz gezielt erweitert und werden Regionen des Gehirns positiv besetzt, die durch die Benutzung eines Smartphones veröden würden.

Ich komme nun zu dem, was man als Rechnen oder Mathematik bezeichnet. Die Grenze zwischen beiden ist unscharf. In meiner Schulzeit war das formal festgelegt: Rechnen in der Grundschule, Mathematik im Gymnasium. Der Einfachheit halber bleibe ich beim Rechnen. Am Anfang steht das Zählen und das Schreiben von Zahlen. Das bringen die Schüler in der Regel aus ihrer Vorschulzeit mit. Eine Festigung am Anfang ist nicht zeitaufwendig. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Herkunft und Bedeutung der Null. Viele Kulturen kamen ohne sie aus, so die alten Römer. I bedeutete 1 = ein Finger, V bedeutete 5 = die gespreizte Hand, X bedeutete 10 = zwei gekreuzte Hände. Was vor den Zeichen stand, bedeutete minus, danach – plus. Die römischen Zahlen begegnen uns bis heute bei Herrschernamen. Geblieben ist davon das Zehnersystem. Die Null wurde zunächst in Indien erfunden. Dort, wo sie steht, erhöht sich die Wertigkeit der Ziffer um je mal zehn. Ab dem 13. Jahrhundert kam die Null von den Arabern über Italien nach Europa. Sie wurde jedoch von der katholischen Kirche als „teuflisch“ verpönt. Erst im 17. Jahrhundert setzte sie sich im modernen Sinn durch.

Nach der Festigung des Zehnersystems beginnt das eigentliche Rechnen. Es erfolgt zunächst mündlich und in kleinen Schritten. Die Schüler lernen zu addieren und zu subtrahieren – zunächst mündlich, bei größeren Zahlen dann auch schriftlich – sowie etwas später zu multiplizieren und zu dividieren. Überall ist der Zehnersprung von Bedeutung (15-7>10-2=8). Parallel ist das kleine Einmaleins gründlich und nachhaltig einzuüben, bis die Reihen vorwärts und rückwärts im Unterbewußtsein verankert sind. Sie lernen, daß 3 x 4 und 4 x 3 im Ergebnis identisch sind. Das öffnet das Tor zur Bruchrechnung, etwas ein Viertel plus ein Drittel. Der

© Africa Studio / Shutterstock.com

gemeinsame Nenner ergibt sich daraus, wo sich 3 x 4 und 4 x 3 das erste Mal treffen, bei 12. Das Ergebnis: sieben Zwölftel. Man sieht, das Tor zur Mathematik fängt langsam an, sich zu öffnen. Smartphones haben auch hier nichts zu suchen. Wenn man sie benutzte, würden weitere Teile des Gehirns veröden.

Doch nun kommt es knüppeldick. In einem Positionspapier unseres Kultusministeriums wird ein Plan vorgestellt, wie die Grundschüler von vornherein auf höhere Mathematik ausgerichtet werden. Kopfrechnen? Vorbei! So etwas Minderwertiges erledigt „ein didaktisch reflektierter Einsatz von Taschenrechnern und Computern“. Es geht um „Hervorhebung der prozeßbezogenen Kompetenzen“, um „Stärkung der Schülerpersönlichkeit“, um einen „aktiven, konstruktiven und entdeckenden Prozeß“. Man faßt sich an den Kopf: Sechs- bis Elfjährige? Aber es ist wirklich so gemeint: „Eintrittswahrscheinlichkeit beim Würfeln mit zwei Würfeln ermitteln“, „alle Möglichkeiten einer Zahl mit zwei oder drei Würfeln feststellen“, Dreieck, Kreis, Rechteck, Quader, Zahlenstrahl, Mehrsystemblöcke, geometrische Formen wie Ecken, Seiten, Kanten, Flächen, senkrecht, parallel, rechter Winkel, Eigenschaften der Achsensymmetrie, proportionale Zuordnungen, Balken- oder Säulendiagramme. Und so weiter. Ein Teil davon soll nach dem zweiten Schuljahr beherrscht werden, ein Teil nach dem vierten. Die Fachkonferenzen sollen einen schuleigenen Arbeitsplan entwickeln. Eine Grundschullehrerin in der niedersächsischen Provinz erklärte ihren Schülern: „Das kleine Einmalseins müßt ihr euch selbst beibringen. Wir haben dazu keine Zeit.“

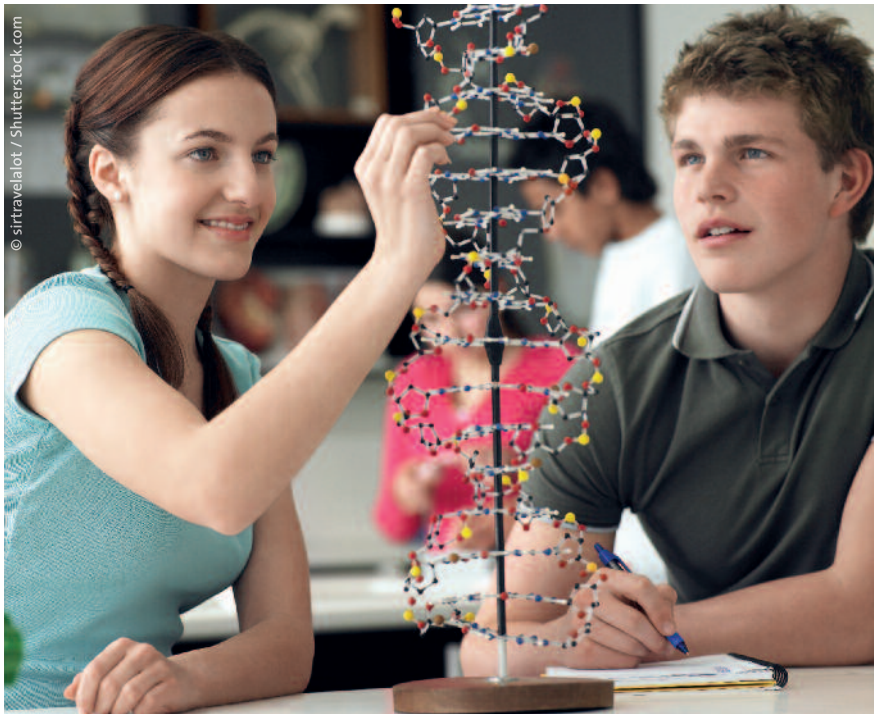
Smartphone und Computer oder lehrergeleiteter Unterricht?

Wenn ich jetzt zu unserem gymnasialen Erziehungsauftrag überleite, möchte ich zwei grundsätzliche Überlegungen voranstellen. Die eine betrifft onlinebasiertes Lernen. Smartphones und Computer sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Wenn etwas derart dominant unser Leben bestimmt, neigen Politiker dazu, es als gegeben hinzunehmen und bildungspolitische Konzepte daraus abzuleiten. Das trifft sich mit der Wunschvorstellung der Einheitsschule. Die Schüler sitzen vor ihren Laptops, der Lehrer geht als „Coach“ umher. Nicht bedacht wird dabei, daß das per Algorithmus gesteuerte Lernen Frontalunterricht in Reinform ist. Für den Schüler gibt es weder Widerspruch noch Diskussion. Er muß sich dem auf ihn zugeschnittenen Programm unterwerfen. Ob er wirklich alles verstanden hat und sein Wissen in anderen Kontexten einsetzen kann, bleibt offen. Es läßt sich digital nicht abbilden.

Onlinebasiertes Lernen ist daneben ein knallhartes Geschäft. Es wird den Steuerzahler Milliarden kosten. Federführend ist dabei wie üblich die Stiftung Bertelsmann. Zunächst wird die Öffentlichkeit darauf eingestimmt, daß onlinebasiertes Lernen ein großer Gewinn und Fortschritt sei und daß es einen Weg zurück nicht gibt. Um dem Ganzen einen seriösen Anstrich zu verleihen, stehen Mitarbeiter mit einem akademischen Titel zur Verfügung. Die Schulbuchverlage sind willige Kompagnons. Sie wittern den großen Gewinn. Schließlich springen auch noch die Bildungspolitiker auf den Zug. Bildungsministerin Wanka verordnete den Schulen ein „DigitalPaket=D“, das der Bund mit fünf Milliarden Euro finanzieren will. In den kommenden fünf Jahren sollen alle Schulen eine Breitbandanbindung erhalten und mit WLAN und Computern ausgestattet werden. Damit werden die bisherigen Lehrmittel endgültig wertlos. Die Neuausstattung mit onlinegeeigneten Lehrmitteln garantiert für eine längere Zeit einen hohen Umsatz. Die Stiftung Bertelsmann sahnt ihren Teil ab.

Die zweite Überlegung betrifft den lehrergeleiteten Unterricht. Während der onlinebasierte Unterricht in seiner krassen Form nur etwa zwei Jahrzehnte aufzuweisen hat, hat der lehrergeleitete Unterricht eine lange Tradition. Seine Formen können variieren: gemeinsame Arbeit im Sprach- und Literaturunterricht oder in der Mathematik, Schülerexperimente in den Naturwissenschaften. Hier wie dort entstehen Fragen der Einordnung, die ein lehrergeleitetes Gespräch erfordern. Es geht nicht nur um richtig oder falsch, sondern um Optimierung zwischen verschiedenen möglichen Ausdeutungen. Es muß immer durchklingen, daß gymnasialer Unterricht nicht anwendungsorientiert ist, sondern wissenschaftsbezogen. Lehrergeleiteter Unterricht bedeutet sozial eingebundenes Lernen. Menschen lernen von anderen und mit anderen. Lehre und Lernen bedeuten Beziehungsarbeit in einer Lerngruppe. Im Gespräch mit dem Lehrer werden Schüler angeregt und bestätigt. Sie lernen auch, Mißerfolge zu verarbeiten und als soziale Erfahrung einzuordnen. Daß es daneben eine Eigenleistung außerhalb der Gruppe geben muß (traditionell: die Hausaufgaben), versteht sich.

Die Tatsache, schreibt Christoph Türcke in seinem Buch „Lehrerdämmerung“, daß nicht jeder den Lehrer für sich allein hat, sondern er allen gemeinsam ist, verwandelt das, was er mitteilt oder vorführt, unversehens in ein knappes



Gut. Was knapp ist, steigt im Wert. Sachverhalte gewinnen darüber hinaus an Intensität, wenn ihre Hervorhebung eine gemeinsame Jetztzeit hat. Das Jetzt darf nicht nur ein kurzer Augenblick sein. Es braucht genügend Entfaltungsraum, Zeit zum Wiederholen, Üben und Vernetzen. Aber es ist nicht unendlich dehnbar, bis sich auch der Letzte den Sachverhalt vollständig angeeignet hat. Jetztzeiten sind hervorgehobene Zeiten. Sie sind darüber hinaus klassenöffentlich. Niemand hat den Lehrer für sich allein. Gleichwohl haben alle an ihm teil, wenn auch mit einer gewissen Distanz. Aber gerade die hat einen Synergieeffekt. Sie potenziert eine Einzelerwartung zu einer Gruppenerwartung.

Unsere gymnasiale Verantwortung

Wenn ich nun zum eigentlichen gymnasialen Unterricht komme, werde ich mich auf zwei Fächer beschränken, die mir besonders am Herzen liegen. Als erstes wäre das Fach Deutsch und die Pflege der deutschen Sprache zu nennen. Es ist ein Irrtum zu glauben, Lesen und Schreiben sei durch die Vorleistung der Grundschule für uns erledigt, selbst wenn das nicht in der verstümmelten Form geschähe, wie es heute üblich ist. Unsere Schüler durchlaufen in der neunjährigen Gymnasialzeit Entwicklungsstadien vom Kind bis zum jungen Erwachsenen. In dieser Zeit wächst der Wortschatz und verändert sich der Blick auf die deutsche Muttersprache. Das will begleitet und gepflegt sein.

Es ist aufschlußreich, einen Blick auf Brandenburg zu werfen. Dort erreichen (60% Oberschüler, 40% Gesamtschüler) von den Achtklässlern nur 8% die Mindeststandards. Die meisten können in Mathematik nicht die einfachsten Aufgaben lösen, und auch in der Rechtschreibung sieht es desolat aus. Paralleles gilt für Englisch, obwohl dort nur Lese- und Hörverstehen gefordert werden. In Deutschland insgesamt werden die „funktionalen Analphabeten“ auf 7,5 Millionen geschätzt.

Natürlich steht es um unser Gymnasium nicht derart schlimm. Aber der Blick auf Brandenburg sollte uns doch nachdenklich machen. Werden wir unseren wissenschaftspropädeutischen Erziehungsauftrag gerecht? Sind unsere Abiturienten hochschulreif? Die Verantwortung des Faches Deutsch ist enorm. Einerseits sollten in regelmäßigen Abständen schriftliche Hausaufgaben zu den besprochenen Literaturwerken gegeben und kontrolliert werden. Unter anderem lernen die Schüler, Resümees zu schreiben. Eine korrekte Sprache, eine wachsende stilistische Sicherheit wie auch Sicherheit in der Rechtschreibung sind hier von gleicher Bedeutung. Das Problem der reformierten Rechtschreibung darf dabei besprochen und mit der traditionellen Rechtschreibung verglichen werden. Die traditionelle Rechtschreibung ist in der Literatur nicht tot, wie ich aus etlichen neu erschienenen Büchern weiß. Unbedingt sollten die Schüler die traditionelle Zeichensetzung lernen. Sie ist die einzige, die Texte lesbar macht, und sie hat sich in allen seriösen Veröffentlichungen durchgesetzt.

Wir sagen und schreiben: „eine mit großem Erfolg beendete Saison“, aber „ein Haus mit einem großen Garten“. Warum in einem scheinbar gleichen Kontext das gleiche Adjektiv unterschiedliche Endungen hat, ist erklärbar. Wir geraten hier auf das Gelände der Grammatik: ein Sonderfall der Deklination. Die Grammatik der deutschen Sprache sollte im Deutschunterricht regelmäßig behandelt werden. Die Versäumnisse reichen weit in vergangene Jahrzehnte zurück. Ich erinnere mich an eine Vertretungsstunde in einer zehnten Klasse. Irgendwie sprach ich beiläufig von einem Pronomen. Die Schüler schauten mich entgeistert an: Was ist das? Ich ließ mich zu einem zehnminütigen Extempore hinreißen und sah, wie die Schüler mitgingen. Am Schluß sagten sie mir beglückt: „Das haben wir zum ersten Mal richtig verstanden.“ Grammatik hat zu Unrecht das Flair des öden Drills. Sie öffnet unsere Augen für Gesetzmäßigkeiten unserer Muttersprache, die besonders für den schriftlichen Bereich enorm wichtig sind.

Für eine korrekte Zeichensetzung ist die Satzlehre unerläßlich. Die Schüler müssen Haupt- und Nebensätze unterscheiden und sich im Typ der Nebensätze auskennen. Für die Zeichensetzung ist auch der Unterschied zwischen vollständigen und unvollständigen Hauptsätzen relevant. Sie müssen lernen, was eine Deklination im Deutschen bedeutet und warum für den Genitiv ein besonderer Bestandsschutz angebracht ist. Daneben gibt es nach wie vor einen Konjunktiv, zunächst im irrealen Bedingungssatz (Wenn ich das wüßte, würde ich es dir sagen), aber auch in der gehobenen indirekten Rede (Christian sagt, er könne heute nicht mehr vorbeischauen, es sei zu spät). Im Verlauf von neun Schuljahren sollte es kein Problem sein, hierfür immer mal eine gesonderte Deutschstunde zu erübrigen. Es sei abschließend noch erwähnt, daß die Pflege der deutschen Sprache fächerübergreifend stattfinden sollte, wo immer die Schüler Schriftliches von sich geben.

Als Überleitung zum Fach Geschichte beginne ich mit einer persönlichen Beobachtung in unserer Kleinstadt Bad Nenndorf. Wo immer man sich in der Öffentlichkeit bewegt, stößt man auf jüngere Menschen, die ihr Smartphone vor Augen haben: eine junge Mutter, den Kinderwagen schiebend, den Hund an der Leine, der Blick auf das Smartphone gerichtet; Radfahrer, die fahrend ihr Smartphone bedienen; auf einer Bank ein Liebespaar, jeder für sich mit dem Smartphone beschäftigt. Wenn wir zufällig um die Mittagszeit auf unseren S-Bahnhof geraten, sitzen dort Fahrschüler des Gymnasiums und fummeln, ohne ein Wort zu sprechen, an ihren Smartphones herum. All diese jungen Menschen kennen keine Vergangenheit. Sie sind Gefangene des hier und jetzt.

Umso wichtiger ist das Fach Geschichte. Geschichte reicht bis in unsere Gegenwart. Es ist abwegig, den letzten Teil davon als Gemeinschaftskunde zu bezeichnen und damit zu verwässern. Beides sollte gemeinsam als Fach Geschichte ein Gesamtbild vermitteln, zu dem die jüngere Vergangenheit gehört. Zukunft ist immer auch Herkunft. Vorbildlich für die Vermittlung eines solchen Weltbildes und für den Geschichtslehrer eine spannende Lektüre ist das vierbändige, sehr umfangreiche Werk des Historikers Heinrich August Winkler „Die Geschichte des Westens“, von dem der letzte Band die Zeit ab der deutschen Wiedervereinigung behandelt und bis 2016 geführt wird. „Geschichte des Westens“ bedeutet, daß nicht nur von Deutschland die Rede ist, sondern von Europa einschließlich der U.S.A. Zur Zeit können wir wieder einmal miterleben, wie beklemmend geschichtliche Gegenwart sein kann. Aber in der geschichtlichen Vergangenheit gibt es auch vieles, auf das wir stolz sein können: Martin Luther, Johann Sebastian Bach, Immanuel Kant, die Weimarer Klassik in der Literatur, die Wiener Klassik in der Musik, die wissenschaftliche Blüte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Zukunft ist Herkunft.

Alles nur Utopie? Ich habe einen weiten Bogen gespannt von der Dekadenz unserer Gesellschaft und den Schäden der Digitalisierung in der jüngeren Generation hin zu der inklusiven Schulform der Dilettanten. Unserer Kultusministerin ist das Wohl der inkludierten behinderten Kinder egal, so wie ihr egal ist, daß die dafür bereitgestellte Finanzierung hinten und vorn nicht reicht. Ihr Ziel ist die Einheitsschule und damit die Zerstörung des Gymnasiums. Der Name wird bleiben. Man kann die Zerstörung auch durch Aushöhlung von innen betreiben. Ich weiß, welchen sinnlosen Belastungen die aktiven Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt sind. Da fehlt es an der Zeit und der Kraft, sich auch noch mit Grundsatzfragen zu beschäftigen. Ich habe Grundsatzfragen analysiert. Ein Denkanstoß.

Zweiter Jahrestag des OVG-Urteils:

Philologenverband setzt Kampf für Arbeitszeitgerechtigkeit auf dem Rechtsweg fort

Von Helga Olejnik

Der skandalöse Umgang der Landesregierung mit Gesetz und Recht, wenn es um Regelungen der Lehrerarbeitszeit geht, ist für den Philologenverband Niedersachsen erneut Anlass, die Rechte der Lehrer vor Gerichten durchzusetzen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass vor drei Jahren Mitglieder im Rechtsschutz unseres Verbandes gegen die rechtswidrige Erhöhung ihrer Unterrichtsverpflichtung mit Erfolg geklagt hatten und das Land vor zwei Jahren durch das Urteil des OVG Lüneburg vom 09. Juni 2015 gezwungen worden war, diese widerrechtliche Erhöhung zurückzunehmen.

Umso unverständlicher ist es daher, dass das Land aus dieser blamablen Niederlage vor Gericht nichts gelernt und nicht die entsprechenden Konsequenzen im Umgang mit den Rechten der Lehrer gezogen hat. Nach wie vor weigert sich die Landesregierung, die Arbeitszeit der niedersächsischen Lehrkräfte dem OVG-Urteil entsprechend zu gestalten und die Arbeitszeit der Lehrer nach den gleichen Grundsätzen zu regeln, wie sie für die anderen niedersächsischen Beamten nach den Gesetzen und Rechtsvorschriften des Landes gelten.

Es werden, zum Nachteil der Lehrkräfte, Anpassungen an rechtsverbindliche Vorschriften des EU-Rechts und an Urteile letztinstanzlicher Gerichte nicht vorgenommen oder zeitlich unzumutbar verzögert oder rechtliche Erfordernisse sogar bewusst geleugnet. Entsprechende Eingaben des Philologenverbandes oder von Lehrkräften mit der Aufforderung zu rechtskonformem Handeln wurden in unerträglicher Weise „abgebügelt“. Die Lehrer sind über dieses Verhalten des Kultusministeriums empört und fühlen sich um ihre Rechte gebracht.

Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, dass das Land insbesondere jetzt vor der Landtagswahl bewusst „auf Zeit“ spielt und damit auch Auflagen zur Ausgestaltung der Lehrerarbeitszeit des von ihr vorgeblich akzeptierten Urteils des OVG Lüneburg vom 09. Juni 2015 sowie weitere Rechtsnormierungen zur Arbeitszeit missachtet.

Diesem skandalösen Umgang mit geltendem Recht hat der Philologenverband bewusst am 2. Jahrestag des Urteils von Lüneburg erneut öffentlich den Kampf angesagt. Nachdem Gespräche und Eingaben an Politik und Verwaltung ohne jegliche Wirkung geblieben sind, wird der Philologenverband jetzt seinen Einsatz für eine gerechte und rechtskonforme Lehrerarbeitszeit konsequent wiederum auf dem Rechtsweg fortsetzen.

Rot-Grün will sich an Arbeitszeituntersuchung vorbeimogeln

Wir erinnern uns: Zum Schuljahr 2014/2015 erhöhte die Landesregierung die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer um eine Stunde. Im Rechtsschutz des Philologenverbandes erhoben Lehrkräfte und Schulleiter mit Erfolg Klage beim OVG Lüneburg.

In seinem Urteil vom 09.06.2015 erklärte das OVG Lüneburg diese Arbeitszeiterhöhung für „offensichtlich fehlsam, insbesondere willkürlich“ und damit verfassungswidrig. Begründung: nur eine Lehrergruppe werde „willkürlich“ herausgegriffen, und es liege keine Arbeitszeituntersuchung vor, mit der eine Erhöhung gerechtfertigt werden könnte. Das Gericht verpflichtete das Land zwingend, eine solche Untersuchung der Lehrerarbeitszeit unmittelbar vorzunehmen.

Doch das Kultusministerium drückt sich seither um die Umsetzung dieser Verpflichtung; es spielt auf Zeit mit Aktionen, die nicht dem Urteil entsprechen:

- In der Online-Befragung von Lehrkräften im Sommer 2016 ging es in keiner Weise um eine Erhebung der Arbeitszeit, sondern nur um das „subjektive Belastungsempfinden“ der Lehrkräfte
- Die im Herbst 2016 eingesetzte „Arbeitszeitkommission“ soll die Tätigkeiten von Lehrkräften „analysieren“ und „bewerten“: eine Arbeitszeituntersuchung gemäß OVG-Urteil ist das nicht.

Im Frühjahr 2017 wandte sich der Philologenverband mit einer Petition an den Landtag mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, dass bestehende Rechtsvorschriften zur Arbeitszeit und zum Arbeitsschutz uneingeschränkt auch für Lehrkräfte umgesetzt bzw. eingehalten werden. In einer lediglich lapidaren Erwiderung des MK hieß es dazu unzutreffend: „Das Anliegen der Petentin wird durch das Verhalten der Landesregierung bereits erfüllt“. Der Landtag lehnte mit der Einstimmen-Mehrheit von Rot-Grün die Petition am 6. April 2017 ab.

Wenn geltendes Recht nicht umgesetzt oder angewandt wird und politische Gespräche wirkungslos bleiben und möglichst einvernehmliche Lösungen von vornherein verweigert werden, dann bleibt nur die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten und Mitgliedern Rechtsschutz zur Durchsetzung ihrer Rechte zu gewähren.

Land verstößt bei Teilzeitbeschäftigung gegen geltendes Recht

Dieses Vorgehen wird der Philologenverband jetzt auch dann konsequent anwenden, wenn das Kultusministerium und/oder ihm nachgeordnete Behörden verbindliche Rechtsbestimmungen entweder nur mit großer Verzögerung bzw. nur teilweise umsetzen oder gar verletzen, so dass es auf diese Weise zu einer gleichsam geschickt versteckten unrechtmäßigen Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrkräfte „durch die Hintertür“ kommt. Dies ist beispielsweise bei der erforderlichen zeitlichen Entlastung für Teilzeitbeschäftigte der Fall, die nicht rechtskonform erfolgt.

So hatte das Bundesverwaltungsgericht Leipzig am 16. Juli 2015 aufgrund der Klage einer Gymnasiallehrkraft, Mitglied im Philologenverband Niedersachsen, entschieden:

„Teilzeitbeschäftigte Beamte haben einen Anspruch darauf, nicht über ihre Teilzeitquote hinaus zur Dienstleistung herangezogen zu werden. Deshalb dürfen teilzeitbeschäftigte Lehrer in der Summe ihrer Tätigkeiten (Unterricht, Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Teilnahme an Schulkonferenzen etc., aber auch Funktionstätigkeiten [...]) nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung herangezogen werden.“

Rot-Grün hätte dieses höchstrichterliche Urteil sofort in der Arbeitszeitverordnung umsetzen müssen. Das ist jedoch nicht geschehen. Das Urteil ist erst zum 1.8.2017 – und zwar nur in Teilen – umgesetzt worden. Damit sind Teilzeitkräfte mit und ohne Funktionstätigkeiten – vor allem Frauen! – um die ihnen rechtlich zustehenden Entlastungen gebracht worden. Hier sind noch einige Verfahren im Rechtsschutz des Philologenverbandes anhängig. Außerdem bereiten wir eine entsprechende Klage vor.

Rot-Grün missachtet EU-Recht zur täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeit

Eine besonders arbeitsintensive Zeit ergab sich in diesem Jahr beim schriftlichen Abitur in Englisch, Deutsch, Französisch und Mathematik: Wegen bundesweiter Terminabsprachen fanden die schriftlichen Prüfungen erst nach den Osterferien statt, so dass für die Korrektur teilweise nur zwei Wochen geblieben sind.

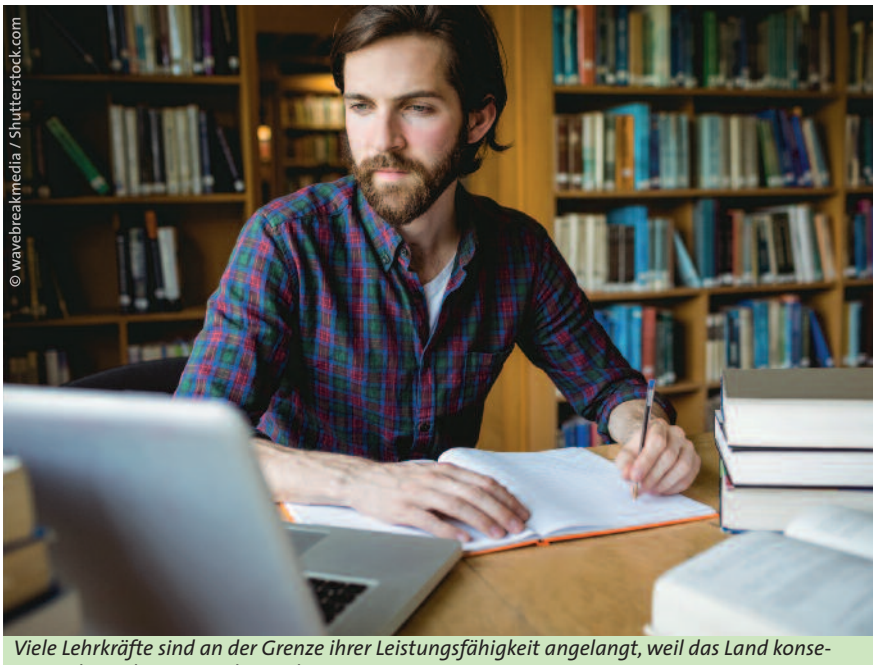
Eine Korrektur ist – mit allen dazugehörigen Absprachen, Gutachten etc. – mit ca. 40 Stunden zu veranschlagen. Dazu kommt das „normale“ Dienstgeschäft in dieser Zeit, das ebenfalls etwa 40 Stunden beansprucht. Beides zusammen ergibt so leicht 80 Stunden in der Woche, was nicht nur sachgerecht nicht leistbar ist, sondern auch weit über der rechtlich zulässigen wöchentlichen Höchstarbeitszeit liegt.

Denn die rechtsverbindliche EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88 mit ihren Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeitszeitgestaltung besagt, dass in der Regel höchstens 48 Stunden in der Woche einschl. Überstunden verlangt werden dürfen, und dass täglich 11 Stunden Ruhezeit und in der Woche ein vollständig arbeitsfreier Tag vorgeschrieben sind.

Die länderspezifische Umsetzung dieser Richtlinie findet sich in der Nds. Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamte, in der es unmissverständlich heißt: länger als 10 Stunden am Tag soll nicht, länger als 12 Stunden am Tag darf nicht gearbeitet werden.

Doch unsere in vielen Gesprächen und in Schreiben an die Kultusministerin vorgetragenen Forderungen nach Einhaltung der Rechtsbestimmungen – beispielsweise durch Korrekturtage – wurde allesamt lapidar zurückgewiesen. Die Ministerin, so hieß es, sehe keine Unrechtmäßigkeit und keinen Anlass zum Handeln – und das, obwohl die o.g. Rechtsbestimmungen eindeutig sind. Eine Schulbehörde wies Lehrkräfte sogar mit der – unglaublichen – schriftlichen Aussage zurück, die Arbeitszeitverordnung Beamte gelte nicht für Lehrer. Und die EU-Richtlinie, die für alle Mitgliedsstaaten verbindliches Recht ist, wurde ebenfalls nicht beachtet.

Rot-Grün hätte sofort Maßnahmen gegen diesen mehr als eklatanten Verstoß gegen die Rechtsbestimmungen ergreifen



Viele Lehrkräfte sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, weil das Land konsequent ihre Arbeitszeitrechte verletzt

und für Abhilfe sorgen müssen. Hier sind Bestimmungen des Arbeitsrechts und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes insgesamt sträflich verletzt – insbesondere auch bei Teilzeitbeschäftigten und Schwerbehinderten. Wir haben Mitgliedern Rechtsschutz gewährt – eine Entscheidung steht noch aus.

Ministerin duldet Rechtsverstöße bei Flexi-Konten

Auch die Bestimmungen zu den Flexi-Konten werden nicht beachtet. Dazu heißt es in der Arbeitszeitverordnung-Schule § 4 Abs. 2 (sog. „Flexibler Unterrichtseinsatz“):

„Aus dienstlichen Gründen kann die jeweilige Unterrichtsverpflichtung einer Lehrkraft wöchentlich um bis zu vier Unterrichtsstunden überschritten oder bis zur Hälfte unterschritten werden... Mehr- oder Minderzeiten sollen am Ende des Schulhalbjahres 40 Unterrichtsstunden nicht überschreiten.“

Doch die Praxis in den Schulen sieht vielfach anders aus: nicht selten schieben Lehrkräfte Hunderte von Überstunden vor sich her, ohne den durch Rechtsvorschrift gebotenen zeitnahen Abbau, was zu einer unzulässig überhöhten Arbeitszeit der Lehrkräfte führt.

Das Kultusministerium und die Schulbehörden wissen das – aber sie verschließen die Augen vor diesem rechtswidrigen Handeln und sorgen nicht für rechtskonforme Umsetzung der Vorschriften. Der Grund ist offenkundig: der rechtlich erforderliche Abbau der Plusstunden offenbart noch deutlicher die schlechte Unterrichtsversorgung in den Schulen – und dies möchte Rot-Grün tunlichst vermeiden. Auch unsere Forderung, diese Stunden endlich einmal statistisch zu erheben, um die wirkliche Unterrichtssituation in den Schulen zu erfassen, hat die Ministerin zurückgewiesen – das sei Sache der Schulen, damit habe sie nichts zu tun.

Doch da sind wir anderer Meinung: Das Kultusministerium und die Schulaufsicht dürfen diese Verstöße gegen arbeitszeitrechtliche Vorschriften nicht weiter dulden, sondern müssen umgehend für den Überstundenabbau sorgen – hierauf haben die Lehrkräfte einen Rechtsanspruch. Unsere Mitglieder können sich darauf verlassen: sie erhalten Rechtsschutz, wenn ihre Plusstunden nicht rechtskonform zurückerstattet werden.

Rot-Grün verletzt Arbeitszeitrechte der Lehrer

Die Beispiele zeigen: Rot-Grün ist weiterhin nicht gewillt, in Rechtsvorschriften festgelegte oder durch Urteile erwirkte Arbeitszeitrechte der Lehrer zu beachten – so als würden wir nicht in einem Rechtsstaat leben, in dem nicht nur jeder Bürger, sondern auch das Land sich an Recht und Gesetz zu halten hat. Wenn angesichts dieses eigenen fortgesetzten rechtswidrigen Verhaltens dann eine Partei wie die SPD im Wahlkampf „mehr Gerechtigkeit“ fordert, erübrigt sich jeder Kommentar.

Gemäß unserem Leitspruch „Wir sichern Ihre Rechte“ werden wir auch weiterhin unseren Mitgliedern Rechtsschutz gewähren, wenn ihre Rechte verletzt sind, und wir werden auch jetzt wieder den Klageweg beschreiten, um wie bei unserer Klage gegen die Arbeitszeiterhöhung unseren Mitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Ich bin einer der glücklichsten Englischlehrer

Von Dr. Hans-Otto Reuss

Ich bin einer der glücklichsten Englischlehrer – ich unterrichte an einer Schule, für die das Kerncurriculum Englisch nicht gilt und ich kann den Aufbau meines Unterrichtes selbst bestimmen.

Das gibt es nicht, werden Sie sagen, das kann doch eigentlich nur ein Traum sein. Zugegeben, diese Feststellung ist eigentlich zu schön, um wahr zu sein – und doch ist sie wahr, allerdings muss ich einige Randbedingungen dazu erklären, um die Sache aufzuhellen. Lassen Sie mich dazu mit meiner Person beginnen: Ich habe Anglistik und Sportwissenschaften studiert und nach meinem 2. Staatsexamen im Jahre 1983 keine Stelle bekommen. Nach verschiedenen anderen interessanten Tätigkeiten (auch in der Wirtschaft) hatte ich eigentlich keine Lust mehr auf Schule. Als mein letzter Arbeitgeber 1999 (überraschend) Pleite ging, entschloss ich mich doch wieder für die Schule, allerdings für meine eigene. Seit 2000 betreibe ich in Goslar eine kleine Sprachenschule für Englisch.

Seither bin ich für verschiedene Institutionen tätig geworden: Bildungsträger in der Nähe, Berufsförderungsdienst der Bundeswehr, hier ansässige Unternehmen, die Uni Clausthal, die Fachhochschule Wernigerode, eine private Hochschule in Hessen und (seit zehn Jahren) eine technische Fachschule in Clausthal. Da es von letztgenannter Schule nur zwei im gesamten Bundesgebiet gibt, existieren keine behördlich-fachlichen Vorgaben für die Unterrichtsfächer – auch nicht für die allgemein bildenden Fächer Deutsch, Englisch und Politik. Meine (Englisch)Kollegin und ich können also selbst bestimmen, was wir wann und wie im Unterricht machen – und das tun wir auch. Wir haben unsere Lerngruppen jeweils zwei Jahre mit nur einem (!) Doppelstundenblock pro Woche, aber nach jedem Durchgang sind wir beide stets recht zufrieden, wie weit wir gekommen sind und schätzen uns jedes Mal aufs Neue glücklich, dass wir den behördlich verordneten Unfug (Kerncurriculum genannt) links liegen lassen können.

Über das Kompetenzmodell im Allgemeinen und einzelne Kerncurricula im Besonderen (und dem damit verbundenen Leistungsabbau an unseren Schulen) wurden bereits so viele Diskussionen geführt, dass ich diese hier nicht noch einmal aufwärmen muss. Ich möchte Ihnen im folgenden Artikel etwas über meine Erfahrungen aus dem Sprachunterricht mit Teilnehmern jenseits der Schule (Angestellte in der Wirtschaft, Soldaten, Studenten, etc) berichten – mit anderen Worten: Wie ist es um die Englischkenntnisse unserer Schulabsolventen bestellt? Und was möglicherweise noch wichtiger ist: Können sie das, was sie in der Schule gelernt haben, im Leben (Beruf) auch gebrauchen? Dinge, welche die Kerncurricula im Fach Englisch ja vollmundig für sich in Anspruch nehmen! Stimmt es, dass wir für ‚...das Leben lernen...' und nicht für die Schule? Oder ...wie sieht die Wirklichkeit aus?

Inhaltsleere und Ineffizienz des KC Englisch ist hinlänglich bekannt

Dieser Artikel soll nicht die Schule kritisieren, den allermeisten (Fach-) Kollegen ist sicher hinlänglich bekannt, dass man sie – höherenorts – zwingt, etwas zu tun, von dessen Inhaltsleere und Ineffizienz sie eigentlich überzeugt sind. Sie sind nur wenig verantwortlich für die – mittlerweile erheblichen – Defizite unserer Schulabgänger. Ich möchte Ihnen, liebe Kollegen, heute beschreiben, was ich seit Jahren (!) bei Schulabgängern vorfinde. Vielleicht können Sie es in der einen oder anderen Diskussion als Argument verwenden, mit dem Ziel, dass diesem Treiben (von OECD und Bertelsmann nach Kräften gefördert) endlich Einhalt geboten und Ihre Fachkompetenz wieder in den Vordergrund geholt wird. Auch dass Schulbuchverlage durch diese Situation bedingt Unterrichtssequenzen bestimmen und festlegen (und nicht Sie), ist ein absolutes Unding.

Lassen Sie mich mit zwei Gymnasiasten beginnen, die zu meinen ersten Kunden zählten. Beide waren gute Schüler des 12. Jahrganges und sie hatten die Schwächen ihres Englischunterrichtes genau erkannt. Was sie mir erzählten, war sinngemäß folgendes: „In unseren Arbeiten in der Mittelstufe wurden die Fehler nicht mehr gezählt und – da sie offenbar nicht mehr so wichtig waren – auch hinterher nicht ausführlich besprochen. In Klassenarbeiten wurde jeweils immer nur ein Thema abgefragt. Zusammenhänge oder Sprachanwendungen aus vorherigen Lektionen? – niemals. Eine ‚fünf' zu schreiben war eigentlich kaum möglich. Aber jetzt in der Oberstufe, da sollen wir alles zusammen können – wie soll das gehen?"

Selten war eine Frage berechtigter. Als ich dann mit den beiden einen erneuten Sprachkurs Englisch machte, kam mehr als einmal der Spruch: „Das ist doch eigentlich ganz einfach – warum hat man uns das in der Schule nicht gesagt?" Eine Frage, die ich in den folgenden Jahren immer wieder hören sollte.

Sie erkennen die Situation sicherlich wieder; sie liegt schon lange zurück. Man hatte begonnen, die Fremdsprache in der Kursstufe zu ‚verwissenschaftlichen', allerdings ohne in der Mittelstufe darauf vorzubereiten. Anstatt zu versuchen, beide Teile zusammenzuführen, wurde das Konzept der Mittelstufe auf ‚Kommunikativ' umgestellt. Da eine Sprache eigentlich immer kommunikativ ist egal, in welcher Form man sie anwendet, klang das für mich erst einmal komisch. Die wahre Bedeutung war: Sprachregeln waren auf einmal Tabu. Die Frage, wie denn jemand eine Sprache korrekt benutzen, also mit ihr (eben nicht nur auf Hinterhof-Niveau) kommunizieren soll, wenn er/sie die grundlegenden Regeln nicht kennt, habe ich bestimmten Leuten unzählige Male gestellt – eine mich zufriedenstellende Antwort habe ich nie bekommen.

Eine dieser Auswirkungen stelle ich jedes Mal wieder bei ‚meinen' Studenten fest. In neuen Gruppen stelle ich immer folgende Frage:

„Was heißt ‚Ich auch' auf Englisch?"
98% antworten dann „Me, too."
Dann frage ich: „Was heißt denn ‚Ich auch nicht'"?

Abgesehen von einigen wilden Sprachkonstruktionen ist hier die Antwort meist Schweigen. Ich erkläre dann, dass das „me, too" (obwohl inzwischen in den USA einigermaßen verbreitet) niedere Umgangssprache und falsch dazu ist. Begründung: ‚me' ist ein Objektpronomen und kann niemals an einem Satz- oder Ausdrucksanfang stehen. Ich schiebe dann immer die Frage nach, wer denn überhaupt weiß, was ein Objektpronomen ist – auch hier verzeichne ich bei 98% der Befragten Schweigen. Das ist eine der Folgen, wenn man unseren Schülern notwendiges Hintergrundwissen betreffend Sprachen vorenthält. Wer nämlich wüsste, was ein Objektpronomen ist, hätte von sich aus bemerkt, dass der Ausdruck ‚me, too' gar nicht funktionieren kann – und es eine Verneinung dazu gar nicht gibt.

Unkenntnis auch bei Studenten

Apropos Studenten: Im WS 2007/8 übernahm ich kurzfristig einen Lehrauftrag an der Uni Clausthal im Fach Wirtschaftsenglisch. Die Uni hatte einen Riesen-Zulauf im neuen Studiengang BWL und eine neue Kollegin, die eigentlich kommen sollte, kam aus ihrer alten Arbeitsstelle nicht weg. Also übernahm ich – fast über Nacht – ca. 80 Studenten, allerdings in drei Gruppen. Ich veranstaltete einen kleinen Eingangstest, weil ich wissen wollte, wo ich sprachlich ‚einsetzen' konnte. Der Test fragte eigentlich nur sprachliche Inhalte der Klassen 6 – 10 ab, kein Fachvokabular, keine ‚Spezialitäten'. Kein Problem für Abiturienten, sollte man meinen. Da ich jedoch von meinen Bundeswehrkursen ‚Unheil' gewohnt war, entschärfte ich den Test noch ein wenig. Trotzdem: Ca 70% der Stu-

© Aysegjcmeli / Shutterstock.com

denten lagen unter 50% richtiger Antworten. Gebrauch der Zeiten, die Zeitverschiebung in der indirekten Rede und besonders das Passiv waren die Dinge, die die Studenten nur recht rudimentär beherrschten.

Ich stellte im Verlauf des Semesters fest, dass ca. ein Viertel der Studenten nicht in der Lage war, einen viertelseitigen Text aus vorgegebenen Informationen auf Englisch zu verfassen, weil ihnen schlichtweg grundlegende Kenntnisse hinsichtlich des englischen Satzbaus fehlten. Dass bei Fragen und Verneinungen in vielen Fällen eine ‚to do' Konstruktion notwendig ist, wussten erstaunlich viele nicht. Wovon es letztlich abhängt, wann man denn nun bei Fragen und Verneinungen ‚to do' braucht und wann nicht, wussten zwei Drittel (!) der Studenten nicht. Das ist eigentlich Stoff der 6. Klasse, wenn das aber nie wiederholt und – in verschiedenen Situationen – vertieft wird, muss man sich über solche „Entdeckungen" nicht wundern. Von Wirtschaftskorrespondenz war da mit den Studenten zunächst keine Rede. Was noch erschwerend dazu kam: Ich war natürlich bemüht, die Lehrveranstaltungen durchgängig auf Englisch zu halten – hier bemerkte ich, dass ein Teil der Studenten meinen Ausführungen nicht folgen konnte und sie (teilweise einfache) Aufgabenstellungen nicht oder nur unzureichend verstanden.

Nach Semesterende übergab ich die Gruppen dann an die erwartete Kollegin. Sie kam aus Schleswig-Holstein und kannte das Fremdsprachenniveau im Norden unseres Landes. Sie beschrieb es kurz und treffend: „Ungefähr 90% unserer Studenten sind auf dem Level A1." Und mit einem Blick auf die Klausurergebnisse fügte sie hinzu: „Ich sehe, es ist hier nicht viel anders!"

Jetzt, in meinem dritten Job für eine Hochschule, muss ich bestätigen, dass die Kollegin damals Recht hatte, denn ich habe inzwischen Studenten aus dem gesamten Bundesgebiet unterrichtet: Es ist überall dasselbe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen sicher nichts Neues. Die Konzeption der Lehrwerke zusammen mit der Regelung, dass in Klassenarbeiten oder Tests nur Aktuelles gefragt werden darf, drängt den Schülern den Eindruck ja geradezu auf, dass es sich bei sprachlich/grammatikalischen Dingen (wenn man sie denn mal ansprechen darf) um einzelne, voneinander abgrenzbare Dinge handelt. Etwas, was ich letzten Monat gelernt habe, brauche ich ja (erst einmal) nicht mehr. Mit diesem Eindruck im Rücken eine Sprache lernen zu wollen, kann man eigentlich gleich sein lassen.

Während seines Studiums bat mich mein Sohn (nach einer meeresbiologischen Exkursion im Mittelmeer), das englische Abstract des Projektberichtes einmal Korrektur zu lesen. Geschrieben hätte es eine Kommilitonin, die „...recht gut Englisch könne...", aber er wollte lieber sichergehen. Bei der Lektüre fühlte ich mich an das Erlebnis an der Uni Clausthal erinnert. Fast jeder der Sätze in dem genannten Abstract enthielt mindestens einen schweren Fehler – manche auch mehrere. Der Sinn war fast nicht zu erkennen. Die Kommilitonin war eine Leistungskurs-Absolventin. Das letztlich von mir neu geschriebene Abstract fiel dann auf. Offenbar war die sprachliche Qualität dessen, was die Studentin verfasst hatte, beileibe kein Einzelfall.

Ein Semester lang vertrat ich wiederum eine Kollegin, diesmal an der Fachhochschule Wernigerode, genauer gesagt an der Dependance in Halberstadt. Dort gibt es die Fakultät für Verwaltungswissenschaften. Meine Aufgabe war wiederum Wirtschaftsenglisch und ich stand vor einer ganz ähnlichen Situation wie weiland in Clausthal. Ich hatte nur eine Gruppe (die noch größer war als die in Clausthal) und das Sprachniveau war eher noch schlechter, wobei es interessanterweise keinen Zusammenhang gab, ob die Studenten aus einem ‚neuen' oder ‚alten' Bundesland kamen. Auch hier habe ich erst einmal Grundlagen wiederholt – Kollegen berichteten aus ihren Gruppen ähnliches. Ich war der einzige, der deswegen vom vorgegebenen Lernkonzept abwich und dieses der Fremdsprachenleitung auch zur Kenntnis brachte. Meine Ansicht, dass man erst einmal die Sprache (zumindest ein wenig) können muss, bevor man dann mit ihr arbeitet, stieß dort auf taube Ohren. Interessant war, dass sich mein ‚Sonderweg' bei den Studenten herumsprach. Zur Prüfung hatte ich mehr Studenten, als zum Semesteranfang da waren. Ein Ereignis am Rande: In einer Pause lernte ich eine Dame kennen, die sich als Juristin entpuppte. „Ich soll den Studenten beibringen, wie man korrekte Bescheide verfasst", sagte sie mir. „Aber dieses Semester üben wir erst einmal Briefe schreiben – das mit den Bescheiden kriegen wir später."

Deutschkenntnisse ebenfalls immer schlechter

Exakt daran denke ich häufig, wenn ich bei meinen jetzigen Studenten auf unfassbare Mängel im Englischen stoße: „Könnten die das denn auf Deutsch?" frage ich mich dann immer. Ich bin mir häufig nicht sicher (insbesondere, wenn ich E-mails von Studenten bekomme und hie und da zwei Mal hinschauen muss, um herauszufinden, von was die Rede ist). Hier liegt eine große Mitschuld in der Vermittlung der Muttersprache. Im Prinzip haben wir Fremdsprachenlehrer es mit zwei Problemkreisen zu tun: Die immer schlechter werdenden Deutschkenntnisse unserer Schüler und parallel

dazu den ständigen Abbau an sprachlichen Inhalten im Fremdsprachenunterricht. Was die Schulverantwortlichen gerade hier anrichten, wo wir unsere Schulabsolventen in eine mehr und mehr globalisierte Welt entlassen, in der man ohne Fremdsprachen verloren ist, gehört noch kritischer hinterfragt, als das bisher geschehen ist.

Ich muss an dieser Stelle eine Lanze für den Lateinunterricht brechen: Bei Schülern, die zu mir kommen, sehe ich sofort, ob es ‚Lateiner' sind oder nicht. Die Arbeit mit ‚Lateinern' ist eine ganz andere, weil sie bei sprachlichen Dingen (fast immer) wissen, wovon ich spreche und man hier aufbauen kann.

Während meiner Selbstständigkeit habe ich ca. 20 Sprachkurse für die Bundeswehr abgehalten. Vom reinen Anfängerkurs bis hin zum technischen Englisch für die Luftwaffe war alles dabei. Die meisten Kurse wurden über den Berufsförderungsdienst (BfD) der Bundeswehr organisiert. Teilnehmer sind Zeitsoldaten, die kurz vor dem Ausscheiden stehen. Ab und zu (wenn die Kurse nicht voll waren) durften auch Wehrpflichtige teilnehmen, und so kam es einige Male vor, dass ich eine größere Zahl Anfänger, aber daneben zwei bis drei LK-Schüler (die Wehrpflichtigen) dasitzen hatte. Beim Gros der Teilnehmer musste ich auch ‚unten anfangen', aber auf eine andere Weise. Die TN kannten eine Anzahl von Satzstrukturen, so als sei im Unterricht mit einer Art Textbausteinen gearbeitet worden. Wann man aber nun welchen ‚Baustein' einsetzte, war vielen unklar. Auch konnten sie häufig die benutzen Sätze nicht richtig ins Deutsche übersetzen. Obwohl die meisten einen Sek-I-Abschluss hatte, fehlten wichtige Kenntnisse, wie was zusammenhängt und – vor allen Dingen – warum manches so ist. Dieses Phänomen habe ich sehr oft in Bundeswehrkursen beobachten können. Da aber die Soldaten aus dem gesamten Bundesgebiet kamen, konnte es keine Eigenart einer bestimmten Region sein. Es war tatsächlich eine ganz neue Art von Sprachunterricht: Kenntnisse sammeln und dann logisch zusammenführen. Fast immer kamen die ‚LK-Gäste' irgendwann zu mir und sagten: „Wir hatten gedacht, dass wir viel besser als die anderen sein müssten, aber das ist nicht der Fall."

Ein (LK)-TN sagte einmal (sinngemäß): „Wir haben in der Schule nur Texte gelesen, die wir nie richtig verstanden haben – das, was uns fehlte, die Sprache, wurde nicht gemacht." Ich habe längere Diskussionen mit Mitarbeitern des BfD geführt, weil die sich – zwecks Einstufung in die Kurse – an den vorliegenden Zeugnisnoten der Soldaten orientierten und (naturgemäß) nicht wissen konnten, was wirklich dahintersteckt. Ich habe dann sogar im Auftrag des BfD einen Einstufungstest ausgearbeitet, den der BfD zunächst ‚inoffiziell' ausprobierte. Wenig später rief mich eine Mitarbeiterin an: „Wir haben gerade eine Testrunde ausgewertet – das ist grauenvoll. Wie kommt das?"

Um ehrlich zu sein: Die hier geschilderte Problematik ist nicht ganz neu und die oben gestellte (sehr berechtigte) Frage ist vermutlich den Verantwortlichen in den Schulbehörden schon mehrfach gestellt worden. Aber: haben wir irgendwann einmal eine Antwort darauf bekommen?

Realschulabsolventen auf unterem Anfängerniveau

Von Zeit zu Zeit führe ich auch Sprachkurse für in der Nähe ansässige Bildungsträger durch. Vor rund einem halben Jahr bekam ich eine Anfrage, ob ich Angestellte eines im gesamten Bundesgebiet tätigen (Handels-) Unternehmens soweit in technischem Englisch schulen könne, sodass sie Telefonsupport für Computer und computergestützte Kassensysteme durchführen könnten. Es seien alles Realschulabsolventen mit guten Noten in Englisch, sie seien extra ausgesucht worden. Mit meinen bisherigen Erfahrungen im Hinterkopf bat ich darum, einen Einstufungstest machen zu dürfen, um das ‚optimale Einstiegsniveau' feststellen zu können (so verkaufte ich es) und wählte den ersten (leichteren) Teil des Testes, den ich für die Bundeswehr (s.o.) entworfen hatte.

Es waren neun Teilnehmer, sieben von ihnen erreichten zwischen 25 und 30%, zwei ‚knackten' die 50%-Marke, allerdings nur knapp. Mit anderen Worten: alle befanden sich auf unterstem Anfängerniveau. Um diesen Kurs in den vorgesehenen zwei Wochen auf den gewünschten ‚Kompetenz'-Level zu bringen, hätte ich kein Englischlehrer, sondern Absolvent der Zauberschule Hogwarts sein müssen. Ich sprach mit dem Chef dieser Mitarbeiter; er war außer sich: „Die können doch nicht alle bei ihren Noten geschummelt haben", sagte er. Ich erklärte ihm, dass vermutlich niemand geschummelt habe, die Anforderungen seien so gering und die Noten nur in wenigen Fällen tatsächlich aussagekräftig.

Um etwas Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, erklärte ich ihm, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht die Lehrer die Schuldigen an dieser Misere seien, sie müssten sich an bestimmte Vorgaben halten und genau da „läge der Hund begraben".

Vor einem ähnlichen Problem stehe ich häufig mit den Technikschülern der Fachschule in Clausthal. Der Unterricht soll auch bei uns etwas mit den ‚richtigen Leben' zu tun haben (mit dem kleinen Unterschied, dass wir in Clausthal das auch wirklich tun). Englische Service- und Reparaturanleitungen von Maschinen ‚strotzen' vor Passiven. Diese Dinge müssen unsere Schüler nicht aktiv formulieren, aber zumindest verstehen sollten sie sie können. Warum, werden Sie fragen, gibt es für die Maschinen keine deutschen Gebrauchsanweisungen? Ganz einfach: viele der im Bergbau eingesetzten Maschinen sind keine deutschen Fabrikate und die lingua franca, die man dann für technische Unterlagen benutzt, ist eben das Englische. Man kommt also selbst im guten deutschen Bergbau nicht mehr ohne Fremdsprachen aus – von anderen Branchen einmal ganz abgesehen. Das bedeutet für uns, dass wir erst einmal die aktiven Zeiten besprechen und dann die wichtigsten passiven – bisher hat es (toi, toi, toi) einigermaßen gut funktioniert, wenn auch hier die Eingangsvoraussetzungen eigentlich nicht die sind, die wir (meine Kollegin und ich) uns wünschen.

Ich möchte zum Schluss noch einmal auf die Studentengruppen eingehen, die ich samstags über ein Computernetzwerk unterrichte. In den meisten Fällen werden drei Kurse durchlaufen, deren Inhalt hauptsächlich Wirtschaftsenglisch sein soll und deren Schwerpunkte a) Correspondence, b) Presentation und c) Negotiation sind. Der angestrebte Level soll stets B2 sein. Das klingt so ganz gut, aber von B2 sind wir in der meisten Fällen weit entfernt. Selbst im Teil c), der eigentlich Verhandlungssituationen vorsieht, muss ich immer wieder Inhalte der Klassen 7 und 8 wiederholen. Häufig kennen die Studenten nicht einmal den (Gebrauchs)-

Unterschied zwischen ‚present simple' und ‚present progressive' – von anderen Zeiten und Zeitformen einmal ganz abgesehen. Was ich neben der ‚basic grammar' völlig vermisse, ist das, was wir Anglisten ‚style' und ‚phraseology' nennen. Auch ist der aktive Wortschatz der meisten Studenten bemerkenswert klein. Sollen sie einen deutschen Gedanken auf Englisch ausdrücken, wird in fast allen Fällen versucht, Wort für Wort zu übersetzen. Dass das ab und zu funktioniert, in den meisten Fällen jedoch ‚in die Hose' geht, muss ich hier eigentlich nicht noch einmal betonen....

Ich erkläre den Studenten immer, dass Wirtschaftsenglisch keine eigene Sprache ist, sondern zu 95% aus ‚normalem' Englisch besteht, die Fachtermini sind nur die ‚Rosinen im Kuchen', aber Kuchen backen müssten sie eigentlich selbst können, bzw. es von der Schule mitbringen.

Schauen wir doch einmal, was das KC Englisch der Mittelstufe (dort wo die unterrichtliche Behandlung des ‚Kuchenbackens' – Verzeihung... der sprachlichen Grundlagen nun einmal hingehört) zur Vermittlung sprachpraktischer Fertigkeiten sagt:

Grammatik
Die Schülerinnen und Schüler verfügen in zunehmendem Maß über häufig verwendete grammatische Strukturen, lernen diese intentions- und situationsangemessen anzuwenden und entwickeln allmählich ein elementares Strukturbewusstsein für die englische Sprache. Der Bestand der rezeptiv verfügbaren Strukturen ist umfangreicher als der der produktiv verfügbaren Strukturen.
(Kerncurriculum Englisch, Schuljahrgänge 5 – 10, S. 21)

Das ist auf 43 Seiten alles, was zum Erlernen der Sprache selbst im KC gesagt wird! Wenn es so wäre, wäre es schön – wie wir sehen, sieht die Realität leider etwas anders aus. Ganz abgesehen davon, dass es eben nicht nur Grammatik ist, die wichtig ist (s.o.), wird mit keinem Wort erwähnt, wie, wann und ggf. in welcher Reihenfolge nun welche ‚...grammatische Struktur...' vermittelt (einige bauen nämlich aufeinander auf), gefestigt, zu anderen Formen (und auch zum Deutschen) kontrastiert und letztlich so für verschiedene Situationen verfügbar gemacht wird – erst dann hat die Kenntnis einer solchen Struktur Sinn.

Hinweise zu Stil und Idiomatik (erst damit ‚lebt' eine Sprache) suche ich hier und auch im KC für die Klassen 11 und 12 vergeblich. Trotzdem weist die Übersicht der Standards der kommunikativen Fähigkeiten (S. 33) für das Ende der Klasse des Gymnasiums in allen Bereichen den Level B1+ aus. Abgesehen davon, dass es B1+ im Europäischen Referenzrahmen gar nicht gibt (es gibt B1 oder B2 und dazwischen nichts), ist das schon ein Widerspruch in sich, denn ohne die o.g. Dinge ist weder B1 noch B2 möglich – und wie Sie an den von mir hier beschriebenen Beispielen (leider) gesehen haben, funktioniert es ja auch nicht.

Mut, von den Schülern wieder etwas zu verlangen

Stellen Sie sich einmal vor, ein(e) Mitarbeiter(in) legt ihrem/seinem Chef ein englisches Schreiben zur Unterschrift vor, in dem es vor Fehlern nur so wimmelt. Ganz abgesehen davon, dass solcherart Schreiben (fast) immer mit geschäftlichen Transaktionen, also mit Geld, zu tun haben, möchte ich den Chef einmal sehen, wenn ihm dann sein(e) Mitarbeiter(in) mit dem Begriff der ‚funktionalen Fehlertoleranz' kommt...

Fazit: Acht Jahre (ich zähle die Grundschule hier einmal nicht mit) Englisch in der Schule, aber das Ergebnis ist nicht nur bescheiden – es ist erschreckend. Die jungen Menschen sind zum allergrößten Teil nicht in der Lage, Situationen im Alltags- und Berufsleben in der Fremdsprache zu bewältigen. Irgendwie ‚wurschtelt' man sich schon durch, aber das kann ja nicht ernsthaft Sinn – und vor allen Dingen, Ziel – von acht Jahren gymnasialen Sprachunterrichtes sein.

Mein Appell an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Haben Sie den Mut, sich zu Wort zu melden, haben Sie den Mut, von Ihren Schülern wieder etwas zu verlangen – ohne Arbeit und Einsatz geht nichts, auch keine Sprache – und Sie dürfen meine hier berichteten Erfahrungen gern an geeigneter Stelle als Beleg anführen, dass die momentane Konzeption des Englischunterrichtes für Sie, die Sie tagtäglich Unterricht wahrnehmen und wissen, was ‚an der Front' passiert, alles Andere als hilfreich ist. Die Konzeption von Lernzielkontrollen gehört auch in Ihre Hände – Sie wissen, was sie unterrichtet haben und was Sie dann gern von den Schülern sehen möchten. Ich wünsche Ihnen dazu viel Erfolg.

Inklusion: Nicht eine Schule für alle, sondern für jedes Kind die beste!

Von Michael Felten

In komplexen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen wirkt nicht immer gut, was angenehm klingt. Auch in Bildungsfragen sollten wir uns nicht länger von Wohlfühlparolen und Hochglanzfotos blenden lassen. Beispiel schulische Inklusion: Unser ohnehin arg labiles Bildungssystem gerät in einigen Bundesländern über kurz oder lang in eine grandiose Schieflage, wenn weiterhin Sparversionen und Radikalvarianten mit der Brechstange durchgesetzt werden.

Keiner soll später sagen, er habe nichts davon gewusst – schließlich vollzieht sich das Brisante unter unser aller Augen. Immer öfter werden normal oder hoch begabte Kinder zusammen mit leicht oder auch schwer behinderten in einer Klasse unterrichtet, ohne dass die dafür nötigen Ressourcen und Kompetenzen vorhanden wären – und ohne dass der Sinn dieser Maßnahme grundsätzlich erwiesen wäre. Die Förderschulen, die diesen Schülern bisher eine besonders auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Bildungs-

möglichkeit boten – und um die man Deutschland weltweit beneidet –, hofft man schrittweise einsparen zu können.

So kann Inklusion funktionieren: Stets eine Lehrkraft, ein Sonderpädagoge und ein Helfer im Unterricht – aber wo gibt's das?

Ich hege durchaus große Sympathie für eine schulische Integration von Kindern, die besonderer Unterstützung bedürfen – wenn sie denn bei diesen Kindern sinnvoll ist, und sofern die personellen und sächlichen Bedingungen stimmen. Gleichwohl müssen die Probleme der derzeitigen Inklusionsentwicklung offen angesprochen werden – sonst fliegt dieses angebliche Menschenrechte-Projekt der Politik schon bald gehörig um die Ohren. Dabei geht es nicht nur um Unterfinanzierung und Minderqualifizierung, sondern um auch Irrtümer und Grenzen des Konzepts „Gemeinsames Lernen". Eine Fülle wichtiger Praxiserfahrungen und Forschungsbefunde ist in der Inklusionsdebatte bislang marginalisiert worden.

Die von Schulabgängern erreichten Kompetenzen gelten zunehmend als desolat. Kein Wunder: Vielerorts lernen Schüler zu oberflächlich, bundesweit ist das Phänomen der „Risikoschüler" ungelöst, eine systematische Qualitätsentwicklung des Regelunterrichts hat gerade erst begonnen. Ist da eine forcierte oder gar totale Ausweitung der Heterogenität in den Klassen überhaupt verantwortbar?

Bei der Inklusion läuft zusätzlich vieles schief!

Das vermeintliche pädagogische Paradies Inklusion entwickelt sich tatsächlich zur Plage für alle Beteiligten:

- **Schüler:** Es fehlt an sonderpädagogischen Fachkräften und zusätzlichen Räumlichkeiten; zunehmend können Schulen ihren Schülern weniger gerecht werden, weder denen mit Entwicklungsproblemen noch den Hochbegabten – und auch nicht dem Mittelfeld. Schnelle Lerner bekommen zu wenig herausfordernden Unterricht, Leistungsschwächere dagegen geraten in ständigen Vergleich mit den Besten – und das bei stark ausgedünnter pädagogischer Betreuung und Bindung.
- **Lehrer:** Ständige Simultaneität auf verschiedenen Lernniveaus ist für Regellehrer de facto unmachbar. Und Förderlehrer, die stundenweise von Schule zu Schule hetzen („Reisepädagogik", „Schul-Hopping"), können keine verlässliche Beratung und Förderung leisten. Die Lehrerausund -weiterbildung wird nur oberflächlich sonderpädagogisch gespickt – und auch das nur auf Kosten von Fach- und Unterrichtskompetenz.
- **Eltern:** Den Erziehungsberechtigten besonders förderbedürftiger Kinder wird die Freiheit der Schulwahl genommen, wenn der Besuch einer Förderschule nicht angeboten, wenn er erschwert oder durch Schulschließungen verunmöglicht wird.

Ergebnis: Immer mehr Schüler erfahren statt bester Bildung nur noch „wohlwollende Vernachlässigung" (Bernd Ahrbeck). Statt „Kein Kind zurücklassen!" (Wahlparole NRW) werden Verhältnisse geschaffen, die gerade die Schwächsten benachteiligen – bildungsfern sozialisierte ebenso wie behinderte Kinder. Solche Inklusion kann gar nicht funktionieren!

Die Befunde empirischer Studien (BiLieF, RIM u.a.) zu den Wirkungen inklusiver Beschulung sind für den Grundschulbereich ambivalent, in der Sekundarstufe besteht gar ein „Forschungsdefizit" (Birgit Lütje-Klose) – dabei stellen sich in dieser Altersphase doch zusätzliche Schwierigkeiten. Auf einer Metaebene wird jedenfalls eine „konzeptionelle Suchbewegung" (Rüdiger Heimlich) attestiert.

Hochwertig ausgestattete Integration ist in der Primarstufe für manche Behinderungsformen durchaus sinnvoll und möglich; Inklusion als flächendeckende Billigversion für alle Förderbedarfe erscheint indes zunehmend zweifelhaft, ja riskant. Prinzipiell werden seitens der Inklusionsbefürworter die Tiefe von Entwicklungsstörungen und der Bedarf an Schonraum erheblich unterschätzt, dagegen die Möglichkeiten individualisierten, selbstgesteuerten Lernens grandios überschätzt.

Inklusion – für viele ein Trojanisches Pferd ...

Als Motor der etwa in NRW zu beobachtenden radikalen, übereilten und unterfinanzierten Inklusionsentwicklung müssen Motive angenommen werden, die man nicht anders als kindeswohlfern bezeichnen kann. Die einen erhoffen sich Einsparpotentiale im Bildungssektor, andere missbrauchen die Inklusion vor allem als Türöffner für eine doch noch zu realisierende Einheitsschule; diesen gilt Inklusion als generelles Egalitätsprojekt im kalten Kapitalismus, jene vertuschen nur noch die Blamage eines administrativen Scheiterns. Solcher Unbildungspolitik gehört in die Speichen gegriffen – und dabei sind wir alle gefragt – Lehrer, Eltern, Bürger...

Die UN-BRK fordert gerade nicht die Abschaffung unserer hochspezialisierten Förderinstitutionen, sondern verpflichtet primär zur Orientierung am Kindeswohl – unter Wahrung der elterlichen Verantwortung. Deshalb steht keineswegs an, das Schulsystem strukturell zu revolutionieren, sondern es „dual-inklusiv" (Otto Speck) zu optimieren. Wir müssen um eine Inklusion mit Augenmaß ringen: um die ausgewogene und dynamische Kooperation von integrationsoffenen Regelschulen und ergänzenden Förderschulen. Die Devise kann nur sein: So viel hochqualitative Integration wie sinnvoll, so viel durchlässige Separation wie nötig! Jedes Kind soll an dem für es sinnvollsten Ort lernen können – und dies kann durchaus auch, wie weltweit üblich, zeitweise eine Spezialschule oder Separatklasse sein.

Michael Felten ist Gymnasiallehrer für Mathematik und Kunst, und er ist Lehrbeauftragter in der Lehrerausbildung. Darüber hinaus ist er Kolumnist in der Wochenzeitung „Die Zeit" und Buchautor – und er pointiert. Sein Buch „Die Inklusionsfalle. Wie eine gut gemeinte Idee unser Bildungssystem ruiniert" ist eine schonungslose Abrechnung mit der Praxis des gemeinsamen Unterrichts. Dabei ist Felten gar kein Gegner schulischer Inklusion. Aber er wagt auszusprechen, was viele ahnen und nicht wenige Lehrkräfte bitter erleben: So, wie es läuft, läuft es falsch. Wir veröffentlichen einen Auszug als Gastbeitrag. Eine Rezension zu Feltens Buch finden Sie in der nächsten Ausgabe von „Gymnasium in Niedersachsen".

Dieser Text ist in der Erstveröffentlichung auf der Internetseite www.news4teachers.de erschienen.

Aus der Arbeit der Stufenpersonalräte

Aus der Arbeit des Schulhauptpersonalrats

Von Michaela Reuther

Michaela Reuther, Diana Frenkel, Astrid Thielecke und Hansjörg Rümelin

Gleich zu Beginn des neuen Schuljahres bringen die Vertreter des PHNV ein aktuelles Thema in den SHPR ein: Die massenhaften Abordnungen vom Gymnasiallehrkräften an die Grundschulen. Gerade die Kurzfristigkeit dieser Maßnahme und die zusätzliche Arbeitsbelastung dadurch stehen in der Kritik. Zentral ist auch der Appell, dass dies keine dauerhafte Lösung sein kann und darf. Es bleibt abzuwarten, wie die Politik sich hierzu positioniert. Der Schulhauptpersonalrat tagt regelmäßig in Hannover im Kultusministerium und seit über einem Schuljahr ist der PHVN dort mit drei Vertreterinnen und einem Vertreter aktiv beteiligt: Astrid Thielecke, Diana Frenkel, Michaela Reuther und seit dem 1. August 2017 Hansjörg Rümelin (siehe Foto). Die Themen Arbeitsbelastung und Arbeitsbedingungen stehen im Mittelpunkt ihres Engagements für die Kolleginnen und Kollegen.

So haben sie sich im letzten Schuljahr beispielsweise dafür eingesetzt, dass die kurzen Korrekturzeiten durch den Länderübergriff im Abitur 2017 problematisiert wurden. Dieses Thema betraf zwar schwerpunktmäßig die Gymnasien und IGSen, aber auch andere Schulformen mit ihren Abschlussprüfungen waren betroffen. Für die gymnasialen Oberstufen konnte ein Erfolg dahingehend erzielt werden, dass der mit Erlass vom 24.10.2016 festgelegte Abituraustausch für die Abiturprüfung 2017 ausgesetzt wurde. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war der Einsatz für die Erhöhung der Reisekostenerstattung bei Klassen- und Kursfahrten. Hier wurde vom Ministerium deutlich nachgebessert.

Die Mitglieder des PHVN im Schulhauptpersonalrat werden sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Belange der Kolleginnen und Kollegen vertreten und ihre Rechte gestärkt werden.

Die Problematik zwischen A14- und A15-Funktionen

Von Ernst Kellner

Bei der Beförderung auf eine A 14-Stelle nehmen viele Kolleginnen und Kollegen eine Stellenausschreibung in Kauf, mit der sie später in eine Zwangslage kommen, die teilweise zu völliger Überlastung führt und eine Tretmühle ohne Ende darstellt. Was ist der Grund dafür? In Erlass „Schulfachliche und organisatorische Aufgaben für Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte an Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs“ vom 10.02.2012 heißt es: *Die Entscheidung darüber, welche der genannten Aufgaben von Oberstudienrätinnen und Oberstudienräten wahrzunehmen sind, trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter auf der Grundlage eines schuleigenen Geschäftsverteilungsplans im Benehmen mit der Oberstudienrätin oder dem Oberstudienrat. Der Geschäftsverteilungsplan kann bei Bedarf auf Grund sich ändernder Erfordernisse modifiziert werden. Von der Entscheidung sind der Schulvorstand sowie die Gesamtkonferenz zu unterrichten.*

Vorher ist in einer 15-Punkte-Auflistung geklärt, welche herausgehobenen Aufgaben als zusätzlich höherwertige Tätigkeiten zu erfüllen sind. Der Haken an der Auflistung und der Ausschreibungen ist die Tatsache, dass oft als Allgemeinplatz oder Platzhalter die Mitarbeit in der Schulleitung als Aufgabe eingefügt ist. Diese Mitarbeit kann in allen möglichen Aufgabenbereichen bestehen, die sich mehr oder weniger deutlich mit den Aufgaben der Koordinatoren überschneiden.

Ob es nun über die Koordinierung der Stoffverteilungspläne von Lehrkräften, gruppenübergreifende Schulangelegen-

heiten und Veranstaltungen, übergreifende Umsetzung besonderer pädagogischer, methodischer Innovationen, oder die Entwicklung und Koordinierung eines schulischen Ganztagskonzepts geht, verschwimmt die Abgrenzung zu Koordinatoren doch deutlich. Die Einsetzbarkeit von A 14-Stelleninhabern scheint unbegrenzt. Zudem kann ja der Geschäftsverteilungsplan bei Bedarf auf Grund sich ändernder Erfordernisse modifiziert werden.

Manche Schulleiter glauben sogar, und dass sie ihnen originäre Aufgaben, wie die Respizienz von Klassenarbeiten und Klausuren, als ständige Fachrespizienz auf die jeweiligen Fachobleute übertragen können (was zwar punktuell sinnvoll, aber nicht als Dauerzustand vertretbar ist).

In dieser Übergangszone beginnt nun die Ungerechtigkeit, die der Philologenverband Niedersachsen schon seit geraumer Zeit kritisiert. Natürlich ist es im Sinne des Erlasses, dass tatsächlich neben den Aufgaben der Studienrätinnen und Studienräte zusätzlich weitere Tätigkeiten zu erfüllen sind, die von ihrem Umfang und von ihrer Bedeutung her amtsprägenden Charakter haben müssen. Damit wird die Beförderung auf eine A 14-Stelle ja begründet. Im Gegensatz dazu erhalten die mit A 15 höher eingestuften Koordinatoren nach der Arbeitszeitverordnung Schule grundsätzlich fünf Anrechnungsstunden. Die ständige Vertreterin oder der Vertreter erhalten bis zu 11 Anrechnungsstunden (§12 Abs.1 ArbZVO-Schule in Verbindung mit Anlage 1).

Hier kommt nun tatsächlich Unmut auf, wenn A 14-Stelleninhaber die Arbeit von Koordinatoren leisten, ohne ein Recht auf Anrechnungsstunden vom Grundsatz her zu haben. Der Erlass zu A 14-Stellen geht sogar so weit, dass „die einer Oberstudienrätin oder einem Oberstudienrat übertragenen herausgehobenen Aufgaben auch im Falle reduzierter Arbeitszeit (z.B. durch Inanspruchnahme von Altersteilzeit) in vollem Umfang wahrzunehmen sind“.

Hier ergibt sich nun ein Ansatzpunkt, der die Diskussion um die Entlastung von Inhabern einer A 14-Stelle neu befeuern könnte. Die Landesregierung muss nämlich auf Gerichtsurteile zum Thema Teilzeit und zum Thema Teilzeit für A 14-Stelleninhaber (letztes BVG-Urteil vom 16.07.2015 Az.: 2 C 16.14) mit einem neuen Teilzeiterlass reagieren, der zum 01.08. 2017 in Kraft getreten ist. Dieser spricht allen Kolleginnen und Kollegen, die Teilzeit beantragt haben, mehr Rechte zu, welche deutlicher und nicht nur in Kannbestimmungen festgelegt sind. Parallel dazu hat nun das Kultusministerium Rundschreiben an alle Schulen verschickt, in denen es Hinweise zur Entlastung teilzeitbeschäftigter und begrenzt dienstfähiger Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte an Gymnasien und berufsbildenden Schulen gibt.

Damit widersprechen die Landesregierung bzw. das Kultusministerium dem A 14-Erlass vom 10.02.2012 (siehe oben). Darin heißt es: „Zur Ermöglichung eines angemessenen Ausgleichs werden den Schulen daher in entsprechendem Umfang Anrechnungsstunden zur Entlastung ihrer Teilzeitbeschäftigten und begrenzt dienstfähigen Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte sowie ihrer tarifbeschäftigten Lehrkräfte in entsprechender Funktionen zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der zugewiesenen Stunden richtet sich nach dem aufgrund der Deputatreduzierungen freien Vollzeitlehrereinheiten der Schule.“

Weiter heißt es: „Bei der Bestimmung des Entlastungsumfanges ist davon auszugehen, dass die vollumfängliche Wahrnehmung der Funktionstätigkeit in der Regel mit einem Aufwand von drei Zeitstunden verbunden ist, was zwei Anrechnungsstunden entspricht. Bei einer Reduzierung des Deputats um 50% in einer vollumfänglichen Wahrnehmung der Funktionsaufgaben bestünde daher ein Anspruch eine auf eine Entlastung im Umfang einer Anrechnungsstunde.“

Diese Hinweise werden in einem zweiten Rundschreiben schon wieder relativiert, indem schon ein Stundenkontingent von bis zu 470 Anrechnungsstunden für die allgemeinbildenden Schulen und bis zu 196 Anrechnungsstunden für die berufsbildenden Schulen festgeschrieben wird, was offensichtlich nicht ausreichen wird.

Ferner wird auf eine geplante Änderung des § 12 ArbZVO-Schule hingewiesen. Dies wäre doch die passende Gelegenheit, die Grauzone zwischen Anrechnung A 15 und A 14 allgemeingültig und zu aller Zufriedenheit zu regeln.

Der Philologenverband Niedersachsen fordert daher sofort, dass alle A14er als Zeitausgleich für ihre zusätzlichen Verpflichtungen in vollem Umfang Anrechnungsstunden für ihre Tätigkeit erhalten, und dass dies auch für A13er gelten muss, die entsprechende Aufgaben zu leisten haben.

Gastbeitrag

Wandererparabel

Eine Geschichte aus dem neuen Buch „Barfuß laufen“ von Claudia Jeep

Ina Windisch – siebenunddreißig Jahre alt, verheiratet, drei Kinder – kehrt nach der Kinderpause in ihren Beruf als Grundschullehrerin zurück und begibt sich auf eine verrückte Achterbahnfahrt, die für junge Lehrerinnen in dieser Lebensphase unumgänglich und authentisch ist. Mit viel Humor und entlarvendem Blick kämpft sie sich durch die Tücken eines Berufes, dessen Belastungspotential in den letzten Jahren seit Pisa kontinuierlich gestiegen ist. Diese Geschichte ist ein Kapitel aus den – fiktiven, aber realitätsnahen – Erlebnissen der Lehrerin. Sie ist zudem eine wunderbare Parabel für die Schulpolitik der letzten Jahre.

Ich fühle mich langsam wie ein Wanderer, der schon eine ganze Weile ständig über irgendwelche Steine stolpert, die auf dem Weg liegen. Ein wenig erleichtert bin ich, wenn ich andere Wanderer beobachte und treffe, denen es genauso geht, die ebenfalls ständig über Steine stolpern. Versuche ich allerdings, diese Steine aus dem Weg zu räumen, stoße ich schon auf heftige Gegenwehr, sobald ich mich nur bücke und versuche, einen aufzuheben.

Durch eine liebliche Landschaft verlief einmal ein geschwungener Wanderweg, rechts und links gesäumt von Wiesen, Feldern, Wald und hohen Felsen. Am Wegesrand wuchs ein Blumenteppich von unglaublicher Vielfalt und Farbe. Diese üppige Vielfalt an besonders schönen Blumen war die eigentliche Attraktion des Weges und zog Wanderer aus der ganzen Welt an. Sie kamen zahlreich, waren bepackt mit schweren Rucksäcken und ausgestattet mit robusten Wanderschuhen und Wanderstöcken. In freudiger Erwartung auf wunderschöne Eindrücke und Erlebnisse machten sie sich auf den langen Weg, um ihn von seinem Ausgangspunkt an einer kleinen Quelle im Wald bis zu seinem Ende an einem großen See individuell zu bewältigen.

Der Weg hatte keine großen Steigungen und war landschaftlich wunderschön. Es machte Freude, ihn zu gehen. Da es zur Aufgabe der Wanderer gehörte, den Weg mehrere Male im Leben zu laufen, wenn sie sich einmal dazu entschlossen hatten, versuchten sie rechts und links des Weges stets neue Eindrücke einzusammeln. Glücklicherweise veränderte sich die Landschaft auf zauberhafte Weise ständig. Selbst der Verlauf des Weges schien einer ständigen Veränderung unterworfen zu sein, ebenso die Pflanzen, die rechts und links des Weges wuchsen. Dies führte dazu, dass eine Wanderung niemals genauso war wie die vorherige. Es wurde den Wanderern niemals langweilig.

Nun war es leider so, dass hin und wieder auf dem Weg Steine lagen. Große und kleine, runde und eckige, in allen erdenklichen Erscheinungsformen. Jeder Wanderer achtete auf seinem Weg darauf, einen Bogen um diese Steine zu machen. Manchmal sahen die Wanderer die Steine aber auch zu spät und stießen mit dem Fuß daran oder stolperten gar darüber.

Die großen Findlinge, die das Vorankommen wesentlich behinderten, denn man musste einen Bogen um sie herum laufen, hätten zwei Wanderer ohne weiteres gemeinsam wegräumen können und an den Rand des Weges schaffen können. Aber niemand blieb stehen und wartete auf den nachkommenden Wanderer oder bat ihn womöglich, mit anzufassen.

Dies lag vielleicht auch am Wesen der Wanderer: Sie waren geduldige Individualisten, die überzeugt davon waren, dass sie diesen Weg weitgehend alleine und jeder in seiner eigenen Geschwindigkeit gehen mussten. So hatte man es ihnen erklärt. Sie hatten es nicht gelernt, sich miteinander zu organisierten. Sie dachten: „Sich zu organisieren kostet Zeit und ich riskiere, dass der Wanderer, der mich irgendwann einholt, vielleicht keine Lust hat oder keine Notwendigkeit sieht, den Stein wegzuräumen.“ Dann hätten sie umsonst gewartet, nur für diesen einen Stein und es kamen ja noch viele andere Steine auf dem Weg. Also ging jeder Wanderer alleine seinen Weg und tolerierte und umrundete weiter die lästigen Hindernisse.

Die Steine waren im Laufe der Jahre von den hohen Felsen hinabgefallen, und manche Wanderer hatten Verletzungen von den regelmäßig stattfindenden Steinschlägen davongetragen. Man hätte den Hang absichern können, aber das hätte viel Geld gekostet und die Landschaft wäre einschneidend verändert worden. Letztlich waren es ja nur ein paar Wanderer, für die sich der Aufwand kaum lohnte. Sie beschwerten sich nur leise und liefen auch trotz ihrer Verletzungen weiter.

Außerdem existierten unterschiedliche Ansichten darüber, welchen Wert die Steine für die Wanderer und den Weg hatten. Manche bezeichneten sie als Haltepunkte, an denen die Wanderer innehalten sollten, andere begrüßten den Hindernisparcours sogar und wollten die Wanderer davon überzeugen, doch den sportlichen Aspekt zu sehen, der darin lag, die Steine zu überspringen. Noch andere meinten, es erhöhe die Aufmerksamkeit. Aufmerksamkeit erhöhen sei immer gut. Je mehr Experten man fragte, umso mehr Meinungen und Sichtweisen gab es. Schließlich schienen sich alle Seiten mit den Steinen abgefunden zu haben.

Die geografischen Gegebenheiten brachten es jedoch mit sich, dass täglich neue Steine hinzukamen und es war auch kein Ende abzusehen. Abzusehen war aber eigentlich schon lange, dass das Ausmaß der Beschwerlichkeit in naher Zukunft ein unerträgliches Maß annehmen würde. Die Menge und Schwere der Verletzungen bei den Wanderern hatte auch in letzter Zeit erheblich zugenommen.

Nach vielen Überlegungen wurde ein Steinuntersuchungsausschuss gebildet. Man war sich einig, dass den Wanderern geholfen werden sollte. Viele Wochen wurde viele Nächte lang diskutiert, wie man das Problem lösen könne und die Mitglieder des Steinuntersuchungsausschusses verdienten sehr viel Geld mit diesen Überlegungen.

Schließlich kam man zu einer ersten Lösung: Man würde die Wanderer mit Stelzen ausstatten. Die Stelzen würden unter den Wanderschuhen befestigt und hätten den Vorteil, dass sie deutlich weniger Auflagefläche hätten als die Wanderschuhe. Die Wanderer könnten so die immer kleiner werdenden Zwischenräume zwischen den Steinen gezielt zum Auftreten nutzen. Man investierte viel Geld für neue Wanderschuhe mit besonders stabiler Sohle, an denen die Stelzen befestigt werden konnten. Auch neue, besonders fest sitzende Rucksäcke wurden entwickelt, die dem neuen sportlichen Anspruch des Weges entsprachen. Eine Expertenkommission wurde gebildet, die sich mit dem Design der neuen Wanderausstattung befasste.

Die Wanderer hingegen mussten nun an Trainingseinheiten teilnehmen, um das Laufen auf Stelzen zu erlernen. Besonders den älteren Wanderern fiel dies ungeheuer schwer. Der eine oder andere ältere Wanderer, den die neue Aufbruchsstimmung scheinbar noch nicht erfasst hatte, äußerte zuweilen: „Was hat das eigentlich noch mit Wandern zu tun?“ Er erntete aber augenblicklich Kopfschütteln und wurde von den hoch motivierten Animateuren zurechtgewiesen. Die Wanderer empfanden den Weg inzwischen als äußerst anstrengend. Das Lächeln, die Freude über die Bewegung in der Natur war aus ihren Gesichtern gewichen. Verbissen kämpften sie sich von Lücke zu Lücke und verfluchten leise

die Steine. Laut durften sie dies nicht tun, und die, die es trotzdem taten, sah man nie wieder auf diesem Weg.

Ältere Wanderer wurden zunehmend mit Knochenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert. Wenn sie es doch wagten, wieder anzutreten, wurden sie mit extra langen Gehstützen ausgestattet. Aber zum Glück war die Lebenserwartung nach und nach gesunken. Viele starben einfach an Erschöpfung. Nur die besonders jungen leistungsstarken hielten ein paar Jahre durch. Sie hatten noch Energie und wurden zum Maßstab für alle anderen. Leistung macht Freude stand ihnen in die ausgemergelten, strahlenden Gesichter geschrieben, wenn sie das Ziel erreichten. Niemand fragte sich, wie lange sie dieses Niveau durchhalten würden.

Am Wegesrand aber wuchsen die Blumen so üppig und unbemerkt wie nie zuvor. Niemand beachtete sie oder erfreute sich an ihrer Farbenpracht. Niemand pflückte sie. Sie waren unwichtig geworden. Warum sich einst Wanderer auf den weiten Weg hierher gemacht hatten, hatte man vergessen.

Diese und weitere Geschichten rund um das Lehrerdasein finden Sie in Claudia Jeeps Geschichtensammlung „Barfuß laufen“, Verrai-Verlag, Stuttgart 2017, 220 Seiten, broschiert, ISBN: 978-3946834236, 14,90 €.

Die Autorin zeigt eine Momentaufnahme der immer bürokratischer und aufgeblähter werdenden Institution Schule, die zunehmend daran scheitert, ihre ursprünglichen Aufgaben zu bewältigen, und dieses hinter einem bildungspolitisch unterstützten Aktionismus verbirgt. Eine satirische und philosophische Antwort auf den Nach-PISA-Schulentwicklungspanikaktionismus.

Personen

Wolfgang Steinbrecht wurde 90 Jahre

Dank an einen verdienstvollen Kollegen

Von Roland Neßler

Wolfgang Steinbrecht verdankt der Philologenverband viel – ein willkommener Anlass für uns, ihm zu seinem 90. Geburtstag, den er am 13. August bei guter Gesundheit begehen konnte, unsere guten Wünsche auszusprechen und ihm unsere Anerkennung und unseren Dank zu bekunden für seine treue Verbundenheit, für seinen unermüdlichen Einsatz sowie für sein großes Engagement für das Gymnasium, seine Schüler und Lehrer.

Allein seine Mitarbeit in unseren Reihen bis kurz vor seinem 90. Geburtstag und jetzt weiterhin und darüber hinaus wäre für uns Anlass, ihm großen Dank und hohen Respekt zu zollen, doch ein berufslanger unermüdlicher Einsatz in so vielen Funktionen des Philologenverbandes sind Verpflichtung für uns, ihm öffentlich besondere Anerkennung auszusprechen und ihn zu würdigen.

Seit 1998 war Wolfgang Steinbrecht als Vorsitzender des Bildungspolitischen Ausschusses tätig, dem wohl wichtigsten Ausschuss in unserem Verband. Ihm gab er, ohne die Verdienste seiner Vorgänger schmälern zu wollen, ein neues, unverwechselbares Profil und neue Ziele. Danach folgten seine Jahre als Mitglied und Vorsitzender des Ältestenrates, eines nach unserer Satzung hohen Amtes, das er erst vor einem knappen Jahr auf der Vertreterversammlung 2016 des Philologenverbandes mit den Worten aufgab: „Mit 89 Jahren ist es an der Zeit, das Amt des Vorsitzenden des Ältestenrates aufzugeben.“

Auch wenn er mit diesen Worten seinen Rückzug aus der aktiven Verbandsarbeit ankündigen wollte, so wusste jeder, der Wolfgang Steinbrecht kennt und der mit ihm zusammengearbeitet hat, dass das kein endgültiger Rückzug aus dem Verband sein würde, trotzdem aber ein Schritt, der ihm, dem stets aktiven Mitstreiter, nicht leichtgefallen ist – kein Wunder, denn Wolfgang Steinbrecht hatte zeit seines Verbandslebens in wichtigen Gremien des Verbandes mitgearbeitet und ihm in geradezu unvergleichlicher Weise treu gedient.

Scharfe Analysen der niedersächsischen Schulpolitik

Und diese Einschätzung täuschte nicht: Trotz seines hohen Alters nahm er weiter regen Anteil an der Arbeit des Verbandes, nimmermüde und weiterhin als Autor aktiv – allein schon deswegen, weil ihm die jetzige traurige Entwicklung der niedersächsischen Schul- und Bildungspolitik keine Ruhe lässt, ihn herausfordert, mit spitzer Feder in unseren Publikationen dazu Stellung zu beziehen, engagiert und überzeugend wie stets zuvor. Nach wie vor analysiert er als aufmerksamer Beobachter und Mahner die schul- und bildungspolitische Szenerie mit Scharfsinn und kritischem Verstand.

Es gibt wohl kaum eine Ausgabe von „Gymnasium in Niedersachsen“, so auch diese Ausgabe, in der sich Wolfgang Steinbrecht nicht mit derartigen Analysen bildungspolitischer und pädagogischer Gegebenheiten und Entwicklungen zu Wort meldet. Unzählige Artikel in dieser Zeitschrift geben davon Zeugnis, und sie zeigen ihn auch als einen Mahner, der denen ein Stachel sein will, die geradezu gedankenlos oder naiv schulpolitische Entwicklungen und Ereignisse hinnehmen und geduldig zuschauen, wenn das Gymnasium in Struktur, Organisation und Unterricht nach den Vorgaben der rot-grünen Landesregierung Schaden nimmt. Manche schulpolitischen Entwicklungen, die wir nur beklagen

Wolfgang Steinbrecht bei seiner Verabschiedung auf dem Philologentag 2016

können, hat Wolfgang Steinbrecht schon sehr früh vorausgesehen und vor den Beschädigungen gewarnt, die dem Gymnasium und damit der Erfüllung unseres gymnasialen Bildungsauftrages drohen.

Ein Kämpfer für das Gymnasium sondergleichen

Wolfgang Steinbrecht versteht sich auch heute noch – trotz seines hohen Alters – als streitbarer Kämpfer, wenn das Gymnasium gefährdet wird und fatale Veränderungen betrieben werden, wie wir sie derzeit ausmachen können. Aus seiner Erfahrung als Lehrer und aufmerksamer Beobachter von Schule weiß er nur allzu gut, dass man sich gegen derartig verhängnisvolle schul- und bildungspolitische Entwicklungen mit Entschlossenheit und Entschiedenheit zur Wehr setzen muss, wenn nicht vieles von dem Schaden nehmen soll, was konstitutiv für das Gymnasium, für seinen Auftrag und für sein Selbstverständnis ist.

In diesem Sinne ist Wolfgang Steinbrecht in Wort und Schrift stets kämpferisch für seine, für unsere Überzeugungen eingetreten, besonders dann, wenn es galt, zweideutige oder euphemistische Begriffe zu entlarven und semantische Tricksereien offenzulegen, wenn sie zum manipulativen Instrument einer gegen das Gymnasium gerichteten Politik wurden.

Mit unzähligen Publikationen Maßstäbe gesetzt

Ohne Zweifel haben die gerade zahllosen Beiträge von Wolfgang Steinbrecht, wie sie in unseren Publikationen und andernorts veröffentlicht wurden, in jeglicher Beziehung Maßstäbe gesetzt, von der sachgerechten und klugen Analyse bis hin zur sprachlichen Qualität. Kein Wunder, dass Wolfgang Steinbrecht von vielen auch als der geschätzte „Vordenker“ angesehen wird, der der schulpolitischen Ausrichtung unseres Verbandes wichtige Impulse gegeben hat, zunächst als Mitglied und später als Vorsitzender des Bildungspolitischen Ausschusses unseres Verbandes sowie als Autor vieler richtungsweisender Beiträge.

Schul- und berufspolitischen Themen galt und gilt sein besonderes Interesse, aber auch gesellschaftlich relevanten Problemen, die er nach gründlichem Quellenstudium und akribischer Sachanalyse auf ihre Relevanz für Unterricht und Erziehung untersucht. Seine Beiträge zur Orientierungsstufe, zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe, zu Fragen von Erziehung und Unterricht sind hier ebenso zu nennen wie seine zahlreichen Aufsätze zu den Arbeitsbedingungen der Gymnasiallehrer und zu den Auseinandersetzungen mit den Verfechtern einer egalitären Schul- und Bildungspolitik.

So kann man das wirkungsvolle Schaffen von Wolfgang Steinbrecht am besten dann ermessen, wenn man auf ihn als Autor vieler Publikationen sieht und seine Beiträge in fast jeder Ausgabe von „Gymnasium in Niedersachsen“ in den Kontext zu schul- und bildungspolitischen Entwicklungen setzt. Dabei wird man feststellen, dass es im weiten Gebiet der Schul- und Bildungspolitik kaum ein Feld gibt, dem sich Wolfgang Steinbrecht nicht mit großer Sachkenntnis und stets spitzer Feder gewidmet hat.

Steinbrecht, ein Mann fester Überzeugungen

Dabei wird deutlich: Wolfgang Steinbrecht hat Auffassungen und Überzeugungen, für die er nachdrücklich und konsequent eintritt. Alles andere wäre ihm, diesem gradlinigen Menschen, auch wesensfremd. Demnach prägen seine Grundsätze und Überzeugungen auch sein eigenes Denken und Handeln, und sie sind ihm Maßstäbe, an denen er misst und an denen er sich selbst messen lässt.

Wir alle, die wir mit ihm zusammenarbeiten konnten und können, wissen, dass es kein leichtes Unterfangen ist, Wolfgang Steinbrecht von Auffassungen und Meinungen zu überzeugen, die nicht die seinigen sind. So bedarf es schon guter Argumente, um seinen sachlogischen Analysen und sachkundigen Darlegungen, in präziser Sprache vorgetragen, zu begegnen oder sie gar zu widerlegen. Nur wenn ihm die Argumentation einleuchtet und er sie nachvollziehen kann, wird er sich überzeugen lassen – denn faule Kompromisse wären diesem ebenso aufrechten wie aufrichtigen Menschen und Kollegen zuwider.

In diesem Sinne hat Wolfgang Steinbrecht die vielen Facetten seiner Mitarbeit und seines Wirkens in unserem Verband verstanden und wahrgenommen, engagiert und selbstbewusst. Für Freunde wie Widersacher war er nicht immer ein „bequemer“ Mahner und Disputant, stets aber ein ehrlicher Mittler und Verfechter seiner Überzeugungen und Einsichten. Doch wie könnte das auch anders sein bei einem Mann, der gewohnt ist, „der Sache auf den Grund zu gehen" und „der Wahrheit zu folgen“, und nicht, wie mancher, willig und unbedacht mit dem Zeitgeist seine Kompromisse zu machen.

Der 90. Geburtstag von Wolfgang Steinbrecht war für uns in vielfacher Hinsicht willkommener Anlass, diesem Kollegen und Mitstreiter an seinem Heimatort Bad Nenndorf unsere große Verbundenheit persönlich zu bekunden und ihm für seine unermüdliche Arbeit und für sein so wirkungsvolles Schaffen in unserem Verband zu danken – und damit auch zu danken für jahrzehntelangen Einsatz für Schüler wie Lehrer, insgesamt für einen großartigen Einsatz für das Gymnasium.

Siegrid Franzki: Ein Gesicht des Verbandes

Von Michael Aulenbach

Die Bezirkssitzung des PHVN Lüneburg Nord und Süd in Amelinghausen hatte neben den Verbandsthemen auch zwei bedeutende Personalia auf der Tagesordnung: Die Verabschiedung von Siegrid Franzki und die Wahl von Christian Krakau zum neuen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Lüneburg Süd. Christian Krakau wurde auf der Sitzung einstimmig gewählt. Er kommt, wie schon seine Vorgängerin Renate Brandl, aus dem Beritt Celle. Renate Brandl als ehemalige Stellvertreterin genießt bereits den Ruhestand und wird zu einem späteren Zeitpunkt verabschiedet werden.

Die nächste Ruheständlerin heißt Siegrid Franzki. Sie ist in ihrer sechsjährigen Arbeit für den Bezirkspersonalrat zu einem Gesicht des Verbandes geworden. Mit juristischem Hintergrund ausgestattet, welcher ihr die Strukturen und Entscheidungen einer Behörde erklärlicher erscheinen ließ, hat sie Personalratsarbeit geleistet, die den Hilfesuchenden eine verlässliche Unterstützung geboten hat. Von der gezollten Anerkennung seitens der Kolleginnen und Kollegen profitierte auch der Verband. Als Leistungsträgerin, wie man im Sport sagt, hat die Teamarbeiterin Sigrid Franski ein – typisches – Gesicht des Verbandes verkörpert: engagiert und sachkundig. Jetzt wird sie die Vorzüge eines verdienten Ruhestandes genießen. Die Kolleginnen und Kollegen der Bezirke Lüneburg Nord und Süd wünschen ihr alles Gute.

Siegrid Franzki wurde auch von der Arbeitsgemeinschaft der Stufenpersonalräte im PhVN verabschiedet. Hier gehört sie neben dem bisherigen Mitglied des Schulbezirkspersonalrats Braunschweig, Paul Rieckmann, und unserem Verbandsvorsitzenden Horst Audritz, der bis zu Beginn des neuen Schuljahrs Mitglied im Schulhauptpersonalrat am Niedersächsischen Kultusministerium war, zu den Gesichtern des Verbandes, die in den Stufenpersonalräten seit vielen Jahren präsent waren und nun durch ihre jeweiligen Nachrücker abgelöst wurden.

Sigrid Franzki, der neue Stellvertreter Süd, Christian Krakau, und der Bezirksvorsitzende Michael Aulenbach

Siegrid Franzki, Horst Audritz und Paul Rieckmann wurden aus der Riege der aktiven Stufenpersonalräte des PhVN verabschiedet

Wir trauern um

Gerhard Adolf Nagel	Bad Münder	12.04.2017
Volkart Brand	Gifhorn	17.04.2017
Paula Schmitz	Westoverledingen	28.04.2017
Dr. Karl-Heinz Klöppel	Gehrden	06.05.2017
Gottfried Peschel	Leer	17.06.2017
Karl-Heinz Mauss	Hannover	08.07.2017
Hans-Joachim Christoph	Hannover	10.07.2017

Schulen in Niedersachsen

Der Deutsche Schulpreis 2017 geht nach Hameln

Die berufsbildende Elisabeth-Selbert-Schule in Hameln hat den mit 100.000 Euro dotierten Deutschen Schulpreis 2017 gewonnen. Die Auszeichnung überreichte Bundeskanzlerin Angela Merkel im ewerk in Berlin. Fünf weitere Preise in Höhe von je 25.000 Euro erhielten die Waldparkschule in Heidelberg, das Gymnasium Kirchheim bei München, die Grundschule Borchshöhe in Bremen, die Europaschule Bornheim und die Deutsche Schule Rio de Janeiro in Brasilien.

Knapp 2.000 Schülerinnen und Schüler aus 34 Nationen werden an der berufsbildenden Elisabeth-Selbert-Schule (ESS) in Hameln in Fächern wie Agrarwirtschaft, Gesundheit und Pflege oder Sozialpädagogik unterrichtet. Hier können sie jede Art von Schulabschluss machen: vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur. Ein Beratungsteam aus Lehrern, einer Pastorin und einem Sozialarbeiter bietet auch außerhalb des Unterrichts Hilfestellung, egal ob für minderjährige Mütter oder für Geflüchtete. „Durch das dichte Geflecht aus passgenauer pädagogischer Förderung und Fürsorge erzielen die Schüler hier Erfolge, die an anderen Schulen kaum jemand für möglich hielt“, sagte Erziehungswissenschaftler Professor Michael Schratz von der Universität Innsbruck, Sprecher der Jury des Deutschen Schulpreises.

Einer von zahlreichen Ausbildungsgängen an der Elisabeth-Selbert-Schule in Hameln

14 Schulen durften sich Hoffnung auf den Deutschen Schulpreis 2017 machen und nahmen mit Schülern und Lehrern an der feierlichen Preisverleihung mit Angela Merkel in Berlin teil. Dabei geht keine Schule leer aus, denn die nicht ausgezeichneten Schulen erhalten Anerkennungspreise in Höhe von jeweils 5.000 Euro. Darüber hinaus werden bis zu zwanzig vielversprechende Schulen, die sich am Wettbewerb beteiligt haben, in das neue Förderprogramm des Deutschen Schulpreises aufgenommen. Über zwei Jahre erhalten sie individuelle Coachings und nehmen an Vernetzungstreffen und ausgewählten Angeboten der Deutschen Schulakademie teil.

Amandus-Abendroth-Gymnasium in Cuxhaven gewinnt 1. Preis im Projektwettbewerb des Pädagogischen Austauschdienstes

Das Amandus-Abendroth-Gymnasium in Cuxhaven und dessen indische Partnerschule, die Bilra High School Kolkata, wurden für ihr gemeinsames Projekt „Wasser – Grundlage des Lebens“ mit dem 1. Platz in dem vom Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz ausgeschriebenen Wettbewerb zum internationalen Austausch im Schulbereich ausgezeichnet. Die Auszeichnung ist verbunden mit einem Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro und wurde der Schule von der Niedersächsischen Kultusministerin Frauke Heiligenstadt übergeben.

„Mit diesem Projekt haben die Schülerinnen und Schüler der beiden Partnerschulen über nationale Grenzen hinweg wichtige ökologische Zusammenhänge über Wasser als Grundlage des Lebens erarbeitet. Sie haben durch ihre Besuche in Cuxhaven und Kolkata, die Teilnahme am Unterricht im jeweiligen Gastland und das Leben in den Gastfamilien viel voneinander gelernt und wichtige interkulturelle Kompetenzen erworben. Dies ist ein Vorzeigeprojekt für die erfolgreiche Vermittlung von Bildung für nachhaltige Entwicklung durch die Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg. Ich danke ausdrücklich allen beteiligten Lehrkräften, Eltern und außerschulischen Partnern für diese Idee und ihr Engagement“, sagte die Ministerin anlässlich der Überreichung der Urkunde im Rahmen einer kleinen Feierstunde in der Schule.

Die Gymnasiastin Marie Isabel Breuer ist darüber hinaus durch die Mitarbeit im Projekt auf die Idee gekommen, die Klarheit und Sauberkeit von Wasser ohne schädliche Stoffe durch Einsatz von Kondensmilch zu bestimmen. Dafür wurde sie als Jugend forscht-Preisträgerin 2017 im Bereich Chemie ausgezeichnet. „Die erfolgreiche Teilnahme von Marie Isabel Breuer am diesjährigen Jugend forscht-Wettbewerb beweist eindrucksvoll, welche weiteren Impulse von einem solchen themenbezogenen Austauschprojekt ausgehen können“, lobte Ministerin Heiligenstadt.

Als weitere niedersächsische Schule gehörte auch das Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium Osnabrück in diesem Jahr – ebenso wie schon 2017 – zu den Nominierten für den Deutschen Schulpreis. Ein ausführlicher Bericht über die Aktivitäten dieses Gymnasiums aus unserem Bundesland folgt in der nächsten Ausgabe von „Gymnasium in Niedersachsen“.

Sparen Sie bares Geld mit unserer Verbandskreditkarte

Immer mehr Mitglieder des Philologenverbandes Niedersachsen nutzen für sich und ihre Angehörigen unsere bewährte kostenlose Verbandskreditkarte – denn die Vorteile sprechen für sich:

Gebührenfreie Mastercard Gold

- Keine Jahresgebühr – dauerhaft
- Keine Auslandseinsatzgebühr – weltweit
- Keine Gebühr für Bargeldabhebungen – 1,73% Zinsen p. M. für den Zeitraum Abhebung – Rechnungsausgleich
- Keine Gebühren für Ersatzkarte, Ersatz-PIN und Kartensperrung
- Jederzeit kündbar – kostenlos
- Kostenfreie Partnerkarten

Inkludierte Reiseversicherungen

für zu mindestens 50% mit der Karte bezahlte Reisen

- Reiseausfall, Reiserücktritt, Reiserücktransport, Verspätungen
- Reisekrankenversicherung, Reiseunfallversicherung
- Reisediebstahlversicherung

Günstige Rabatte

- Bis zu 40% bei Neuwagenkauf für 34 Marken
- 5% Rückvergütung bei Mietwagen über ein Partner-Mietwagenportal und bis zu 20% bei Alamo in USA/Kanada
- 5% Reisegutschrift mit Bestpreisgarantie über ein Partner-Reiseportal

Sparen auch Sie bares Geld mit unserer Verbandskreditkarte.

Weitere Informationen und Antragsformulare für Sie und Ihre Angehörigen erhalten Sie auf unserer Homepage **www.phvn.de**.